Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 22 | Januar 1939 | Heft 1

Volksdeutsche Aufgaben im Großdeutschen Reich

Das anbrechende Jahr 1939 sieht die Lage der deutschen Volksgruppen in tiefgreifendem Umbruch. Die Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes in das Mutterland könnte zu der Annahme verführen, daß durch diese gewaltige Herabsetzung der Zahl der jenseits der Reichsgrenzen lebenden Volksgenossen gleichzeitig auch Bedeutung und Umfang der Arbeit für das Deutschtum im Ausland eingeschränkt worden sei. Jedem nur einigermaßen in die Problematik der volksdeutschen Fragen Eingeweihten ist jedoch selbstverständlich, daß der Aufgabenbereich der volksdeutschen Arbeit durch die Entwicklung des Jahres 1938 ungeheuer gesteigert und vervielfältigt worden ist, insonderheit wenn man, wie es im Sinne des großdeutschen Gedankens notwendig erscheint, das Schicksal unseres Volkstums im Auslande auf weitere Sicht ins Auge faßt.

Zunächst ist die Schaffung Großdeutschlands, wie jede Machtsteigerung des Reiches, nicht ohne Rückschläge für die meisten Volksgenossen draußen geblieben. Die Bedrückungen und Einengungen haben nicht aufgehört, internationale Mächte sind eifrig am Werk, durch ihre planmäßige Hetze alles Deutsche im Auslande und damit auch unsere Volksgruppen in ihrem geistigen und materiellen Besitzstand zu untergraben, die regierenden Kreise der staatsführenden Völker verschließen sich vielfach noch immer der Notwendigkeit, das Dasein ihres deutschen Bevölkerungsteiles im Sinne einer Verständigung mit Deutschland in eine klar umrissene Lebensform zu bringen — im Gegenteil, fast jeder Tag meldet Verschärfungen. Noch immer arbeitet man mit Methoden einer überalterten Epoche, mit denen man das Rad der neuen Zeit in seinem Schwunge zurückzudrehen oder aufzuhalten hofft.

So befinden sich unsere Volksgruppen in einem eigenartigen Zwischenzustand der Entwicklung: Auf der einen Seite Beharren der sie umgeben-

den Mächte in der Ideologie, aber auch in der Praxis überkommener „Minderheitenpolitik", auf der anderen Seite auch bei vielen Angehörigen anderer Völker das Aufdämmern großer Erkenntnisse, die sich aus der Bewegung Deutschlands herleiten: Deutschland formt, indem es an dieser geistigen Wende der Zeiten sein eigenes Volks- und Staatsleben schöpferisch neugestaltete, den Stil der Epoche überhaupt. Die geistigen Strömungen, die von dem Neuen Deutschland ausgehen, sind deshalb stärker als die Restbestände der überalterten Staatsraison, die oft aus Gründen persönlicher Geltung von ihren Vertretern noch verzweifelt und oft brutal verteidigt wird. Auch in fremden Völkern geht es um eine Scheidung der Geister. Wer dort nach einer neuen positiven Gestaltung des Völker- und Staatenlebens im europäischen, vielfach auch schon im außereuropäischen Raum drängt, der beginnt die Zeichen der Zeit zu verstehen. Er kann sich der Erkenntnis nicht entziehen, daß die einzige schöpferische, zeit- und zukunftsgemäße Lösung der Völkerfrage in der autoritären Staatsform und in der Totalität des Volkstumsgedankens begründet liegt.

Namentlich auch für die zahlenmäßig kleinen und mittleren Völker Osteuropas, die durch die Gunst der Geschichte staatenbildend werden konnten, und deren Bereich meist klassischen Boden der deutschen Volksgruppenfrage darstellt, drängt sich gebieterisch die Notwendigkeit auf, nicht nur wegen der machtpolitischen Verlagerung der Dinge in Europa, sondern vor allem aus tieferer Einsicht in diesen Vorgang der werdenden einheitlichen deutschen Volkspersönlichkeit die nötigen Folgerungen zu ziehen. Es braucht nicht besonders das aktuelle Schulbeispiel der neuen Stellung der deutschen Volksgruppe in der Tschecho-Slowakei herangezogen zu werden, um klar herauszustellen, welch weitreichender und in das Verhältnis zwischen Staatsvolk und Volksgruppe einschneidender Natur diese Folgerungen zu sein haben.

Wenn sich die Umrisse einer künftig notwendigen Stellung des deutschen Volkstums im Auslande allmählich am staatspolitischen Horizont auch abzuzeichnen beginnen, so sind wir von ihrer praktischen Verwirklichung doch noch entfernt, und man kann die Lage, wie schon bemerkt, auf weitere Sicht gesehen, als eigentümlichen Schwebezustand bezeichnen. Aber gerade auf diese weitere Sicht muß sich die volksdeutsche Arbeit im Reich einstellen. Sie muß unter aufmerksamster Beachtung der großen erfolgten und sich vorbereitenden Wendungen die in mancher Hinsicht völlig neue Methode und Zielsetzung der kommenden Arbeit klar erkennen und herausarbeiten.

Grundlegend ist, daß die drei Faktoren, auf die es bei der Behandlung des außendeutschen Schicksals realpolitisch ankommt, nämlich das Reich, der Heimatstaat der Volksgruppe, und schließlich die Volksgruppe selbst, endlich einmal in einer einheitlichen Schau zusammen betrachtet werden, d. h. daß nicht mehr der eine und der

andere Faktor nach seinen Interessen, Auswirkungen, Wünschen gesondert im luftleeren Raum erscheint, sondern daß versucht werde, die Volksgruppen als organische Bindeglieder vom Lebensbereich der Heimatstaaten nach dem Reiche hin zu erfassen.

Vom Reich her ist für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft zweierlei als Voraussetzung auch der volksdeutschen Arbeit festzuhalten: Die neue *Großmacht- und Weltstellung Deutschlands*, die sich natürlich schon vorher stufenweise aufgebaut hatte, wurde der Welt doch erst durch die Eingliederung Österreichs und durch die unvergleichliche Wucht der Münchner Stunden gleichsam wie durch plötzliche Naturereignisse zum unmittelbaren Bewußtsein gebracht.

Und zweitens: An diesem Bewußtseinswandel des Auslandes, ganz gleich, ob er sich zunächst in feindlich gesteigerter Stimmung äußert oder nicht, muß *der nie mehr aufzugebende Anspruch* geknüpft werden, *daß der Begriff des deutschen Volkstums als eines unteilbaren* Gesamtkörpers über alle Länder und Staaten hinweg auch bei den Fremden ein selbstverständlicher und unangefochtener werde. Je mehr das machtpolitische Gewicht des Reiches wächst, um so selbstverständlicher haben auch die außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Volksgenossen die Auswirkung ihrer blutlichen, sprachlichen, bekenntnismäßigen Zugehörigkeit zu dem Volkstum des aufblühenden Mutterlandes nicht nur innerlich mitzuerleben, sondern auch in ihrem Bereich mitzugestalten.

Die Verantwortung des Reiches für das in den einzelnen Staaten der Welt verankerte Volkstum ist durch die Entwicklung der letzten Jahre eine *totale* geworden, sie bezieht sich auf sämtliche Lebensäußerungen, die es an das Mutterland knüpfen, aber gleicherweise auch auf die Lage der Volksgruppe in ihrem Heimatstaat selbst.

Diese Entwicklung bedingt für die volksdeutsche Aufgabe den entsprechenden *totalen Einsatz*. Wie immer sich das Schicksal der Volksgruppen gestalten möge, wie weitgehend in Zukunft die Möglichkeiten ihrer Selbstverwaltung, ihrer eigenständigen kulturellen Betätigung sich erstrecken könnte — das eine wird unter allen Umständen im Reich selbst zu lösende Aufgabe bleiben, die große planende Zusammenfassung der grundsätzlichen Dinge, Grundrichtung des Zusammenhangs untereinander und mit dem Mutterlande zu geben. Diese Parole wird immer einheitlicher, geschlossener, bewußter, gesamtbetonter werden. Auch gewisse *Einzelaufgaben* werden für die Außenposten immer im Reich gelöst werden müssen. Es gibt selbst heute nach dem Wegfall des Sudetenlandes als Außengebiet noch Volksteile, die infolge ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihrer Tradition, ihres kulturellen und wirtschaftlichen Gewichts die Kraft besitzen, ein fast vollständiges Eigenleben aufzubauen. Aber auch sie sind an die Gesetze des Gesamtablaufes gebunden, auch sie leben letzten Endes aus dem geistigen Kraftstrom der Nation. Aber solche Volks-

gruppen sind in der Minderzahl. Fast durchgängige Erscheinung ist, daß die wichtigsten Fragen ihres geistigen und organisatorischen Seins von Deutschland her für sie vorgearbeitet werden müssen, damit sie instand gesetzt werden, die für ihre Selbsterhaltung nötigen Kräfte richtig anzusetzen und ihre naturgegebenen kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben der fremdvölkischen Umwelt gegenüber erfüllen zu können.

Zur Veranschaulichung des Gesagten seien drei Aufgabengebiete des geistigen Bereichs angeführt:

Schon wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem wissenschaftlich bedeutendsten Volk Europas müssen die Deutschen in den anderen Staaten aktiven Anteil an der wissenschaftlichen Erforschung des Landes und seiner Völker nehmen, sie müssen ihre eigene Volks- und Landeskunde pflegen können, um sich selbst in den nötigen Abstand zu ihrer Umgebung zu setzen und die geschichtlichen, stammlichen, kulturellen Richtpunkte zum Mutterland zu finden. Dies kann nur unter unmittelbarer Auswertung der Ergebnisse gesamtdeutscher Wissenschaft geschehen. Vor allem muß jede wissenschaftliche Arbeit, auch jede Materialsammlung und -auswertung der Volksgruppen heute in die Gesamtplanung hineingestellt werden, die in großer Überschau sämtlicher deutscher Volksteile in der Welt zentral nur vom Reiche her erfolgen kann. Der Volkskörper, der sich heute in einem Einheitsbewußtsein gefunden hat, kann bis in die letzten Ausstrahlungen seines Menschentums in der Welt auch nur unter eine einheitliche wissenschaftliche Betrachtungsweise gestellt werden. Der Wissenschaftler auch in den Außenbezirken hat sich restlos als Einzelteilhaber einer großen Gesamtarbeit zu fühlen, in die er planvoll eingeschaltet wird. Nicht nur seinen Arbeitsplan, sondern auch die Handhaben im einzelnen, die methodischen Anweisungen, die wissenschaftlichen Hilfsmittel erhält er aus dem zentralen Binnenraum.

Aus der großen Gesamtschau, die in dem Zusammentragen unendlich vieler Bausteine durch unzählige Mitarbeiter aus allen Teilen der Erde entsteht, ergibt sich die Übersicht der deutschen Wirkung und Leistung, der Zusammenarbeit mit anderen Völkern, des Anteils am Aufbau ihrer Staaten, ihrer Wirtschaft und Kultur. Es wird sich aus der bisher so wirrvollen Anschauung über das Gegeneinander der Kräfte in Politik und Wirtschaft noch kräftiger als bisher das Bild der friedlichen Ergänzung der Völker durch den Einsatz ihrer gegenseitigen Begabungen und Fähigkeiten mit Überzeugungskraft untermalen lassen. Die planmäßige Förderung wissenschaftlichen Lebens bei den Volksgruppen vom Reiche her wird in Zukunft vor allem die verbindende Macht der Wissenschaft im Auge haben. Diese Betrachtungsweise wird selbst zur Folge haben, daß überall dort bei den Volksgruppen im Einklang mit den Arbeiten im Reich wissenschaftliche Forschung einzusetzen hat, wo durch diese Forschung lebenerhaltende Kräfte aufgezeigt, Einsicht in die kulturellen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Volksgruppen für ihren Weiterbestand ge-

fördert wird. Die von höherer Warte der Volkstumspflege aus gegliederte Planmäßigkeit der wissenschaftlichen Betätigung hat unfruchtbare und unnötige Arbeiten, Doppelarbeit, wissenschaftliche Eigenbrötelei zu unterbinden und der gesamten Arbeit Antriebe im Hinblick auf volkspolitisch und volksbiologisch verwendbare Ergebnisse zu verleihen. Von einer zentralen Stelle mit weiteren Gesichtspunkten gelenkte Untersuchungen über das Nachbarschaftswesen der Siebenbürger Sachsen, über Bevölkerungsbewegungen des Deutschtums in Ungarn, über volksbiologische Fragen des Deutschtums in tropischen Überseeländern, über Volkskundliches der in der Tschecho-Slowakei verbliebenen deutschen Sprachinseln usw. werden wesentliche Ergebnisse auch für die deutsche Gesamtwissenschaft erzielt werden können.

Die Sippenkunde bildet die breite Grundlage der werdenden gesamtdeutschen Volksforschung und Volkspflege. Die Familienkunde, die Herkunftsfragen, die Geschichte der Auswanderungsbewegungen — all diese Teilarbeitsgebiete der Sippenforschung erfordern in stärkstem Maße ein Zusammenwirken zwischen Urheimat und Auswanderungsgebieten. Soll dieses Interessengebiet des gestrafften völkischen Zugehörigkeitsbewußtseins nicht ins Uferlose versinken und ins unfruchtbar Dilettantische verflachen, so gehört gerade hier systematischste Zielgebung und Zusammenfassung von fachlich geschulter zentraler Stelle dazu. Es geht darum, den Begriff der Blutsgemeinschaft von der sippenmäßigen und landschaftlichen Seite her als etwas auch dem einfachsten Denken Faßliches zu unterbauen, indem die Familie und der Stamm, zu dem man gehört, mit all seinen Urtümlichkeiten und Eigenständigkeiten als wirkende Kraft aufgedeckt wird. Dies kann nur von der Urheimat her geschehen, die in regionalen, örtlich und landschaftlich bedingten Räumen untersucht, wo in aller Welt Glieder gerade dieses Stammes und dieser Heimat auf neuem Boden siedeln und welche Elemente des Blutes, d. i. welcher Brauch, welche Überlieferung, welcher vielleicht unbewußt schlummernde Wesenskern, der mit der Herkunft verbindet, noch vorhanden sind und als bewußte Bindeglieder zur Sippe geweckt und gepflegt werden können. Sache des Gesamtplanes und der Gesamtlenkung ist es, zu verhindern, daß stammlich begrenzte Volkstumspflege ins Partikularistische einmündet, sondern daß gerade die in der Eigenständigkeit des Wesens begründeten Werte das Bedürfnis wecken, sie durch Eingliederung in die Allgemeinheit der Volksgemeinschaft wieder fruchtbar werden zu lassen.

In dem großen Erziehungswerk an der Bewußtseinsformung stehen die Fragen der Schulung und Bildung volksdeutscher Jugend an der Spitze jedes Programms der Volkstumsarbeit. Verantwortung und Pflicht aller in Frage kommenden Stellen des Reiches ist, dem Ausland und der deutschen Volksgemeinschaft im Ausland einen Stamm beruflich-fachlich erstklassig geschulter, führungsmäßig befähigter Menschen erziehen zu helfen, die mit Recht als Brücke und Mittler zwischen dem Reich und dem Ausland dienen können, die auch politisch feinnervige Organe besitzen,

um ihrer Berufung in dem oft so heiklen Wechselspiel der Völker nachkommen zu können. Vor allem auf dem Gebiet der technischen und wirtschaftlichen Spezialausbildung und des höheren Studiums wird der Volksdeutsche stets darauf angewiesen sein, sich sein Wissen und Können aus dem Reich zu holen. Eine Fülle von zum großen Teil noch ungelösten Problemen harrt hier der systematischen Behandlung: Berufsberatung und Auslese, Berufsverteilung im Zusammenhang mit dem Bedarf des Landes und der Volksgruppe und den kulturellen und wirtschaftlichen Plänen und Notwendigkeiten vom Reiche her, pädagogisch richtige Erfassung und Leitung der im Reiche sich Fortbildenden — all das sind die Ausgangsstellungen der künftigen, richtigen Berufsarbeit im Ausland, an dem wohlgemerkt alle drei genannten Faktoren: Mutterland, Volksgruppe und staatsführendes Volk im Ausland ein gleiches Interesse haben müssen.

Die Jugend also ist in erster Reihe Träger der zu stellenden Aufgaben, denn sie wird, was heute als Planung sich mählich herauskristallisiert, einmal in allen Einzelheiten großzügig zu verwirklichen haben. Sie wird vor allem diese neue Aufgabenstellung aller Volksgruppen im Ausland, das Reichsvolk mit ihren Heimatstaaten zu fruchtbarer Wechselwirkung zu bringen, sich bewußt zu eigen machen. Diese neue Aufgabenstellung wird bestimmt durch die Grundtatsache, daß sie endgültig aus dem sie durch Jahrzehnte und Jahrhunderte gefangenhaltende Zustand des Inseldaseins herausgehoben worden sind. Sie werden in steigendem Maße hineingestellt in den Fluß der allgemeinen Entwicklung und haben innerhalb dieser Entwicklung im Rahmen ihres Heimatstaates und zugleich ihrem Mutterlande gegenüber ihre Aufgaben zu erfüllen. Das grundsätzlich Neue muß und wird darin bestehen, daß die Zweiheit dieser Aufgaben in eine von beiden Teilen — vom staatsführenden Volk und vom Deutschen Reich — übereinstimmend anerkannte Einheit übergeleitet wird. Der Zwiespalt des Volksgruppenbewußtseins muß, wenn dieses wertvollste Menschengut sich nicht mehr im Verzweiflungskampf der nackten Lebenserhaltung verzehren, sondern sich für den Aufbau einer neuen Weltordnung wirksam mit einsetzen soll, endgültig aufgehoben werden. Den deutschen Volksgruppen muß — gewissermaßen offiziell von beiden Seiten — zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie im Sinne der Befriedung und des fruchtbaren Austausches der Staaten eine Sendung haben, die ihr Vorhandensein rechtfertigt, die sie in ihrem Staat unzweideutig als Aufbaukräfte legitimiert und ihnen in logischer Konsequenz zur Entfaltung ihrer Kräfte im Sinne der zu erfüllenden Bestimmung freien, durch das Staatsgesetz und durch die Praxis der Handhabung des Gesetzes gesicherten Spielraum läßt.

Die Erscheinung, daß die Volksgruppen aus ihrem bisher vielfach rein vegetativ anmutenden Sonderdasein herauszutreten und sich zwangsläufig in eine allgemeine Funktion des Gesamtvolkstums einzugliedern

beginnen oder streben, fällt zusammen mit der allenthalben zu beobachtenden Erhöhung ihres Lebensgefühls. Mangelnder, immer von staatlicher Seite her bewußt unterbundener Zusammenhalt, geringes Selbstbewußtsein, infolgedessen das Fehlen genügender politischer Widerstandskraft waren bis in die jüngste Zeit Kennzeichen vieler Volksteile im Ausland. Mit der Zusammenfassung des binnendeutschen Volkes in einer weltanschaulich einheitlichen Volksgemeinschaft und mit den gewaltigen außenpolitischen Auswirkungen und Erfolgen dieser Straffung des Volkskörpers ging Hand in Hand eine ungeahnte Durchblutung auch der Außenteile. Das alle Lebensbereiche durchdringende einzigartige Erziehungswerk des Führers am Reichsvolk wirkt sich ganz unwillkürlich auch auf die Siedlungsgruppen im Ausland und mit elementarer Wucht auf jeden einzelnen Menschen mit noch einigermaßen unverfälschter deutscher Erbmasse aus. Wenn man von deutschen Wundern der Gegenwart spricht, so ist sicher das größte und beglückendste der Umfang und die Tiefe der Erneuerung des deutschen Menschen im Ausland. Es läßt sich heute noch nicht annähernd abschätzen, wie viele in ihrem völkischen Bekenntnis bis heute noch schwankende Menschen wieder einen festen Weg gefunden haben — oder noch finden werden. So viel steht fest, daß ein gewaltiger „Dissimilationsprozeß" vor sich geht, d. h. ein Vorgang, der in vielen Tausenden verschüttete Erbmasse wieder zum Quellen bringt. Das ist eine Entwicklung, mit der die volksdeutsche Aufgabe immer mehr zu rechnen hat.

Eine Bestandsaufnahme deutschen Wesens, das nicht nur blutsmäßig aus deutscher Erbmasse kommt, sondern auch im Bekenntnis zum deutschen Volkstum sicher ist, wird in Jahrzehnten, vielleicht in Jahren und Monaten bedeutungsvolle Ergebnisse zeitigen. Was uns Balten und Siebenbürger in den Jahrhunderten beweiskräftig vorgelebt haben, wird nun allgemeine Forderung an alles Deutschtum im Auslande: Auf altem Grund der Volkszusammenfassung haben neue, der Zeit entsprechende Organisationsformen entwickelt zu werden. Sie werden ihrem Wesen nach wie bisher immer eigen- und bodenständig zu sein haben, denn sie können nur aus den besonderen Voraussetzungen der Landschaft und des Heimatstaates verstanden werden, aber aus gemeinsamem, neu erstandenem Lebensgefühl und dem allgemein deutschen Einheitsbewußtsein heraus muß ihnen auch etwas gesetzmäßig Gleiches anhaften. Der Marschtritt der Bewegung, der neue deutsche Glaube, die Bezogenheit allen deutschen Lebens auf das Muttervolk und vor allem immer und immer wieder der Mythos um den Führer des ganzen deutschen Volkes — das sind Momente, die jede deutsche Volkszusammenfassung auch im Auslande geistig tragen und ihr unwillkürlich den Stempel der Gemeinsamkeit, den einheitlichen Stil der Lebensführung, den stolzen Lebenswillen aufprägen werden. Es ist vornehmste volksdeutsche Aufgabe vom Reiche her, der sich in den einzelnen Staaten eigenständig und nach den besonderen Staats- und Lebensgesetzen aufbauenden

Volksorganisation Mahner und Helfer zu der über allem doch schwebenden gesamtdeutschen Verpflichtung zu sein. Der Volksdeutsche muß in dem Bewußtsein wachsen, daß seine vornehmste Verpflichtung der gesamtdeutschen Volksgemeinschaft gegenüber auch in einer schöpferischen Gestaltung völkischer Werte liegt. Er ist nicht nur der Nehmende, der von der Kultur und Wissenschaft des Mutterlandes lebt, sondern er schafft aus seiner Frontstellung heraus seelische, charakterliche, auch geistige Werte, die für den Binnenmenschen Erkenntnisse, Erfahrungs- und Erlebnisinhalte bedeuten, die er im gesicherten Raum nie von sich selbst haben wird. Die volksdeutsche Aufgabe des Mitarbeiters im Reich besteht darin, daß spezifisch volksdeutsches Geistes- und Erlebnisgut dem Reichsdeutschen zugänglich zu machen, es in eine hier wirkende Kraft umzumünzen.

Ein Feld überreicher Zukunftsaufgaben eröffnet sich vom volksdeutschen Blickpunkt aus und in Beachtung der gekennzeichneten Lage in Hinsicht auf die fremden Staaten und Völker, unter denen deutsche Menschen als bodenständige, heimatberechtigte Nachbarn leben. So wie manche Ansprüche kleiner und mittlerer Völker, dem Gang der Zeit entsprechend, wie von selbst einer Revision unterliegen und so wie dadurch ein natürlicher Ausgleich und ein notwendiges Gleichgewicht der Kräfte hergestellt werden wird, so wird sich zwangsläufig hier früher, dort vielleicht etwas später auch die Rolle der deutschen Volksgruppen dem Zustand anfügen, der nun einmal durch die neue Machtstellung Deutschlands und durch seinen Anspruch auf lebensfähige, intensive Wechselbeziehungen gegeben ist. Die volksdeutsche Arbeit wird demgemäß in Zukunft das deutsche Leben im Ausland ungleich stärker als bisher im Rahmen seiner naturgegebenen Umwelt beobachten und behandeln müssen. Volksdeutsche Arbeit in diesem Sinne wird also Arbeit für die Volksgruppe und Zusammenarbeit im Einklang auch mit der fremdvölkischen Umwelt zu gegenseitiger Förderung und zum Verständnis der gegenwärtigen Lebenslage bedeuten. Wenn dies Ziel erkenntnismäßig, überzeugungsmäßig, und demgemäß auf allen Seiten aufrichtig erreicht sein wird, dann ergeben sich ganz neue Methoden der Arbeit, die im einzelnen hier aufzuzeigen noch verfrüht wäre, die aber, einmal — zunächst an einigen Musterbeispielen — durchgeführt, vielleicht grundlegend dazu beitragen könnten, die Anschauungen, aber auch die Praxis des Zusammenlebens und des Wechselverkehrs zwischen Staat und Staat, Volk und Volk auf ganz neue, dem Stil der von Adolf Hitler heraufgeführten Epoche entsprechende Grundlage zu stellen!

Richard Csaki

Die neue Tschecho-Slowakei
nach München und Wien

Mit der Entscheidung von München war das Schicksal des tschecho-slowakischen Staates sowohl in seiner äußeren als auch seiner inneren, zwanzig Jahre hindurch mühsam bewahrten Form besiegelt. Die Parole: Die Wahrheit siegt! wurde Wirklichkeit; es erwies sich, daß innerhalb der zwanzig Jahre an Stelle einer erhofften „tschecho-slowakischen Staatsgesinnung" das völkische Eigenbewußtsein in den verschiedenen Nationalitäten des Staates eine unerhörte Stärkung erfahren hatte, die schließlich bis zur Lostrennung vom Staate führte.

Fast zugleich mit der Lösung der sudetendeutschen Frage verwirklichte Polen seine Gebietsansprüche an die Tschecho-Slowakei. Am 2. Oktober rückten polnische Truppen in das Olsagebiet ein; im Verlauf der nachfolgenden Verhandlungen wurden noch kleinere Gebietsforderungen geklärt und schließlich die neue Grenze durch ein Abkommen bestätigt.

Anfang Oktober ließ die ungarische Regierung in Prag eine Note überreichen, in der sie im Sinne der Münchener Verhandlungen den sofortigen Beginn ungarisch-tschecho-slowakischer Grenzverhandlungen forderte.

Die Verhandlungen, die in Komorn in der ersten Oktoberhälfte zwischen Ungarn und den tschecho-slowakischen Vertretern begannen, endeten ergebnislos. Zweifellos waren die ungarischen Forderungen, die nahezu auf eine Wiederherstellung der „historischen" Grenzen hinausliefen, niemals mit dem Volkstumsprinzip in Einklang zu bringen.

Im gleichen Zeitraum setzte die ungarisch-polnische Agitation nach einer gemeinsamen Grenze mit aller Stärke und in aller Offenheit ein. Die Presse beider Länder verneinte in scharfer Tonart die Lebensfähigkeit des östlichsten Gebietsteiles der Tschecho-Slowakei: der Karpaten-Ukraine. Es hat an Versuchen nicht gefehlt, der Weltöffentlichkeit einzureden, die Bevölkerung der Karpaten-Ukraine wolle zurück zu Ungarn; es ist auch sehr plump versucht worden, den Wunsch einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze mit der Behauptung zu verbrämen, Moskau müsse jeder Zugang nach Mitteleuropa versperrt bleiben und das könne nur dann geschehen, wenn Polen und Ungarn gemeinsam die Grenzwacht hielten.

Es war selbstverständlich, daß diese Agitation, die das Vorhandensein eines ukrainischen Volkstums überhaupt zu bestreiten oder zu vertuschen suchte und in der Festigung eines ukrainischen eigenvölkischen Bewußtseins und seiner staatlichen Verankerung eine Gefahr sah, an den in München aufgestellten Prinzipien vorbeiging.

Die Vermittlung Deutschlands und Italiens wurde angerufen; der von den Achsenmächten in Wien gefundene Schiedsspruch fand die Anerkennung der beiden Staaten und in den ersten Novembertagen besetzte Ungarn den südlichen

Teil der Slowakei — einschließlich der Städte Munkatsch, Kaschau, Ungwar, aber ohne Preßburg und Neutra.

Es war inzwischen nicht mehr möglich, ohne eine offensichtliche Durchbrechung des Volkstumprinzips, weitere Gebiete des tschecho-slowakischen Staates abzutrennen. Schon Anfang Oktober hatte sich die Slowakei als autonomer Staat erklärt, wenige Tage später folgte die Karpaten-Ukraine: durch die sofortige Anerkennung des neuen Rechtszustandes seitens der Prager Zentralregierung wurde offenbar, daß sich hier die Volksgruppen in der Tschecho-Slowakei ihr Recht selbst gesucht und auch gefunden hatten.

Wandlungen an der Moldau

Der verbleibende tschecho-slowakische Reststaat hat in erstaunlich kurzer Zeit die Konsequenzen aus der neuen Lage gezogen. Gesamtstaatlich bedeutete der Rücktritt Beneschs am 5. Oktober das Ende der glorreichen ersten Republik. In seiner Abschiedsrede im Prager Rundfunk bekannte der scheidende Staatspräsident: „Die Kräfte, gegen die wir kämpften, waren stärker. Ich glaube, daß es unter diesen Umständen besser ist, daß eine neue notwendige Verständigung nicht durch die Anwesenheit der ehemaligen Repräsentanten belastet wird. Ich bin mir deshalb darüber klar, daß es besser ist, wenn ich gehe."

Der Wandel selbst erfolgte am schnellsten in der Außenpolitik. Bei der Regierungsumbildung am 4. Oktober kam das Außenministerium an den bisherigen Gesandten in Rom, Dr. Chvalkovsky. Man sagte ihm nach, daß er nie ein blinder Parteigänger des Beneschkurses gewesen ist und sich namentlich in den letzten kritischen Wochen und Monaten stark gegen die Linie der Prager Burg gewandt hatte. Für ihn galt es nunmehr, ohne viel Zeit zu verlieren, die alten Fehler auszumerzen und vor allem Deutschland gegenüber ein neues Verhältnis anzubahnen. Sein Besuch bei Reichsaußenminister von Ribbentrop in Berlin — zugleich der erste Besuch eines Prager Außenministers in Berlin! — kündete an, daß sich an der Moldau gewisse Wandlungen bemerkbar machten, die knapp vierzehn Tage früher noch undenkbar gewesen wären. Deutschland seinerseits begrüßte den Besuch Chvalkovskys und die Deutsche Diplomatische Korrespondenz erklärte: „Deutschland steht dem neuen tschecho-slowakischen Nachbarn, wie er sich in seiner nunmehrigen Staatsstruktur darstellt, ohne Vorbehalte gegenüber. Die Wege für die Zukunft liegen also nach jeder Richtung hin offen."

Es fehlte daneben auch nicht an tschechischen Stimmen, die realpolitisch genug feststellten, daß innerhalb des verkleinerten Staatsgebietes noch ein Auskommen sei und daß es an sich nicht ungünstig sei, nunmehr endlich die „Hypothek der Nationalitäten" abgestoßen zu haben. Es ist auch zweifellos eine anerkennenswerte Tatsache, daß der Staat nicht völlig in seine Bestandteile zerfiel, daß sich nicht Slowaken und Ukrainer selbständig machten. Die Möglichkeit eines solchen

Zerfalls war durchaus gegeben. Weniger aus Liebe zu Prag als infolge des außenpolitischen Drucks, dem Slowaken und Ukrainer seitens Polen und Ungarn ausgesetzt waren, blieben sie weiterhin im Verbande des tschecho-slowakischen Staates. Allerdings nunmehr unter weitaus anderen innenpolitischen Verhältnissen!

Als wichtigste Änderung ist hier der Abbau des zentralistischen Systems zu werten.

Zunächst lösten die Slowaken die slowakische Frage. In Sillein fanden vom 4.—6. Oktober Verhandlungen der drei bedeutendsten slowakischen Parteien statt, in denen der Beschluß gefaßt wurde, einen autonomen slowakischen Staat zu gründen und damit via facti die seit 20 Jahren geforderte slowakische Autonomie durchzusetzen. Am 6. Oktober wurde die slowakische Landesregierung unter Tiso ins Leben gerufen; gleichzeitig trat Tiso als bevollmächtigter Minister für die Slowakei in die Prager Zentralregierung ein. Am 8. Oktober zog die Regierung in Preßburg ein; ein Manifest „gegen den jüdischen Marxismus und für eine Lösung aller strittigen Probleme im Sinne des Münchener Abkommens" erging, ferner wurde den Minderheiten weitgehende Selbständigkeit zugesichert. Die Kommunistische Partei wurde verboten.

Genau vier Wochen später, am 8. November, traten in Preßburg die Vertreter der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, der Slowakischen Republikanischen Partei der Landwirte und Kleinlandwirte und der übrigen bedeutenderen politischen Gruppen zusammen und vereinigten sich feierlich in einer gemeinsamen Partei unter dem Namen Slowakische Volkspartei Hlinkas (Partei der Slowakischen Nationalen Einigung).

Diese Tatsache beendete den Bruderkampf unter den Slowaken; die Partei Hlinkas ist heute die wirkliche und einzige Repräsentantin des Willens der slowakischen Nation.

In ähnlicher Weise konstituierte sich Mitte Oktober die Karpaten-Ukraine als autonomer Staat. Auch hier lösten sich die Parteien auf; eine Einheitspartei entstand, die als die Vertreterin des ukrainischen Volkswillens anzusehen ist.

Nach der Lösung dieser Probleme durch die Volksgruppen selbst galt es, die Neuregelung auch verfassungsmäßig zu verankern. Das bedeutete einen grundlegenden Verfassungsumbau des ganzen Staates, der durch die Annahme der Autonomiegesetze für die Slowakei und die Karpaten-Ukraine am 19. November eingeleitet wurde. Mit der Gesetzwerdung der Autonomie trat die bisherige zentralistische Verfassung außer Kraft; das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken wird auf der Grundlage der tatsächlichen Gleichberechtigung beider Völker neu geregelt. Ausdrücklich wird in der Einleitung zu dem Verfassungsgesetz auf die „im Pittsburger Abkommen sowie auch in anderen Verträgen und Kundgebungen im In- und Ausland" gemachte Zusicherung der vollen Autonomie für die Slowakei Bezug genom-

men. Damit legalisierte das neue Verfassungsgesetz den tatsächlichen Rechtszustand in der Slowakei seit den Beschlüssen von Sillein.

Nach der neuen Verfassung ist die Tschecho-Slowakische Republik ein Bundesstaat. Außer auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Landesverteidigung und einiger Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten, die der Zentralregierung vorbehalten bleiben, übt die Landesregierung und die ihr unterstellten Organe auf dem Landesgebiet die gesamte Regierungs- und Vollzugsgewalt aus. Neben der autonomen Regierung steht der Landtag als gesetzgebendes Organ, besonders aber mit der Vollmacht, die Landesverfassung zu beschließen, ausgestattet. Schließlich werden die Slowaken und auch die Ukrainer in der Zentralregierung und in allen internationalen Organen, in denen die Republik vertreten ist, eine angemessene Vertretung erhalten. Ein entsprechender Einfluß auf die Präsidentenwahl wurde namentlich den Slowaken zugesichert und es war von höchstem Interesse, daß die Slowaken ihre Zustimmung zu dem tschecho-slowakischen Ermächtigungsgesetz, das sowohl dem Präsidenten der Republik als auch der Regierung weitgehende Vollmachten zur Neuordnung des staatlichen Lebens erteilt, erst dann gaben, als über die Person des Präsidenten und die Zusammensetzung der neuen Zentralregierung Klarheit geschaffen war. Das Gesetz mußte infolgedessen bis zur Präsidentenwahl zurückgestellt werden. Am 30. November wurde schließlich als neuer Präsident der Republik der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts, Dr. Emil Hacha, einmütig gewählt. Sofort nach seiner Wahl trat das Kabinett Syrovy zurück. Mit der Neubildung der Regierung wurde im Einverständnis mit den Slowaken und den Ukrainern der Abg. Beran betraut.

Beran hatte sich bereits vor dem Umsturz als Führer der Agrarpartei scharf gegen den Kurs Benesch gewandt. Nach dem Zusammenbruch trat er als einer der ersten hervor, die versuchten, das politische Trümmerfeld aufzuräumen und vor allem das völlig zersplitterte tschechische Parteiensystem zu beseitigen. Dem Auflösungsbeschluß der Tschechischen Agrarpartei folgten die Volkssozialisten (fälschlich immer als „Nationalsozialisten" bezeichnet), die Tschechische Gewerbepartei, die Nationale Vereinigung, die Tschechische Klerikale Volkspartei in Böhmen, die Nationale Liga. Aus ihnen entstand die Partei der Nationalen Einheit. In einem Aufruf von Mitte November wurden als wesentliche Programmpunkte der Partei genannt: „Die neue Partei will die nationalen Kräfte konzentrieren und gleichschalten; sie übernimmt die Verantwortung für das politische Leben und für die Führung des neuen Staates. Die Außenpolitik wird dafür sorgen, daß die Republik frei und in Frieden leben und mit allen Nachbarn, vor allem mit den nächsten Nachbarn, zusammenarbeitet." Vorsitzender der neuen Einheitspartei war Beran. Sein Ziel wurde am deutlichsten, als er nach seiner Beauftragung mit der Leitung der Regierung in einer Rundfunkrede vom 3. Dezember sagte: „Wir haben aufgehört, eine Nation

der politischen Parteien zu sein" und zugleich — inzwischen verwirklichte — gesetzliche Maßnahmen gegen eine erneute parteipolitische Zersplitterung ankündigte.

Neben der Partei der Nationalen Einheit, die zweifellos das Übergewicht hat, steht als zweite Partei, die im Einverständnis mit der Nationalpartei die Rolle einer „staatserhaltenden Opposition" übernehmen wird, die Nationale Arbeiterpartei, eine linksgerichtete Gruppe. Ihr Vorsitzender ist der Abg. Hampl, der in der Gründungsrede besonders die Ablegung der Ideologie des Klassenkampfes betonte.

Es wirft ein aufschlußreiches Licht auf die neue Regierung Beran, daß sie am fünften Todestage Svehlas geschlossen an einer Gedenkfeier für den verstorbenen Staatsmann teilnahm. Beran hielt die Gedenkrede, in der er das politische Glaubensbekenntnis Svehlas auch als Lebensaufgabe des tschechischen Volkes hinstellte und wörtlich ausführte: „Svehla lehrte, daß ein Staat nicht auf der Grundlage fremder Doktrinen aufgebaut und erhalten werden kann. Eine nationale Idee, frei von Chauvinismus, ist eine verläßliche Basis des Staates. Die nationale Idee hat als einzigen Inhalt: den Willen der Nation, ewig zu sein und in einem freien Staat zu leben. Diese Idee, die von der Scholle ausgeht, fordert die nationale Einigkeit und Solidarität. Vaterlandsliebe darf sich nicht in Haß gegen andere Nationalitäten äußern . . . Historisch ist der Ausspruch Svehlas: Beachten wir in der Außenpolitik die Erfahrungen und die Praxis des Bauern, der mit allen Nachbarn in einem guten Verhältnis leben muß, in dem besten Verhältnis jedoch mit dem nächsten. Wenn das Haus brennt, hilft ihm nicht der entfernte, sondern der nächste."

Daß die Regierung Beran die ehrliche Absicht hat, diese Worte nicht nur als historisch interessant, sondern auch als notwendig für die Wirklichkeit hinzunehmen, bewies die Rede Berans vor dem Parlament nach seiner Betrauung mit der Ministerpräsidentschaft. Sie war nicht nur eine übliche Antrittsrede, sondern sie war in der Tat ein Bekenntnis zu einem grundsätzlichen Wandel im Denken und Handeln der „Dritten Republik". Wohl sprach Beran noch von gewissen „psychologischen Hemmungen" — aber er forderte, es sei dringend notwendig, sie zu überwinden und völlig neu zu beginnen.

Deutscherseits wurde wiederholt betont, man stehe dem neuen Nachbarn ohne jede Gefühlsrückstände gegenüber; es gilt nunmehr, daß die Tschechen selbst den Weg zu einer neuen Politik finden und auch gehen!

Die Deutschen im neuen Staat

Wie hat sich nun nach der Neuordnung die Lage der in der Tschecho-Slowakei verbliebenen deutschen Volksgruppe entwickelt?

Die Lage der zurückbleibenden rund 370 000 Deutschen schien zunächst hoffnungslos. Zu Hunderten und zu Tausenden sind die Deutschen am 10. Oktober, dem letzten Tage der deutschen Besetzung, auf den Straßen in Richtung der Reichsgrenzen marschiert — unter dem Mantel die Hakenkreuzfahnen, die in mancher Nacht heimlich genäht waren und die die einmarschierenden deutschen Truppen begrüßen sollten. Sie haben einen Tag lang vergeblich in Kälte und Regen gewartet — und mußten dann doch erkennen, daß ihre engere Heimat „draußen" blieb. Wir verstehen den Schmerz und die Enttäuschung, die sich in ihren Herzen im ersten Augenblick breit machte. Wir verstehen es, wenn eine deutsche Frau sagen konnte: „Die Tränen der in der Tschecho-Slowakei zurückbleibenden Deutschen müßten die Freudenfeuer der Sudetendeutschen ersticken."

Vergegenwärtigt man sich, daß wohl niemand in der Tschecho-Slowakei in den letzten Septembertagen an eine friedliche Lösung des sudetendeutschen Problems geglaubt hatte, erinnert man sich der grauenhaften Nachrichten, die in der reichsdeutschen Presse und im Rundfunk über die Unterdrückung der deutschen Volksgruppe gemeldet wurden, so war es zu verstehen, daß im ersten Augenblick wohl jeder der in dem Reststaat verbleibenden Deutschen die Abwanderung erwogen hat. Denn als kein Zweifel mehr daran sein konnte, daß eine Besetzung der Gebiete nicht mehr in Frage stand, haben chauvinistische Tschechen — und vor allem Juden! — in unerhörter Weise ihrer Wut und ihrem Haß gegen die deutsche Bevölkerung Luft gemacht. Es sind in den Tagen nach dem 10. Oktober ungezählte Deutsche, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kaufleute aus den Fabriken und Kontoren entlassen worden. Entlassen vielfach mit der zynischen Bemerkung, durch die Lostrennung des sudetendeutschen Gebietes sei der Absatzmarkt des Geschäftes erheblich verkleinert und man sehe sich daher zu der Kündigung veranlaßt. Schuld daran seien also eigentlich die Deutschen selbst! Es sind in den Städten Handzettel weitergegeben worden, durch die aufgefordert wurde, die deutschen Geschäfte zu boykottieren und nur beim Tschechen zu kaufen. Es ist sogar in Einzelfällen soweit gekommen, daß tschechische Kaufleute die Abgabe von Nahrungsmitteln an Deutsche ablehnten, daß den deutschen Bauern im Wischauer Gebiet die Einlagerung ihres Getreides — geschweige denn sein Verkauf! — in den staatlichen Lagerhäusern verwehrt wurde. Deutsche Bauern, Ärzte, Rechtsanwälte wurden von geflüchteten deutschen Marxisten und Juden aus dem Sudetengebiet überfallen und eindringlich aufgefordert, ihr Land, ihre Praxis, ihr Haus zu verkaufen, denn für sie als Deutsche sei doch hier kein Platz mehr. Die Tatsache weiterhin, daß mancher führende Deutsche aus dem Inneren der Tschecho-Slowakei hoffte, bei dem Neuaufbau im Sudetenland eine bessere Stellung zu finden, hat viel mit dazu beigetragen, daß in breiten Kreisen des Deutschtums nahezu eine Abwanderungspsychose einsetzte.

Es ist das große Verdienst des Abg. Ernst Kundt gewesen, daß er, kaum aus der Haft entlassen, in die Bresche sprang und der verbleibenden deutschen Volksgruppe, die führerlos und hoffnungslos schien, wieder Mut und Hoffnung gab! Denn nichts war in der ersten Zeit nach dem Abschluß der Besetzung schwerer, als dem Deutschen zu sagen, daß er nicht verlassen, vergessen und verraten sei, sondern daß er gerade nach der Lösung des sudetendeutschen Problems in umso stärkerem Maße berufen sei, in Böhmen oder Mähren die Stellung zu halten, die seit Jahrtausenden Deutsche in diesem Raum inne hatten. Mag es auch anfänglich schwer und hart gewesen sein: Abg. Kundt darf heute als Volksgruppenführer feststellen, daß es gelungen ist, die Abwanderungspsychose zu bannen und daß heute wohl kaum ein Deutscher mehr seinen Platz — sei es in Prag oder Brünn, in Budweis oder Pilsen, Olmütz oder Mährisch-Ostrau, Iglau oder im Wischauer Gebiet, in der Slowakei oder in der Karpaten-Ukraine verlassen wird. Es ist ein Zeichen der neuen Haltung, wenn in einer Kundgebung unter der begeisterten Anteilnahme aller Volksgenossen erklärt werden konnte: „Es gilt jetzt, hier den Boden zu erhalten und die Brücken zu dem anderen Volk zu schlagen. Das Verhältnis zum tschechischen Volk soll ein freundschaftliches werden, doch von unserem Recht werden wir nicht mehr den kleinsten Teil abgeben!"

Deutsche Nationalsozialisten

Als erster Schritt einer Neuordnung der deutschen Volksgruppe erfolgte die Selbstauflösung des parlamentarischen Klubs der SdP. und die Gründung des „Klubs der deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten und Senatoren". Zum ersten Male seit dem Verbot der NSDAP. im Herbst 1933 konnte, genau fünf Jahre später, sich im Prager Parlament wieder eine nationalsozialistische Gruppe bilden. Sie stellte fest, daß ihre Hauptaufgabe in der Obsorge für das Deutschtum im neuen tschecho-slowakischen Staat liegt, daß sie aber auch die Herstellung neuer Beziehungen zwischen dem deutschen Volk einerseits und der Tschecho-Slowakei andererseits als ihre Aufgabe betrachte. Nur wenige Tage später, am 9. November, erschien eine Mitteilung des Klubs über die Durchführung einer Unterstützungsaktion des Reiches für die in Not geratene deutsche Bevölkerung, die unter dem Titel „Deutsche Reichshilfe" lief. Auch hier war Abg. Kundt völlig neue Wege gegangen: es kam ihm bei der Lösung des deutsch-tschecho-slowakischen Verhältnisses darauf an, seitens der Prager Zentralregierung die grundsätzliche Zustimmung dazu zu erhalten, daß das verbleibende Volksdeutschtum ungehindert die Zusammenarbeit mit dem gesamten deutschen Volk aufnehmen könne.

Die Volkstumsarbeit sollte sich nicht vor staatlicher Unterdrückung und Verfolgung fürchten müssen; es gehört zur selbstverständlichen Folgerung, daß man bei der grundsätzlichen Anerkennung des Volkstumsgedankens der Volksgruppe selbst in ihrer praktischen Arbeit nicht die Aufnahme der Beziehungen zum deutschen Volk verwehren darf.

Die rechtliche Verankerung der inzwischen eingeleiteten Maßnahmen bedeutete die im Anschluß an das deutsch-tschecho-slowakische Abkommen über die Option wenige Tage später erfolgte **Vereinbarung über den Schutz der Volksgruppen** in beiden Staaten vom 26. November 1938.

In ihr wird einleitend festgehalten, daß die Abmachungen zum Ziel haben, die Lage der beiderseitigen Volksgruppen, besonders in den sudetendeutschen Gebieten und in der Tschecho-Slowakei, im Geiste einer verständnisvollen Zusammenarbeit zu regeln.

Sachlich bestimmt die Erklärung folgendes:

1. Die beiden Regierungen sind gewillt, über die Fragen, die die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung des Volkstums der obengenannten Volksgruppen betreffen, sich fortlaufend zu verständigen.
2. Es wird ein ständiger deutsch-tschecho-slowakischer Regierungsausschuß gebildet, der grundsätzliche und Einzelfragen aller Art, die sich auf das Volkstum der obengenannten Volksgruppen und ihrer Angehörigen beziehen, im Verhandlungswege zu regeln berufen ist.

Die weiteren Punkte dieses Abkommens bestimmen, daß der Ausschuß sich aus je der gleichen Zahl deutscher und tschecho-slowakischer Vertreter zusammensetzt, die erforderlichenfalls Vertreter der Volksgruppe und Sachverständige hinzuziehen können. Falls in dem Regierungsausschuß keine Einigung erzielt werden kann, bleiben unmittelbare Verhandlungen zwischen beiden Regierungen vorbehalten.

Die neue deutsch-tschecho-slowakische Vereinbarung bedeutet einen tatsächlichen und wirksamen Schutz der beiderseitigen Volksgruppen. An Stelle eines internationalen Schiedsgerichts, das die Lebensbelange einer Volksgruppe höchstens formaljuristisch beurteilen kann, steht ein gegenseitiger Regierungsausschuß, der alle auftauchenden Fragen schnell und tatkräftig lösen kann. Der nationalsozialistische Grundsatz der Achtung vor dem fremden Volkstum hat hier seine restlose Durchsetzung gefunden.

Nach dieser grundsätzlichen Regelung wurde in Prag die Hauptstelle des Deutschen Arbeitsamtes in der Tschecho-Slowakischen Republik sowie die „Deutsche Reichshilfe" eingerichtet, denen dann, nach einer Rundreise des Abg. Kundt, entsprechende Gebietsstellen in Brünn, Olmütz, Iglau, Budweis, Pilsen, Mährisch-Ostrau folgten. Das Arbeitsamt gliedert sich in eine Allgemeine Abteilung, Abteilungen für Wirtschaft, Fürsorgepolitik, Kulturpolitik und Verbandswesen, Presse und Propaganda.

Noch vor Weihnachten konnte in der Presse mitgeteilt werden, daß bisher fast zwei Millionen Kronen Reichshilfeunterstützungen ausgezahlt waren. Neben dieser finanziellen Hilfe konnte auch aus der eigenen Wirtschaftskraft der Volksgruppe für besonders arme Volksgenossen durch Speisungen, Kleiderbeschaffung und Wohnungsvermittlung gesorgt werden. Erstmals stand somit das Weihnachtsfest 1938 der Deutschen in der Tschecho-Slowakei nicht unter dem Druck fremder Polizeiorgane, sondern die Deutschen konnten das Fest der Freude so begehen, wie es deutscher Art entspricht. Schon Wochen vorher war das Verbot des Buches „Mein Kampf" sowie das Verbreitungsverbot einer Reihe reichsdeutscher Zeitungen seitens der Behörden aufgehoben. Die deutschen Buchhandlungen waren kaum in der Lage, der Nachfrage nach dem Buch des Führers Folge zu leisten und nahmen schon in den ersten Tagen nach der Aufhebung des Verbots zahlreiche Vorbestellungen entgegen.

Deutsche Theatervorstellungen konnten wieder aufgenommen werden und besonders das Deutsche Theater in Brünn unter der rührigen Leitung von Dr. Modes hat durch die Bespielung der deutschen Bühnen einen entscheidenden Beitrag zur kulturellen Erhaltung des Deutschtums geleistet.

Von besonderer Bedeutung ist schließlich auch die Tatsache, daß die deutschsprachige Presse, soweit sie antinationalsozialistisch war, eingestellt wurde. Ihr Erscheinen stellten ein: Der „Sozialdemokrat", die „Rote Fahne", das „Prager Abendblatt", der „Prager Mittag", die „Prager Presse", die „Deutsche Zeitung Bohemia", ferner die in Brünn erscheinende „Neue Morgenpost" und der „Volksfreund" — beides Blätter der deutschen Sozialdemokraten.

Damit ist die Zahl der in deutscher Sprache in der Tschecho-Slowakei erscheinenden Blätter beträchtlich zurückgegangen — allerdings nicht zum Nachteil der deutschen Sprache!

Heute sind als bewußt volksdeutsche Zeitungen anzusehen: Der „Tagesbote" in Brünn — jetzt das amtliche Blatt der Volksgruppenführung —, dann der in Iglau erscheinende „Mährische Grenzbote", der in Preßburg als deutsches Tagblatt in den Karpatenländern erscheinende „Grenzbote", die „Deutschen Stimmen" als das amtliche Blatt der Volksgruppenführung in der Slowakei. Bedeutungslos geworden ist die in Kesmark erscheinende „Karpatenpost" — namentlich, solange sie sich nicht der Gesamtheit der Volksgruppe einordnet. Als deutschsprachiges Blatt ist noch der Ableger des „Prager Abendblatts" in Mähr. Ostrau, die jüdische „Morgenzeitung" zu nennen. Die Prager Regierung soll die Herausgabe eines neuen deutsch geschriebenen Regierungsblatts „Prager Beobachter" planen. Auch für die Volksgruppe in der Karpaten-Ukraine soll eine eigene deutsche Zeitung geschaffen werden. Sie wäre damit die erste volksdeutsche Zeitung in diesem Gebiet!

MUZEUM ... ELBLĄG BIBLIOTEKA PUBLICZNA

Nicht zuletzt hat aber die Tatsache, daß die Deutsche Universität in Prag und die beiden deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn nicht verlegt werden, sondern in der Tschecho-Slowakei bleiben, größte Beruhigung innerhalb der deutschen Volksgruppe erzielt. Im Zusammenhang mit all diesen Dingen ist eine Stabilisierung der Verhältnisse eingetreten, wie sie besser kaum zu erwarten war. Kein Deutscher denkt heute mehr daran, zu optieren und die alte Heimat zu verlassen, denn jeder weiß heute, daß „Optieren heißt, vor der gestellten Aufgabe davonlaufen!"

Offenes Bekenntnis zu Adolf Hitler

Der neue Präsident Hacha versicherte Abg. Kundt bei dessen Antrittsbesuch, er sehe klar die Notwendigkeit, das beste Verhältnis zwischen den beiden Völkern und zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei herzustellen. Und in seiner ersten Erklärung nach der Parlamentsrede des Ministerpräsidenten Beran konnte Abg. Kundt als Sprecher des Klubs der nationalsozialistischen Abgeordneten und Senatoren sagen, daß die deutschen Volksvertreter mit „nüchternem Realismus von nun an wieder Zug um Zug beurteilen wollten, ob der in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebrachte gute Wille, einen neuen Geist in der Innen- und Außenpolitik walten zu lassen und insbesondere ein neues Verhältnis zum Deutschen Reich und zum deutschen Volk zu finden, auch in die Tat umgesetzt werde. Diese Tat wird sich dabei vor allem auch darin zu offenbaren haben, daß von nun an auch ein neues Verhältnis und eine dementsprechende Rechtsordnung und Rechtspraxis gegenüber dem in der Tschecho-Slowakei verbliebenen Deutschtum in allerkürzester Frist Wirklichkeit wird. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die dabei die neue Regierung vor sich hat. Wir sind bereit, bei Überwindung dieser Schwierigkeiten als Staatszugehörige wie als Glied des deutschen Volkes nach besten Kräften und mit bestem Willen mitzuhelfen. Das setzt jedoch voraus, daß nunmehr von den Staatsorganen wie vor allem auch vom tschechischen Volke die Tatsache anerkannt wird, daß selbstverständlich auch die hier verbliebenen Deutschen Glieder und Träger der deutschen nationalsozialistischen Volksgemeinschaft unter der Führung Adolf Hitlers sind . . ."

Als Bestätigung dieser parlamentarischen Erklärung vom 15. Dezember erschien im „Prager Zeitungsdienst", dem Informationsdienst des Deutschen Arbeitsamtes, ein Artikel, in dem nochmals die Zugehörigkeit der Deutschen in der Tschecho-Slowakei zum deutschen Volk und ihr Bekenntnis zum Adolf

Hitler als selbstverständlich vorausgesetzt und angekündigt wurde, daß in absehbarer Zeit eine deutsche Organisation geschaffen werden, die bereits im Namen als nationalsozialistische Organisation gekennzeichnet wird und zu der das Tragen der nationalsozialistischen Abzeichen und Fahnen gehört. Sie wird die politische Vertretung der Volksgruppe sein, sie leitet ihr Leben und bestimmt ihre Politik. Sie wird genau so gegliedert sein, wie die Bewegung im Deutschen Reich. Auch in den Wirtschaftsorganisationen wird die neue Form und der neue Geist zum Durchbruch kommen — ebenso im Kulturleben, das von den Deutschen weitgehend selbst verwaltet wird — selbstverständlich unter Ausschaltung der Juden!

Die Freiheit des Bekenntnisses der Deutschen zum Nationalsozialismus muß auch im böhmisch-mährischen Landesteil der Tschecho-Slowakei eine Selbstverständlichkeit werden.

Mit dieser Erklärung wird eine neue Entwicklung angedeutet, die nunmehr im Jahre 1939 sich voll entfalten und ausbreiten kann. Die deutsche Volksgruppe bleibt erhalten; sie bekennt sich offen und frei zur nationalsozialistischen Bewegung und zum Führer Großdeutschlands, Adolf Hitler! Sie steht auch als wichtigstes Bindeglied in engem Zusammenhang mit dem sich anbahnenden neuen außenpolitischen Verhältnis zwischen Berlin und Prag.

Aus diesem Grunde, weil diese neue Tatsachen auf völlig neuer Grundlage erwachsen mußten, wurde an dieser Stelle die Entwicklung in der Tschecho-Slowakei eingehend betrachtet, handelt es sich hier doch um die geistige und tatsächliche Überwindung einer zwanzigjährigen Vergangenheit, die unter dem Leitwort „Deutsche gegen Tschechen" stand. Nach einer gewissen Zeit, wenn die Wunden verheilt sind, kann sich ein neues ehrliches Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen sowohl im völkischen wie im staatlichen Lebensbereich anbahnen. Namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet ist eine Reihe von Arbeitsvorhaben in Planung begriffen, die das neue Denken eines Miteinander stärkstens unterbauen. Erinnert sei nur an den Bau des Oder-Donau-Kanals, an die Errichtung großer Autostraßen im Zusammenhang mit dem Netz der Reichsautobahnen, an die Einstellung tschechischer Arbeitsloser bei den großen Arbeitsvorhaben des Reiches. Der Weg für eine gemeinsame deutsch-tschecho-slowakische Zusammenarbeit ist frei; es liegt nunmehr an den Tschechen, die neue Zeit zu verstehen. Es sind genug Anzeichen vorhanden, die dem Ausdruck geben. Es gilt, auch durch die Tat zu beweisen, daß man es ernst meint mit den Versprechungen!

Günstiger Start in den Karpatenländern

Günstiger als in den historischen Ländern Böhmen und Mähren begann die Deutschtumsarbeit in den Karpatenländern. Schon früher hatte hier die deutsche Bewegung, vertreten durch die Karpatendeutsche Partei, enge Fühlung mit den vom Prager Zentralismus bedrohten Slowaken gehalten. Als nunmehr am 6. Oktober die Slowaken ihren autonomen Staat ausriefen, ordnete sich die deutsche Volksgruppe diesem neuen Staat sofort ein. Im Preßburger Rundfunk erging ein Aufruf an die deutsche Bevölkerung, in dem es hieß:

Wir Karpatendeutsche haben seit Jahr und Tag den gerechten Kampf der slowakischen Volksgruppe mit Achtung und Verständnis verfolgt und beglückwünschen das slowakische Volk zu seinem großen Sieg. Wir sind fest davon überzeugt, daß die slowakische Regierung als Trägerin des slowakischen Volkswillens dem gesamten Karpatendeutschtum die Rechte unverzüglich zugesteht, welche sich aus dem Grundsatz der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung ergeben, hat doch das slowakische Volk seinen heutigen Sieg nur dem unermüdlichen und unnachgiebigen Kampf um diese Grundsätze zu verdanken. Daß die slowakische Regierung unserer Unterstützung in ihrem Bestreben, alle Rechte der hier lebenden Volksgruppen zu wahren, sicher sein kann, bedarf keiner besonderen Betonung.

Die deutsche Volksgruppe konnte ungehindert an ihren Aufbau gehen. Schon wenige Tage nach dem Einzug in Preßburg beschloß der slowakische Ministerrat die Errichtung eines Staatssekretariates für die deutschen Belange in der Slowakei. Mit der Leitung wurde der Führer der neugegründeten Deutschen Partei — der Nachfolgerin der früheren Karpatendeutschen Partei — Ing. Franz Karmasin betraut. Staatssekretär Karmasin legte sofort der slowakischen Regierung eine Reihe von Vorschlägen für die Regelung der Kultur- und Schulautonomie der Deutschen in der Slowakei vor, deren Erfüllung weitgehendst zugesagt wurde.

Auf Antrag Karmasins wurden für das Gebiet der Slowakei von der neuen slowakischen Regierung Adolf Hitlers „Mein Kampf" und die verbotenen reichsdeutschen Zeitungen freigegeben.

In einem Aufruf an die deutsche Volksgruppe vom 16. Oktober 1938 konnte Ing. Karmasin das gesamte Karpatendeutschtum zur Mitarbeit aufrufen. Er konnte in diesem Aufruf bereits ein feierliches Bekenntnis zum Gesamtdeutschtum und zu Adolf Hitler ablegen, wenn er u. a. sagte:

„Unsere Aufgabe ist es nicht nur, auszuhalten, Boden, Sprache und Kultur zu verteidigen, sondern den anderen Volksgruppen, mit denen wir weiter zu leben haben, zu beweisen, was deutsche Art ist, was deutscher

Nationalsozialismus ist. Damit hat des Führers Wille dem Deutschtum in den Karpatenländern, vor allem aber dem Preßburger Deutschtum, eine Aufgabe gestellt, deren Größe unseren Schmerz darüber, daß wir nicht zum Deutschen Reich gehören können, lindern muß.

Unsere Bewegung in den Karpatenländern ist durch ihre beispiellose Ordnung und Disziplin groß geworden. Diese Disziplin, die durch unseren unerschütterlichen Glauben an den Führer aller Deutschen, Adolf Hitler, begründet ist, wollen wir auch jetzt bewähren, da er von uns eines der schwersten Opfer verlangt, das einer Volksgruppe auferlegt werden kann.

Wir erklären feierlich, daß wir Adolf Hitler Gefolgschaft leisten! Alle Versuche des In- und Auslands, das Deutschtum zu politischen Aktionen zu mißbrauchen, werden an dieser unserer unerschütterlichen Haltung abprallen.

Die neue slowakische Regierung hat uns Zusagen gegeben, die eine freie Entwicklungsmöglichkeit unserer Volksgruppe gewährleisten: Bekenntnis zum Nationalsozialismus, freie politische Tätigkeit, weitgehende Selbstverwaltung, Schutz des Arbeitsplatzes, freier kultureller Austausch mit Großdeutschland ...

Wir müssen uns der Größe unserer Aufgabe bewußt werden, und müssen beweisen, daß wir ihr gewachsen sind. Bedenket, daß das Schild des Deutschen Reiches schützend vor jedem Deutschen steht. Kein Deutscher wird vergessen werden. Das deutsche Volk endet nicht an den Grenzen Großdeutschlands."

Der Aufbau der Deutschen Partei ging mit größter Beschleunigung vor sich. In zahlreichen Großkundgebungen unter den Hakenkreuzfahnen bekannte sich das Karpatendeutschtum von Preßburg bis in die entferntesten Winkel des Landes zum Nationalsozialismus. In ihrem organisatorischen Aufbau ging die Deutsche Partei von dem Vorbild im Reich aus. Neben der Parteiorganisation wurde als mannschaftliche Gliederung der „Freiwillige Schutzdienst" (FS) geschaffen, der gemeinsam mit den Angehörigen der Hlinkagarde auch die Sicherung des Landes gegen Einfälle feindlicher Banden übernahm. — Wesentlich war aber auch im Karpatendeutschtum die von der Parteileitung sofort aufgenommene soziale und wirtschaftliche Unterstützungsarbeit. Massenspeisungen, Kleidersammlungen, vor allem aber die Entsendung zahlloser arbeitsloser Deutscher an Arbeitsstellen im Reich bedeuteten die größte Hilfe.

Neben der inneren Entwicklung der Volksgruppe selbst bestand von Anbeginn an eine enge Zusammenarbeit mit den amtlichen Stellen des autonomen slowakischen Staates. Beispielhaft war es hier, daß die Führung der deutschen Volksgruppe sich als Mittler zwischen Reich und Slowakei einschaltete und den Slowaken die Wege zu den Verhandlungen — vor allem wirtschaftlicher Natur — mit dem Reich ebnen konnte.

Die Zusammenschlußbewegung innerhalb der Volksgruppe selbst war ein voller Erfolg. Zahlreiche Volksgenossen meldeten sich bei der Deutschen Partei. Die in Preßburg vegetierende Christlich-Soziale Landespartei löste sich in weiser Selbsterkenntnis auf; die Zipser Deutsche Partei beharrt zwar noch auf ihrer Selbständigkeit — allein sie setzt sich wohl nur noch aus dem Vorstand zusammen und ist politisch bedeutungslos geworden!

Die so erneuerte deutsche Volksgruppe fand auch volle Unterstützung bei der Staatsführung. Wiederholt hat Ministerpräsident Tiso in Zeitungsgesprächen und auch der Volksgruppenführung gegenüber die freie Entwicklung des Karpatendeutschtums zugesichert.

„Es ist unser Wunsch und Wille", so erklärte er, „der befreundeten deutschen Volksgruppe in der Slowakei eine solche Stellung zu sichern, wie sie nach moderner Anschauung erwartet werden kann. Die absolute Freiheit des völkischen Bekenntnisses, der Bestand einer eigenen, nach nationalsozialistischen Führungsgrundsätzen aufgebauten Volksorganisation, der Gebrauch aller derjenigen Zeichen und Symbole, die ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk und seiner nationalsozialistischen Weltanschauung versinnbildlichen, ist und bleibt allen deutschen Bürgern unseres Staates gesichert."

Weiterhin wurde zugesagt, daß in den vorwiegend von Deutschen bewohnten Siedlungsgebieten auch deutsche Beamte und Angestellte Verwendung finden sollten. Hand in Hand damit soll die Regelung der Sprachenfrage gehen.

Erstmals konnte die deutsche Volksgruppe ihre innere und äußere Geschlossenheit unter Beweis stellen bei der Wahl zum slowakischen Landtag am 18. Dezember 1938. Gewaltige Großkundgebungen fanden in den deutschen Dörfern statt. Neben Staatssekretär Karmasin sprachen auch die slowakischen Minister zu den deutschen Volksgenossen und bestätigten hier die Zusagen, die sie der Führung der deutschen Volksgruppe gemacht hatten. — Nach der parteipolitischen Einigung der Slowaken gab es nur mehr eine Liste, die von Ministerpräsident Tiso geführt wurde und für die sich auch die Deutsche Partei einsetzte. 98 % der Stimmberechtigten erklärten sich für die Hlinkaliste; unter den gewählten Abgeordneten befand sich Staatssekretär Karmasin und Pfarrer Steinhübel als Vertreter der Deutschen Volksgruppe. In einem wenige Tage vor der Wahl erlassenen Aufruf der Deutschen Partei war klar und deutlich herausgestellt worden, daß die Bereitschaft der deutschen Volksgruppe, gemeinsam mit den Slowaken auf einer Liste zu kandidieren, als ein „Vertrauensvorschuß, der nach der Wahl durch die kompromißlose gesetzliche Verankerung unserer Volksgruppenrechte eingelöst werden muß", anzusehen war.

Deutsche Kulturautonomie

Die Wahlergebnisse in den deutschen Gemeinden zeigten die Geschlossenheit der deutschen Volksgruppe. In fast allen deutschen Orten wurde ein fast hundertprozentiges Wahlergebnis erreicht. So war es nur eine weitere Selbstverständlichkeit, daß am Tage nach der Wahl, am Montag den 19. Dezember 1938, die Deutschen in der Slowakei die Kulturautonomie erhielten! Die von der Deutschen Partei vorgelegten Anträge fanden die Billigung des Schulministers und wurden sofort in die Tat umgesetzt. Sie sehen vor:

1. Errichtung einer selbständigen deutschen Abteilung beim Schulministerium mit einem deutschen Abteilungsleiter.
2. Ernennung von deutschen Schulinspektoren.
3. Sofortige Verselbständigung aller bestehenden deutschen Parallelklassen an andersprachigen Schulen.
4. Sofortige Errichtung von selbständigen Bürgerschulen in Deutsch-Proben, Krickerhäu und Kremnitz.
5. Erhöhung aller hochorganisierten Volksschulklassen zu Bürgerschulen.

Die deutsche Abteilung des Schulministeriums hat aber nicht nur die deutschen Schulangelegenheiten zu betreuen. Alle kulturellen Belange der deutschen Volksgruppe müssen an die deutsche Abteilung abgegeben werden, so daß auch Hilfsarbeiten, die notwendig sind, wie z. B. die technische Beratung bei Schulbauten, von dem Referenten des Schulministeriums aktenmäßig durchgeführt, durch den Leiter der Deutschen Abteilung aber genehmigt werden müssen.

Diese erfreuliche Entwicklung wird aber schon von Ereignisse überschattet, die alles andere als die gradlinige Fortsetzung der von den Slowaken begonnenen Arbeit bedeuten. Die plötzliche Ansetzung einer Volkszählung, die Eingliederung der deutschen Arbeiter in die slowakischen Gewerkschaften, das sind Ereignisse, die die deutsche Volksgruppe nicht unwidersprochen lassen konnte. In energischen Protesten an die Landesregierung mußte die deutsche Volksgruppe jede Verbindlichkeit der Maßnahmen für sich ablehnen.

Es ist zu hoffen, daß die slowakische Regierung nicht von ihrem alten Weg abweicht. Und es kann nochmals wiederholt werden: Vor der deutschen Volksgruppe in der Slowakei steht der Schild des ganzen deutschen Volkes.

*

Fast gleichlaufend mit der Entwicklung der deutschen Frage in der Slowakei verlief die Entwicklung in der autonomen Karpaten-Ukraine.

Wohl ist die deutsche Volksgruppe zahlenmäßig erheblich kleiner — aber die Zahl spielt bei der grundsätzlichen Anerkennung des Volkstums keine Rolle. Die neue Regierung ernannte ebenfalls Ing. Karmasin zum Staatssekretär für die deutschen Belange in der Karpaten-Ukraine. Als seinen ständigen Vertreter ernannte sie Ing. Oldofredi zum Unterstaatssekretär. So steht die neue Regierung in Chust, der Landeshauptstadt, der deutschen Volksgruppe verständnisvoll gegenüber. Sie legt Wert auf ihre Mitarbeit im neuen autonomen Staat. Für die deutsche Volksgruppe wurde ein Volksrat gebildet; auch eine Ordnertruppe wurde aufgestellt. Ferner wurde ein eigenes deutsches Schulinspektorat geschaffen, das die deutsche Schulfrage beschleunigt zu lösen haben wird.

Oskar Hartung

Polen und seine deutsche Volksgruppe an der Jahreswende

Das Jahr der Heimkehr 1938 hat einem großen Teile des deutschen Volkes die Eingliederung in das Großdeutsche Reich gebracht. Von diesem Geschehnis ist die deutsche Volksgruppe in Polen unmittelbar berührt worden: Rund 40 000 Deutsche im Teschener Schlesien sind im Verfolg der vom Führer aufgestellten Richtlinien in diesem überwiegend von Polen bewohnten Gebiet unter die polnische Staatshoheit gekommen. Ferner stellt nach der Heimkehr der Sudetendeutschen das Deutschtum in Polen mit rund 1 300 000 Köpfen die größte deutsche Volksgruppe in Europa dar. Während aber in anderen Staaten letzten Endes im Zusammenhang mit den erwähnten Ereignissen und der Entstehung Großdeutschlands eine Verbesserung der Lage des Deutschtums erfolgte, hat sich die in vielen Punkten unübersichtliche und bedrängte Lage des Deutschtums in Polen nicht geändert. Sowohl das Verhältnis von Volksgruppe und polnischem Staat, wie auch die inneren Auseinandersetzungen innerhalb der Volksgruppe haben keine befriedigende Lösung gefunden. Die Ereignisse des Jahres 1938 scheinen vielmehr darauf hinzuweisen, daß die Auseinandersetzungen im kommenden Jahr noch schwieriger, wenn auch nicht schwerer, werden.

Mit einer bisher selten zu beobachtenden Klarheit hat sich bei den großen politischen Geschehnissen des Jahres 1938 die Einmütigkeit eines Staatsvolkes als entscheidender politischer Faktor erwiesen. Der entschlossene Wille einer Nation, ihre einstimmige Bereitschaft zum letzten Einsatz, ein Ergebnis tiefster

Übereinstimmung zwischen Volk und Führung, haben die Entscheidungen herbeigeführt. Zur Zeit, da in Mitteleuropa die Geschlossenheit einiger Völker ein neues Bild unseres Erdteils entstehen ließ, mußte die polnische Staatsführung erkennen, daß diese Einmütigkeit innerhalb ihres Staates nicht vorhanden sei. Die inneren Spannungen, die bei normalen Zeiten sich fast nur in der Presse bemerkbar machen, wirken beim Ausbruch einer Krise lähmend auf die Entschlußfähigkeit der Regierung. Niemals bisher ist die innere Aufgespaltenheit Polens so stark in außenpolitischen Fragen in Erscheinung getreten wie im Jahre 1938. Hierbei sind sowohl die Spaltungen innerhalb des polnischen Staatsvolkes, wie die unbefriedigte Lage einzelner Volksgruppen beteiligt.

Als in den Märztagen die polnische Regierung den Zeitpunkt des Anschlusses Österreichs an das Reich benutzte, um das polnisch-litauische Problem zu bereinigen, als sie in ultimativer Form eine Klärung des unnormalen Zustandes, der seit 1934 zwischen Polen und Litauen herrschte, von der litauischen Regierung verlangte, fielen die Juden der polnischen Regierung in den Rücken. Durch Abhebung ihrer Bankguthaben erzeugten sie eine Panikstimmung, die auch polnische Kreise ergriff und zumindest eine moralische Wirkung auslöste. Für die außenpolitischen Beziehungen lehrreich war die Einstellung der französischen Regierung, die einen ausgesprochen polenfeindlichen Kurs in Kowno empfahl, während die Vereinigung des Konfliktes letzten Endes auf die Intervention der deutschen Regierung zurückzuführen war.

Die Normalisierung des Tschechischen Staates setzte Polen in die Lage, sein altes Ziel, Teschen, zu erreichen. Der Streit um Teschen hatte diese beiden slawischen Nationen verfeindet bis zur schärfsten Gegnerschaft. Dieser Gegensatz konnte von Polen in einer Weise gelöst werden, der auch für die Zukunft ein gutnachbarliches Verhältnis zur Tschecho-Slowakei gesichert hätte. Doch tauchten neue Schwierigkeiten auf und selbst die bereits in früheren Jahren mit Polen verbündeten Slowaken sind als Gegner des polnischen Staates aus der Umwälzung hervorgegangen. Die größte Belastung für das polnisch-tschecho-slowakische Verständnis aber ist die Karpaten-Ukraine.

Im Rahmen der Neuordnung des Tschechischen Staates erhielten die Ukrainer endlich die Autonomie, die ihnen bereits im Rahmen der „Friedensverträge" garantiert worden war. Die zwanzigjährige tschechische Zwangsherrschaft hatte sich in diesem Lande besonders nachteilig auf die Bildung einer Führerschicht ausgewirkt. Dieser Mangel an politischen Führern ließ die freiheitlichen Bestrebungen, aber auch die politischen und wirtschaftlichen Organisationen des karpaten-ukrainischen Volkes nur langsam sich entwickeln. Trotzdem bildete sich sofort nach der Unabhängigkeitserklärung eine Regierung, die, allen Schwierigkeiten zum Trotz, die autonome Karpaten-Ukraine bestehen lassen will. Wie sich ein solches Beispiel auf die rund 7 Millionen Ukrainer im polnischen Staate auswirken muß, ist leicht abzusehen. Gerade in diesem Teile des ukrainischen Siedlungsgebietes ist der nationale Wille am stärksten ent-

wickelt. Über die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer in der Sowjet-Union sind wir so gut wie garnicht unterrichtet. Immerhin lassen die zahlreichen Verhaftungen, auch von führenden Männern, in der Sowjet-Ukraine vermuten, daß der 1917 so stark entflammte Wille zur staatlichen Selbständigkeit auch dort auf die Dauer nicht mehr zu unterdrücken ist. Haben die Sowjets noch vor wenigen Jahren in der Karpaten-Ukraine und den ukrainischen Siedlungsgebieten Polens eine gefährliche Propaganda für eine Großukraine als Sowjet-Republik betrieben, wirken heute in Ostgalizien antikommunistische, rein nationale Tendenzen. Nennen wir die Dinge beim richtigen Namen, so muß man von einer Autarkie der ukrainischen Volksgruppe in Galizien, weniger in Wolhynien sprechen. Außer den staatlichen Monopolartikeln stellen die ukrainischen Genossenschaften alle Gebrauchsgegenstände, angefangen von Möbeln, Glas- und Webwaren bis zu Postkarten und Schreibheften in eigenen Fabriken her. Die Kooperativläden tauschen diese Erzeugnisse gegen Naturprodukte, besonders Milch und Getreide, ein. Ein weit verzweigtes Netz von Lebensmittelgeschäften setzt diese Produkte, namentlich die der Molkereigenossenschaften, in allen größeren Staaten Ost- und Mittelpolens ab. Aber selbst in das Oberschlesische Industrierevier sind heute schon die ukrainischen Genossenschaften vorgedrungen.

Diese Arbeit wird planmäßig geleitet, in ihr ist die politische Schulung der ukrainischen Dorfbevölkerung eingebaut, durchgeführt von dem Leiter des Kooperativladens, gewöhnlich ein Student, der wegen politischer Betätigung von den polnischen Universitäten verwiesen wurde. Gleichzeitig wird der Jude durch den Kooperativladen aus dem ukrainischen Dorf herausgedrängt. Die antisemitische Haltung findet sich bei allen Ukrainern und ist auch in der Karpaten-Ukraine schon in Erscheinung getreten.

Die Politik der ukrainischen Volksführung gegenüber dem polnischen Staate war stets von der jeweiligen Opportunität geleitet, ohne daß jemals auch nur geringe Anzeichen eines Ausgleiches zwischen dieser starken Volksgruppe und dem Staat zu bemerken waren. Die Jahre seit 1918 haben einen unüberwindlichen Haß zwischen beiden Völkern entstehen lassen.

Die Gründung der Karpaten-Ukraine hat wie ein Fanal in Ostgalizien gewirkt. Wenigstens ein Teil der ukrainischen Siedlungsgebiete ist frei geworden und wird so zur Keimzelle der weiteren Unabhängigkeitsbestrebung. Die bei der Eröffnung des polnischen Sejm im November 1938 durch den Abgeordneten Mudry geforderte Autonomie der ukrainischen Volksgruppe ist nur der Beginn eines neuen Abschnittes in diesem 20jährigen Kampf, den die Ukrainer Polens mit anderen Vorbedingungen führen als die Karpaten-Ukrainer.

Diese sich anbahnende Entwicklung bestimmte weitgehend die polnische Außenpolitik der letzten Monate. Die Karpaten-Ukraine ist für Polen ein ständiger Störungspunkt, der nach Möglichkeit wieder verschwinden soll. So unterstützt

Polen nach Kräften die ungarischen Revisionsforderungen, während andererseits Ungarn diese Hilfeleistung auf alle seine Revisionswünsche bezog und so das polnisch-rumänische Bündnis ernstlich gefährdete. Polen setzte sich mit dieser Politik auch in Gegensatz zu den Münchener Vertragsmächten, die eine Normalisierung, aber keine Vernichtung der Tschecho-Slowakei durchführten. So haben die innerpolitischen Schwierigkeiten die bisher so geschickte Politik des Außenministers Beck zum ersten Mal in bedenkliche Bahnen gelenkt. In diesem Zusammenhang steht auch die von Polen so stark betonte Verlängerung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Dieser Vertrag hat zweifellos besondere Bedeutung im Hinblick auf die Karpaten-Ukraine und das Ukrainer-Problem Polens. Immerhin ist die Hervorkehrung der sowjetfreundlichen Politik gerade in diesem Zeitpunkt auffällig.

Überblicken wir die außenpolitische Lage Polens zum Jahresanfang 1939, dann ist festzustellen, daß im verflossenen Jahr wohl einige sehr schwierige Probleme gelöst wurden, ohne aber eine endgültige Vereinigung herbeigeführt zu haben. Obwohl Litauen verschiedene Schritte unternommen hat, um die große Mauer des Mißtrauens abzubauen, ist der Ton der polnisch-litauischen Beziehungen nicht freundlicher geworden als vorher. Mit der Tschecho-Slowakei ist der Kernpunkt jahrelanger Feindschaft, die Teschener Frage, bereinigt, aber die neuen Forderungen Polens gegenüber diesem Staat, vor allem seine Haltung im karpaten-ukrainischen Problem, haben keine Annäherung der beiden verwandten Völker gebracht. Wie sich eine Hauptstütze der polnischen Außenpolitik, die Freundschaft zu Rumänien, in Zukunft beweisen wird, ist noch nicht abzusehen.

Das Verhältnis zu Deutschland sollte eigentlich im Jahre 1938 eine besonders herzliche Vertiefung erfahren haben. Wenn wir, gestützt auf zahlreiche persönliche Beobachtungen und auf die polnische Presse, in weiten Kreisen das extreme Gegenteil feststellen müssen, ist bei der Erklärung dieser Tatsache vielerlei zu bedenken.

Zunächst machen sich in der polnischen Öffentlichkeit noch immer sehr starke Kräfte bemerkbar, die auf Grund ihrer Rassezugehörigkeit oder Weltanschauung dem Nationalsozialismus feindlich gegenüberstehen. Der jüdische Einfluß ist in Polen in ungebrochener Stärke vorhanden. Nicht minder wirksam ist die katholische Aktion und besonders Sozialdemokratie und Kommunismus. Auch die Nationaldemokraten halten allein in der ablehnenden Einstellung gegenüber Deutschland ihr sonst völlig zusammengebrochenes Programm mühsam aufrecht.

Die Enttäuschung über die Lage Polens in Europa ist groß. Man muß sich hierbei vor Augen halten, daß vor etwa sechs Jahren in der polnischen Öffentlichkeit erörtert wurde, wann Polen seinen vierten Platz in Europa mit dem dritten Platz Italiens werde eintauschen können. Inzwischen sind die vier Großmächte Europas so gefestigt, daß der nationaldemokratische Plan eines

„piastischen" Polens auf Kosten weiterer deutscher Ostgebiete endgültig aufgegeben werden mußte. Diese Ideen, besonders unter der polnischen Jugend stark verbreitet, haben bei ihrem Zusammenbruch naturgemäß ein bitteres Gefühl hervorgerufen. Nachdem der Bundesgenosse Frankreich, auf den noch immer die Nationaldemokraten gebaut hatten, im Falle Österreich und ebenso der Tschecho-Slowakei eine völlig unerwartete Haltung eingenommen hat, richtet sich die ganze Enttäuschung gegen Deutschland.

Diese innerpolitischen Kräfte und Schwierigkeiten müssen bei einer Betrachtung des deutsch-polnischen Verhältnisses stets in Rechnung gestellt werden. Der geringe Widerhall, den die Erklärung des Lagers der nationalen Einigung im polnischen Volk gefunden hat und die Wahlergebnisse des Jahres 1938 zeigen, daß Polen von dem Ideal eines geschlossenen Volkes noch weit entfernt ist.

Die ablehnende Haltung gegenüber Deutschland wirkt sich natürlich besonders gegen die deutsche Volksgruppe in Polen aus. Die bedrängte Lage des Deutschtums, der Kampf um Scholle, Arbeitsplatz und Schule ist 1938 mit derselben Heftigkeit geführt worden wie früher. Auch das vergangene Jahr brachte manchen, besonders von der jüdischen und nationaldemokratischen Presse geführten Feldzug gegen das Deutschtum. Die erlogene Behauptung eines polnischen Eisenbahners aus Danzig, er sei von Danziger Eisenbahnbeamten aus dem fahrenden Zug gestoßen worden, hat eine Pressehetze entfacht. Leider ist das Ergebnis polnischer Gerichte, die trotz genauester Untersuchung keine Schuld der Danziger Eisenbahnbeamten feststellen konnten, in der Presse nicht wiedergegeben worden. Auch die Boykottaufrufe des polnischen Westverbandes, die Arbeiterentlassungen in Ost-Oberschlesien, die Schließung deutscher Schulklassen und die Enteignung deutschen Grundbesitzes haben unvermindert angehalten.

Bei allen diesen Maßnahmen wird immer wieder das Märchen von der Unterdrückung der Polen in Deutschland angeführt. Der dabei eingeschlagene Weg ist verblüffend einfach: Nach polnischer Zählung, die übrigens auch im staatlichen „Politischen und wirtschaftlichen Jahrbuch für 1938" ihren Niederschlag gefunden hat (Seite 13), leben in Deutschland 1 500 000 Polen, davon 700 000 in Oberschlesien und 300 000 in Ostpreußen. Die restliche halbe Million in Westfalen und im Rheinland, in Sachsen und Thüringen!! Von dieser Fantasiezahl geht man bei der Betrachtung des polnischen kulturellen Lebens in Deutschland aus, stellt dann fest, daß außerordentlich wenig polnische Schulen und Schulkinder vorhanden sind, die polnischen Vereine nur ganz geringe Mitgliederbestände aufweisen und folgert daraus, daß diese geringe Beteiligung nur durch die brutalen Unterdrückungsmethoden der deutschen Regierung und besonders des Nationalsozialismus hervorgerufen wird. Daß es in Deutschland nach den letzten, sehr sorgfältigen Zählungen nur ungefähr 90 000 Polen gibt, ist bisher von der polnischen Presse, wie auch von amtlicher Seite nicht

zur Kenntnis genommen worden. Daher haben politische Emporkömmlinge jederzeit ein günstiges Propagandathema, und die alte Methode der Ablenkung von innerpolitischen Schwierigkeiten auf das beliebte Kapitel: „Unterdrückung des Polentums in Deutschland" ist nach wie vor im Schwange.

Etwas anders ist die Einstellung mancher Behörden gegenüber dem Deutschtum in Polen: Der starke Einsatz der deutschen Bevölkerung für die Regierung bei den letzten Wahlen hat gewiß seinen Eindruck nicht verfehlt. Auch die Berufung von zwei Senatoren wollen wir als ein verständnisvolles Entgegenkommen gegenüber der deutschen Volksgruppe ansehen. Solange aber Vorfälle wie die Ausweisung des Pastors Kleindienst aus Luck, die Zerstörungen an deutschen Häusern in Bielitz oder die Unterdrückung des Deutschtums im Olsagebiet und Ostoberschlesien ungehindert möglich sind, kann die deutsche Volksgruppe kein restloses Vertrauen in die polnische Staatsführung setzen. Die Minderheitenerklärung ist in dem ersten Jahre ihrer Wirksamkeit bisher einseitig von Deutschland eingehalten worden, die deutsche Volksgruppe in Polen hat bisher keinerlei Erleichterungen verspürt.

Zweifellos könnte das Deutschtum in Polen seine Lebensinteressen leichter durchsetzen, wenn es in einer gemeinsamen Front geschlossen stände und die Schranken zwischen den einzelnen Siedlungsgebieten endlich niedergerissen würden. Aber mit Ausnahme von Mittelpolen ist der Bruderkampf, wenn auch nicht mehr so heftig wie vor zwei Jahren, überall im Gange. Dabei ist in letzter Zeit eine Versteifung der beiden Fronten eingetreten, die schwer zu lösen sein wird.

Die Jungdeutsche Partei hat ihren ursprünglichen Schwung, nicht zuletzt durch Spaltungen und Gegensätze in der Parteiführung, eingebüßt. Sie ist zwar in einzelnen Gebieten noch fest in ihrem Mitgliederbestand, in anderen Teilen aber stark im Rückgang. Jedenfalls scheint das Ziel, das sich die Jungdeutsche Partei bei ihrer ersten Ausbreitung über Bielitz hinaus im Herbst 1932 gesteckt hatte, die bisherigen Deutschtumsorganisationen zu erobern und unter eigene Führung zu nehmen, nicht mehr erreichbar zu sein. Wenn diese Bewegung in diesem Ziel letzten Endes gescheitert ist, obwohl sie leicht die umfassende Organisation des gesamten Deutschtums in Polen hätte werden können, so tragen daran ihre Kampfmethoden und der Mangel an Führerpersönlichkeiten die Schuld. Als im Frühjahr 1933 die Jungdeutsche Partei in Ostoberschlesien die ersten großen Versammlungen abhielt, als sie im Herbst 1933 von einigen Männern nach Posen-Westpreußen gebracht wurde, waren alle Voraussetzungen für einen Erfolg gegeben. In Oberschlesien gab es mehrere sich bekämpfende kleine Parteien, zu denen das Volk längst alles Zutrauen verloren hatte. Der Deutsche Volksbund setzte sich in unermüdlichem Eifer für die Belange des Deutschtums gegenüber der Wojewodschaft ein, aber eine organisierte Volksgemeinschaft stellte er niemals dar. In Posen-Westpreußen war nach Auflösung der „Deutschen Vereinigung" 1923 keine neue Organisation

geschaffen, wenn man von dem „Zentralbüro der Deutschen Abgeordneten und Senatoren" absieht. Das Zentralbüro führte einen zehnjährigen Prozeß gegen die widerrrechtliche Auflösung der Vereinigung und erst im Frühjahr 1933 waren die Statuten für eine neue Organisation bei der Regierung eingereicht worden.

Aber das Hauptkampfmittel der Jungdeutschen Partei war die „Abrechnung" mit den bisherigen Organisationen. Hierbei wurde leider keine Rücksicht auf die Bedeutung einzelner Organisationen für das Deutschtum, noch auf die Verdienste einzelner Männer genommen, deren bisherige Leistungen grundsätzlich abgelehnt wurden. Schon dieses Auftreten stieß weite Kreise, vor allem in Posen-Westpreußen, ab. Doch schenkten viele Deutsche der Jungdeutschen Partei ihr Vertrauen. Aber die Arbeitsmöglichkeiten, die nach dem strengen polnischen Vereinsgesetz einer politischen Partei offen stehen, sind sehr gering. Jede soziale oder wirtschaftspolitische Tätigkeit, auch die Jugendarbeit, blieb so der Jungdeutschen Partei verschlossen. Sie mußte entweder eigene Organisationen dieser Art gründen oder gegen die Leitung der bestehenden auch weiterhin den Kampf führen. Um eigene Genossenschaften, soziale Vereine usw. zu gründen, fehlten der Jungdeutschen Partei Mittel und Mitglieder, um die Leitung in den bestehenden Organisationen zu übernehmen, die Persönlichkeiten. Als im Herbst 1934 die „Deutsche Vereinigung" von der Regierung als kulturelle Organisation für die Wojewodschaften Posen-Pommerellen bestätigt wurde, gelang es der Jungdeutschen Partei nicht, darin die Führung zu erringen. Die Vereinigung knüpfte bewußt an die bisherige Volkstumsarbeit an und sammelte in kurzer Zeit eine große Anhängerschaft. Damit war eine größere Ausbreitung der Jungdeutschen Partei in Posen-Westpreußen abgestoppt. Auch der Versuch, in einem „Verein deutscher Bauern" gegen die Leitung der deutschen Genossenschaften sich durchzusetzen, versagte. Seit 1935 haben sich zwei Fronten in Posen-Westpreußen gebildet, die mitten durch das Deutschtum hindurchgehen. In der Zusammensetzung der Mitgliederschaft sind beide Organisationen gleich, auch im Verhältnis von Jugend und Alter. In einem Ort arbeitet eine gute Ortsgruppe der Jungdeutschen Partei, im anderen eine solche der Deutschen Vereinigung. Ein Ausgleich wäre nur von Leitung zu Leitung möglich, der Mitgliederbestand beider Organisationen bleibt seit Jahren fest.

Ganz ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in Ostoberschlesien. Der Volksbund war nicht zu erschüttern. Spaltungen innerhalb der Jungdeutschen Partei lähmten in diesem Gebiet die Arbeitsmöglichkeiten und heute ist die Partei in Ostoberschlesien nur schwach vertreten.

1935 begann die Jungdeutsche Partei stärker nach Ostgalizien und Mittelpolen vorzustoßen, 1936 nach Wolhynien. In Ostgalizien hatte die Partei eine unglückliche Hand. Hier übernahmen deutsche Studenten an der Lemberger Universität die Parteiarbeit, ohne daß sie auf die Führung der Volksgruppe, auf

die kirchlichen noch auf die wirtschaftlichen Organisationen Einfluß gewannen. Man muß leider feststellen, daß sehr persönliche Streitigkeiten plötzlich auf einer politischen Ebene ausgetragen wurden. Auch in Wolhynien hat man um des „Kampfes" willen derartige Streitigkeiten in die politische Arbeit hineingezogen. Die Ansätze wertvoller Volkstumsarbeit in Galizien und in Wolhynien, die besonders von jungen Kräften der Jungdeutschen Partei geleistet wurden, konnten nicht fortgeführt werden. Der Mangel an Fachkräften und Persönlichkeiten hat gerade in den Ostgebieten das Versagen der Jungdeutschen Partei hervortreten lassen. In diesen Gebieten fehlten alle Volkstumsorganisationen, die Genossenschaften sind erst im Aufbau begriffen. Hier hätte die Partei leicht die Führung erringen und eine von ihr oft verkündete Volkstumsarbeit leisten können.

Wir müssen weiterhin feststellen, daß die alten Teilgebietsgrenzen, die sonst schon weitgehend verwischt sind, innerhalb der deutschen Organisationen und hier besonders bei der älteren Generation noch nicht überwunden sind.

Diese an und für sich traurige Bilanz des Deutschtums in Polen kann mit einem erfreulichen Kapitel abgeschlossen werden. In Mittelpolen ist die Krise innerhalb des Deutschtums endgültig überwunden. Hier hatte die Jungdeutsche Partei zunächst die alte Deutschtumsorganisation, den Deutschen Volksverband, überrannt. Aber eine Schar junger Aktivisten erkannte, daß eine bloße Kritik an der Arbeit noch keine Besserung der Lage des Deutschtums bedeutet und daß ferner die Jungdeutsche Partei nicht die geeignete Basis für eine erfolgreiche Volkstumsarbeit abgibt. So reihten sich diese einsatzbereiten Kräfte in den Volksverband ein. Ihnen kam es nicht auf einen Kampf gegen deutsche Volksgenossen an; sie faßten die wichtigeren Probleme an, ohne lange programmatische Erklärungen vorher abzugeben. Dieser Einsatz des Arbeitskreises unter der Führung von Ludwig Wolff führte zu einer Sammlung und völligen Einheit des Deutschtums in Mittelpolen. Heute stehen nur etwa 5 % der einsatzbereiten Deutschen nicht in der Gefolgschaft des Volksverbandes! Dabei ist der Übergang von der bisherigen Führung des Volksverbandes, den der verdiente, aufrechte Kämpfer Senator Utta leitete, auf Ludwig Wolff im vollsten Einklang zwischen der älteren und jüngeren Generation erfolgt. Die besten Kräfte der Jungdeutschen Partei traten dem Volksverband bei, dessen Mitgliederzahl sich allein im Jahre 1938 verdoppelte und heute etwa 27 000 beträgt. Der sichtbarste Erfolg dieser Arbeit war die Lodzer Stadtratwahl, die 23 000 deutsche Stimmen erbrachte. Die höchste bisher in Lodz erreichte deutsche Stimmenzahl war 1936 mit 18 000 erzielt worden. So zeigt das Wahlergebnis vom November 1938 an, daß zahlreiche Deutsche aus der sozialdemokratischen Partei und damit aus den Reihen des Marxismus für die nationalsozialistische Weltanschauung gewonnen worden. Das wohl wichtigste Ergebnis der Arbeit des Deutschen Volksverbandes ist die immer weitere Kreise des deutschen Volkstums erfassende Sammlung und Bindung an eine Or-

ganisation. In Mittelpolen waren und sind noch heute die dauernden Verluste deutscher Volkskräfte außerordentlich hoch und nur vergleichbar mit der Madjarisierung des südöstlichen deutschen Volkstums. Diese Verluste traten ein, weil das Streudeutschtum Mittel- und Ostpolens völlig verlassen und von keiner deutschen Organisation erfaßt war. In der Eingliederung dieser Volksgenossen in die große deutsche Volksgemeinschaft sieht der Volksverband mit Recht seine wichtigste Aufgabe.

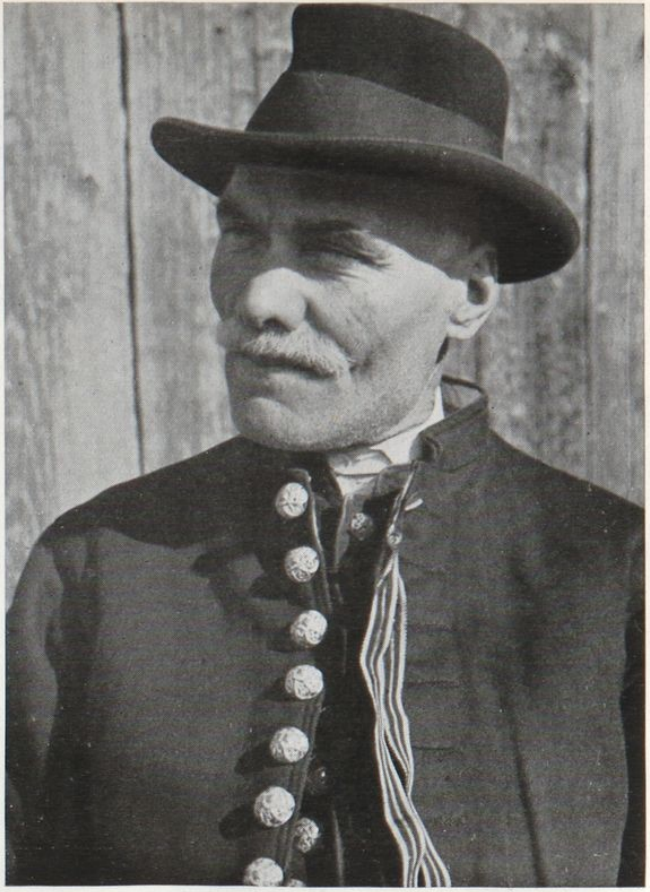
Im vergangenen Jahr begann der Volksverband seine Organisation auch auf Ostgalizien auszudehnen, und es ist zu hoffen, daß auch diese Arbeit vom gleichen Erfolg begleitet ist. Dagegen hat die Jungdeutsche Partei ihre bisherigen Gaue Mittelpolen und Galizien zusammengelegt und hat so auch nach außenhin angedeutet, daß sie sich aus Mittelpolen zurückzieht. Nach den Lodzer Stadtratswahlen, bei der die Jungdeutsche Partei versagt hat — es gab in Lodz nicht eine Einheitsliste, sondern nur die Liste des Volksverbandes, denn die Jungdeutsche Partei begann die Verhandlungen um die Einheitsliste, als die Anmeldefrist für die Wahlvorschläge längst abgelaufen war —, wird wohl eine Einigung zwischen Volksverband und Jungdeutscher Partei zustandekommen, die endgültig jede weitere Reibung vermeiden wird. Diese Regelung dürfte sich auch auf Galizien und Wolhynien erstrecken und so für den größeren Teil des deutschen Siedlungsgebiets die ersehnte Einheit bringen. Die Arbeitserfolge des Volksverbandes in den letzten drei Jahren haben ihm den Führungsanspruch vollauf gesichert.

In Hinblick auf die innerpolitischen Probleme ist die Festigung des Deutschtums besonders notwendig. Die bisherige Haltung der deutschen Volksgruppe hat eindeutig ihre positive Einstellung zum polnischen Staat bewiesen. In Anbetracht der nun fünfjährigen Bewährung des deutsch-polnischen Paktes und des Minderheitenabkommens von 1937 dürften für die polnische Regierung keinerlei Bedenken bestehen, der deutschen Volksgruppe ihre Lebensrechte einzureichen.

Alfred Heik

Deutsch-Mokra in der Karpaten-Ukraine

370000 Deutsche leben noch in der heutigen Tschecho-Slowakei



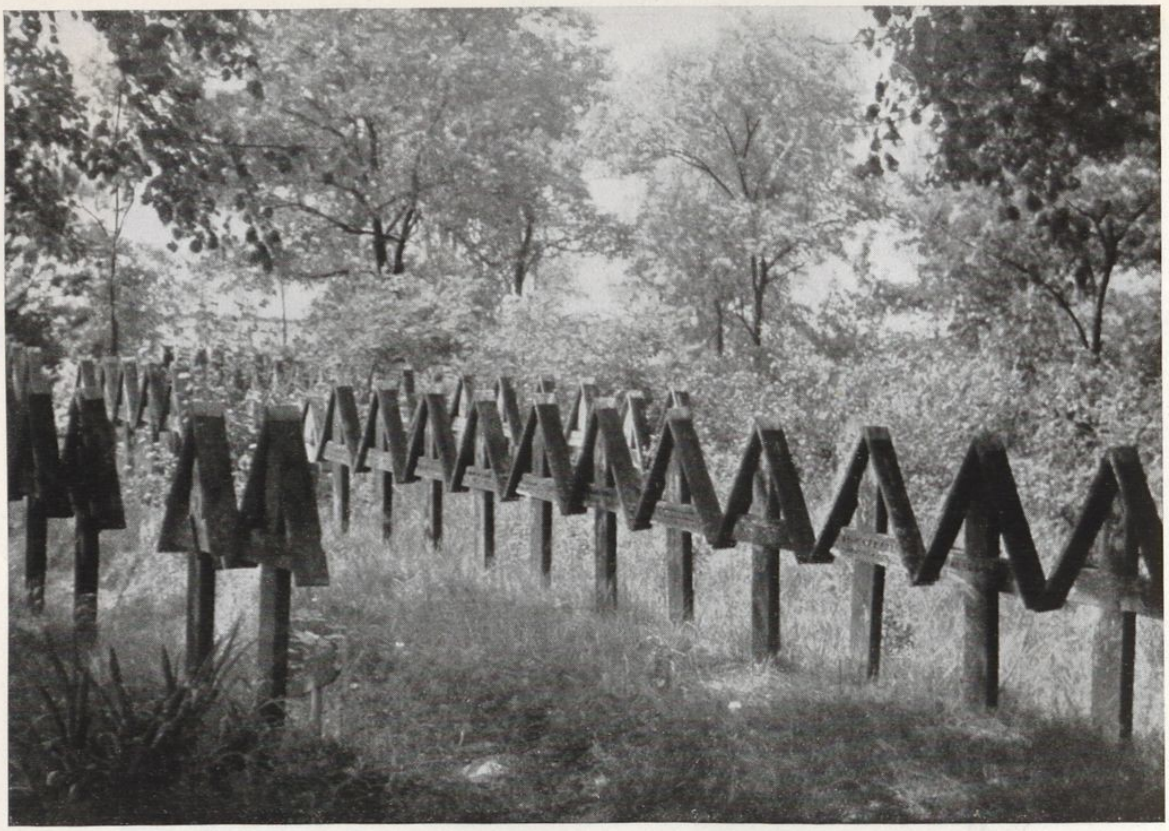
Bauer aus der Zips in der Slowakei

Marktplatz von Iglau in Mähren

Vom Deutschtum in Mittelpolen

Deutsche Weberhäuser aus der Gründungszeit von Lodz

Deutscher Bauer in der Weichselniederung



Deutscher Kriegerfriedhof in Mittelpolen

Deutsches Jungvolk aus Lodz

Die ſchwerſte Stunde

Gedichte aus Iglau und Brünn

Große Erſchütterungen im Leben eines Volkes ſind Urſprung wahrhaft volkhafter Dichtung. Die Dichter werden in ſolchen Zeiten zu den berufenen Sprechern der Gemeinſchaft und in ihren Werken wird das Erleben aller geſtaltet. In dieſem Sinne allein wollen die nachſtehenden Gedichte verſtanden und aufgenommen werden. Es ſind ernſte und mahnende Zeugniſſe aus den ſchwerſten Stunden der Deutſchen in den Volksinſeln Iglau und Brünn während der Oktobertage 1938 und machen eindringlich die Wendung von Hoffnung zu Enttäuſchung und dem trotzigen „Dennoch" des mutigen Ausharrens bewußt. Es bedarf für ſie keiner lobenden Empfehlung und keiner erklärenden und ausdeutenden Umſchreibung. — All denen, die zur Ausgeſtaltung dieſer Sammlung beigetragen und durch Rat und Hilfe ihr Zuſtandekommen förderten, ſei an dieſer Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Am Igelſtrand

Umringt vom Feind, auf teurer Heimatſcholle
Lebt ſchlicht ein Volk am ſchönen Igelſtrand;
Verteidigt — mag da kommen, was da wolle —
Im zähen Kampf das teure Heimatland.

Die Zeit gebar manch neues Staatsgebilde,
Manch Grenzſtein ſitzt nicht mehr am alten Ort;
Der Igel ſteht wie vorher feſt im Schilde,
Bewahrt der Heimat heil'gen Väterhort.

Mag auch der Feind den deutſchen Gau bedrängen,
Mag Haß und Neid uns noch ſo treffen hart,
Wir bleiben treu der Heimat trauten Klängen,
Dem deutſchen Lied und deutſcher Väterart.

Wenn uns dereinſt erreicht der Freiheit Sonne,
Die Heimkehr in das große Vaterland,
Bekennen wir mit ungetrübter Wonne
Uns ſtolz zur Wacht vom ſchönen Igelſtrand.

Das Lied einer Iglauerin

Beendet iſt die böſe Zeit,
geſiegt hat die Gerechtigkeit.
Und überall der Jubelſchrei:
Nun ſind wir endlich alle frei!

Das Herz iſt voller Seligkeit,
im Auge glänzen Tränen,
vorüber iſt das große Weh,
das jahrelange Sehnen.

Und plötzlich, wie von ungefähr,
fühlſt du ein banges Ahnen,
du haſt umſonſt, umſonſt genäht,
die vielen, vielen Fahnen.

Du legſt ſie leiſe wieder fort,
als würdeſt du dich ſchämen,
und niemand kann die ſchwere Laſt,
dir von den Schultern nehmen.

In deinem Innern iſt ein Schmerz,
ſo tief und unermeßlich,
als traf man mitten dich ins Herz,
das bleibt dir unvergeßlich.

Es brauſt der Strom der Zeit vorbei
ganz nah an deinen Toren,
doch haſt du trotz der Bitterkeit
dich ſelber nicht verloren.

Sprachinſeldeutſcher biſt du ja,
gehärtet und erprobt,
in jahrelangem Kampf geſtählt
und ſelten nur gelobt.

Du wirſt dein Opfer weitertragen,
das iſt halt eben ſo,
das Ganze mußt im Aug' du haben,
dann wirſt du wieder froh.

Und riſſe man in Stücke dich,
ſo riefe tauſendmal ins Land
ein jeder Teil es dann für ſich:
Erſt recht deutſch bin und bleibe ich!

11. Oktober 1938 / Erna Krcal

Vorpoſten Brünn, Iglau, Olmütz uſw.

Wir alle ſind des deutſchen Volks Soldaten,
Ohn' Unterſchied, ob Mann, ob Frau, ob Kind!
Die Welt erkennt's an allen unſern Taten,
Ob wir allein, ob wir beiſammen ſind!

Wir haben alle einen einz'gen Glauben,
Und einen Willen und ein einz'ges Ziel.
Die laſſen wir uns auch von niemand rauben,
Von Zweiflern nicht und nicht von Ränkeſpiel.

Wir ſtehen ein für unſres Volkes Ehre,
Für deutſche Freiheit und für deutſches Recht.
Umringt von Feinden auch und ohne Wehre,
Wir werden nie ein jämmerlich Geſchlecht.

Und ſind wir auch vom Kampfe wundgeſchlagen,
Bedrückt von Elend und von arger Not,
Wir kennen weder Zweifel noch Verſagen,
Wir ſtehn zuſammen und ſo hilft uns Gott!

Fehlt Fahne auch und andre Ehrenzeichen,
Wir bleiben doch dem Hakenkreuze treu!
Durch eigne Kraft nur können wir erreichen
Des Volkes Ziel und werden wirklich frei!

F. H. Grech

Das Schickſal ſpricht!

Du klagſt über Unrecht, das Dir widerfahren,
Als man Dich hier unter Fremden beließ?
Du meinſt, es ſei billig, nach ſolch zwanzig Jahren,
Daß man Dich endlich auch ausruhen hieß.

Gemach, lieber Freund! Du mußt gründlicher denken!
Wenn man Dich hier läßt, ſo hat es auch Grund!
Du kennſt ja das Land und das Volk und ſein Denken,
Bliebſt auch in Deiner Geſinnung geſund.

Du haſt alſo alles, was nottut im Ringen,
Wenn Volk wider Volk ſind zur Fehde geſtellt.
Es könnte ein andrer kaum nur vollbringen,
Was Deiner Erprobung beſchwerlich kaum fällt!

Du ſiehſt, das vermeindliche Unrecht iſt Ehrung,
Berufung ſogar, wenn man ſtrenger es nimmt.
Dein Volk braucht Dich hier mit der alten Bewährung.
Erweiſe ſie neu, dazu biſt Du beſtimmt!

Dein Führer vergißt nicht, was Dich hier gefährdet,
Er fühlt es wie Du, aber heischt von Dir Mut!
Nicht alles ist Drohung, was so sich gebärdet,
Die Feigheit, die lärmt gern, das weißt Du ja gut!

Du stehst hier als Zeuge gewalt'gen Geschehens
Dabei, wie ein Volk um sein Lebensziel ringt.
Belogen, bestohl'n um den Kern seines Wesens,
Bestimmt schon vielleicht, daß es gänzlich versinkt.

Du hast nur zu warten und Dein Recht zu wahren.
Die andern laß tun, was ihr Schicksal verlangt.
Gelingt die Gesundung — nach Schicksals Verfahren —,
Dann wirst Du erwünscht sein, Dein Warten bedankt!

Nur kranken Gesellen verhaßt ist Dein Wesen,
Geläutertes Volk respektiert deutsche Art.
Das Schicksal bestimmt: Verderben — Genesen.
Dir aber hat es den Sieg aufgespart!

F. H. Grech

Vermächtnis der Toten

Wir träumten wie Du und wir kämpften mit Dir,
Erfüllung — die blieb uns versagt.
Wir kämpften und starben und liegen nun hier
Und haben's doch niemals beklagt.

Für uns gab es immer nur eiserne Pflicht,
Nach Lohn haben nie wir gefragt.
Wir taten, was nottat und zögerten nicht,
Wenn's galt, wurde alles gewagt!

Der Sinn unsres Lebens, er wird Dir nun klar,
Wenn ringsum man feiert den Sieg.
Wir glaubten an ihn, wenn es schwer auch oft war,
Tu's auch — und führ weiter den Krieg.

F. H. Grech

Brünn am 14. Oktober 1938

Wir saßen beisammen beim Funkgerät,
Zweihundert Brünner und mehr.
Wir wollten wissen, wie's draußen steht,
Wie weit schon das deutsche Heer.

Die Ätherwellen schwangen: Sieg-Heil!
Den Jubel der Schwestern und Brüder.
Sudetenland frei! Sieg-Heil! Sieg-Heil!
Und unsere heiligsten Lieder.

Und Tag um Tag war's ebenso,
Es folgte Zone auf Zone.
Uns Brünnern war ums Herz so froh,
Wie jedem deutschen Sohne.

Der Führer spricht. — Das Heer marschiert.
Schon Pohrlitz, erst Kromau und Znaim.
Bei Wojekowitz wird biwakiert,
Hier soll die Grenze sein.

Es sind nur 14 Kilometer.
So nah und doch wie weit.
Nur 14 Kilometer,
Jedoch für alle Zeit!

Wir lauschen mit bangem Sehnen.
Kommt kein erlösendes Wort?
Nein! — Tränen nur, bittere Tränen,
Und niemand wischt sie fort.

Zehn Tage sind wir gesessen.
Vier weitere saßen wir noch.
Hat Deutschland die Brünner vergessen?
Wir harren der Antwort noch!

Die Abstimmung fiel! Die Grenze steht fest!
Unser einziges Hoffen: Option!
Ob man auch diese noch fallen läßt?
Man hört nichts, rein gar nichts davon!

Stumm ſtehen die Brünner beim Rundfunkgerät.
Die letzten der ſtolzen Partei.
Sie ſchweigen und warten! Und keiner geht,
Noch iſt ja nicht alles vorbei!

Und wenn es ſo bliebe! — Dann will's das Geſchick!
Das Volk braucht Vedetten! Wohlan!
Wir kehren auf unſere Plätze zurück
Und ſtellen dort unſern Mann!

Den Kindern die Sitte, die Sprache, das Lied
Wollen getreu wir vererben.
Trotz aller Bedrängnis, trotz aller Not.
Deutſch wollen wir leben und ſterben.

F. H. Grech

Ich weiß

Ich weiß, was Euch betrübt!
Wie könnt es anders ſein?
Ihr habt ſo treu geſtritten
Und Ungemach erlitten
Und ſollt jetzt draußen ſein!

Ich weiß, was Euch bedrückt!
Ihr habt an Sieg geglaubt
Und fühlt Euch nun verraten
Von Euren Kameraden
Der Hoffnung auch beraubt.

Ich weiß, was Euch bedroht!
Es iſt die Zweifelſucht!
Sie wird vom Feind genährt,
Bis Eure Kraft zerſtört
Und Ihr bereit zur Flucht.

Ich weiß, was Euch errettet!
Der deutſche Mannesmut!
Ein Wort iſt Euch gegeben,
Das gilt fürs ganze Leben:
„Ihr ſeid in Deutſchlands Hut!"

Dies deutſche Wort iſt heilig!
Und niemand deutle dran!
Für Deutſchland müßt Ihr ſtreiten,
Den weitern Weg bereiten,
Jeder, ſo gut er kann!

F. H. Grech

„In Amerika ist alleweil Kiritag“

Die Auswanderung aus den deutschen Dörfern im Bakonyerwald

„In den finstern Wäldern mit ihren furchtbaren Sümpfen strecken knorrige Eichen mit dicker Borstenrinde ihre gewaltigen Äste über niedriges Gebüsch und Grasweiden aus“ — so heißt es noch 1858 in einer Reisebeschreibung über den Bakonyerwald.

Wie mag es ausgesehen haben, als die ersten deutschen Bauern ein Jahrhundert vorher begannen, in das Waldgebirge vorzudringen? Manche kamen von fern, aus Südwestdeutschland, Abgesprengte des großen Schwabenzuges, der ins südliche Ungarn ging, viele kamen aus Ober- und Niederösterreich, aus Steiermark und Kärnten, die meisten aber von nah: aus dem Burgenland und aus den deutschen Dörfern der kleinen Tiefebene vor dem Fuß des Gebirges.

Häufig waren es nachgeborene Bauernsöhne, die auszogen, eigenes Land zu gewinnen, häufiger noch Handwerker, die kein Auskommen fanden in ihrem Beruf. Den größeren und kleineren Grundbesitzern, denen die unermeßlichen Wälder gehörten, den Esterhazys, den Zichys und Somogy, waren sie willkommene Arbeitskräfte, die den Urwald nutzbar machen sollten. Bald zogen sich die weißen Bänder der Dorfstraßen mit den sauber gekalkten Häusern in den Tälern und auf den Hochflächen des Gebirges hin.

Nur ungern gaben die Herren den Bauern das Land, Kleinhäusler, deren Arbeitskraft ihnen ungehindert zur Verfügung stand, waren ihnen lieber. So ist der Hotter vieler Dörfer sehr klein ausgefallen. Und heute zeichnet sich das Bakonyergebiet immer noch durch den Gegensatz von ausgedehnten Wäldern, riesigen herrschaftlichen Pußten und den auf kleinen Raum zusammengedrängten, übervölkerten Bauerndörfern aus. Seltsam heben sich die „Hosenriemenfelder“ der Bauerndörfer aus den umgebenden großen Flächen heraus.

Der Bakonyerwald hat große deutsche Siedlungsgebiete, so das um Városlöd-Jákó mit 18 und das um Zirc mit zwölf Dörfern, dazu zahlreiche kleinere Inseln mit vier oder fünf Dörfern. Und häufig erstrecken sich dazwischen nur große unbesiedelte Wälder. So bunt die Zusammensetzung der Siedler ist — oft bahnten Holzfäller und Glasbläser aus Böhmen und Mähren den Bauern erst den Weg in den Urwald — so sind sie doch allmählich zu einer Einheit zusammengewachsen. Aus der mittelbayrischen ui-Mundart, die obsiegte, ragen nur noch wenige fränkische Inseln. Lied und Erzählgut, Kinderspiel, Brauchtum und Sitte zeigen viel gemeinsame Züge. Vor allem aber zeichnen sich all diese Dörfer durch ein zähes Festhalten am Alten aus und so hat sich viel herrliches Volksgut erhalten, das im Mutterland unter dem ewig wechselnden Strom des Neuen längst verloren ging.

Nach wenigen Jahrzehnten schon wurde die Dorfgemarkung zu klein. Die Abwanderung begann. Zuerst, bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts,

zogen die jungen Leute, die im Dorf kein Auskommen mehr fanden, in die Tolnau und nach Slawonien. Dann aber begann die große Fahrt übers Wasser.

„Der Schack Ambrus, der war der erste, was auf Amerika ist. Ehnder sein die Leute auf Brasilien, von den Nei-Heiseln und vom Rochusberg sind alle Familien weg, auf Brasilien. Und dann im neunziger Jahr, ist der Schack Ambrus zurückgekommen von Brasilien und dann ist er und noch ein Bursche auf Amerika. Und dann bin ich fort." Die alte Lehnhardt Resimam in Bakony-Jákó erzählt es als das Selbstverständlichste von der Welt.

„Die Bauer-Nanni ist von Pest gekommen. Und auf der Gasse hat sie mich gefragt, ob ich mit nach Amerika tue? Ich bin gleich zu meiner Mutter hinein und habe sie gefragt, ob ich mit darf. Sie hat ja gesagt, ich darf, und dann hat sie die Kuh verkauft und Geld zu leihen genommen und dann sind wir fort, ich und die Bauer-Nanni und noch ein Madel. Wie wir auf dem Schiff gewesen sind, hat uns ein Herr gefragt, wo wir hin wollen? — Hat, auf Amerika. — Ja, aber das Amerika ist doch groß und wir müssen doch wissen, wo wir hinwollen. — Nein, haben wir gesagt, das wissen wir nicht, wir wollen halt auf Amerika. Dann hat er uns sehr bange gemacht, und wir haben so stark gezaunt. Aber wie wir auf Amerika gekommen sind, sind dort deutsche Leute gewesen, die haben uns Quartier gegeben und einen Dienstplatz besorgt. Wir haben alle drei in derselben Gasse gedient, bei deutschen Leuten."

Das waren die ersten, die aus dem Bakonyerwald nach Nordamerika zogen, und ihnen folgten von Jahr zu Jahr mehr. In manchen Jahren fuhren aus Jákó mit seinen 1600 Einwohnern allein über hundert junge Leute nach Amerika. New York und Philadelphia, das war und ist heute noch ihr Ziel. Jedes Dorf hat seinen bestimmten Stadtteil. Aus den Dörfern von Városlöd und Jákó finden sich die Leute immer wieder in Newark und Paratheen zusammen, aus den nördlicheren Dörfern um Isztimér in Newark und Passaic. Noch heute gibt es in diesen Stadtteilen ganze Gassen, die ausschließlich von Deutschen aus dem Bakonyerwald bewohnt werden.

Geld, viel Geld verdienen, das war von Anfang an ihr Ziel. Die Armut der kleinen Höfe im Gebirge hatte sie weggetrieben, hatte den Mädchen den Mut zu der langen Fahrt übers Wasser gemacht, den Mädchen, die noch nicht im Nachbardorf gewesen waren und die um nichts in der Welt bei Nacht vors Dorf gegangen wären. So gingen sie in Berufe, in denen man leicht und schnell viel Geld verdienen konnte. Die Burschen wurden Köche und Kellner. Als „Fireman" fingen sie an, als der, der lediglich das Feuer im großen Herd zu betreuen und Teller abzuwaschen hatte, und gar bald waren sie zum Koch aufgestiegen. Die Mädchen wurden Dienstmädchen. In den besten Jahren konnte ein Mädchen bis 50 Dollar in der Woche verdienen. Die arbeitsgewohnten, anstelligen und bescheidenen Deutschen hatten nahezu eine Mono-

Die einzige Gasse von Pápa-Nyöger

Aus diesem kleinen Dorf mit 240 Einwohnern wanderten insgesamt 627 Menschen nach Amerika aus

Das Dorf Jákó im Bakonyerwald

Jákó wurde vor fast 200 Jahren in mühevoller Rodearbeit im Bergwald von deutschen Bauern angelegt. Heute sind die Felder schon vielfach so verteilt, daß für die nachgeborenen Kinder keine Lebensmöglichkeiten mehr vorhanden sind. In den letzten sechzig Jahren wanderten über tausend Menschen in alle Fernen. Im Jahre 1936 zog der erste nach Abessinien

Deutsche aus dem Bakonyerwald

Ein Leben harter Arbeit und rastlosen Fleißes prägte das Gesicht der Lenhardt Resimam, die als erstes Mädchen nach Amerika fuhr

Sieht man es diesem Ehepaar an, daß es einmal in Amerika war? Ein Sohn und eine Tochter sind noch drüben, ein zweiter kehrte zurück, und Marie, die jüngste Tochter, will demnächst nach Amerika

polstellung in diesen Berufen, und sie selbst legten größten Wert darauf, mit Landsmännern, möglichst mit Kameraden aus dem eigenen Dorf zusammenzuarbeiten. Es gab Hotels mit hundert und zweihundert Angestellten, die lediglich aus Deutschen bestanden, meist Deutsche aus Ungarn, hin und wieder ein „Deutschländer" oder ein Deutscher aus Rußland. Vor allem die riesigen Seidenfärbereien in Paratheen hatten zum größten Teil Arbeiter aus dem Bakonyerwald. Hier haben unzählige angefangen, ihr Glück zu machen. Besonders die Verheirateten schufen sich hier ihr Sprungbrett. Der Mann arbeitete in der Seidenfärberei, die Frau unterhielt einen kleinen Mittagstisch, an dem zehn bis zwanzig Landsmänner aßen. Von da war der Sprung zur Eröffnung eines eigenen kleinen „Salons", eines Speiserestaurants, nicht mehr weit und mancher, der in der Färberei anfing, besitzt heute zwei oder drei Salons, ein eigenes Haus und ein Auto.

Die meisten aber sparten alles Geld emsig zusammen und hatten in kurzer Zeit genug, um in die Heimat zurückkehren zu können.

Die Lehnhardt Resimam fuhr nach sechs Jahren wieder nach Jákó. Die Mutter hatte geschrieben, daß ein Bursche um sie angehalten hatte. Der Grießbacher Hansel hatte zwölf Joch Feld, sonst nichts. Von Resis Geld bauten sie sich ein Haus auf der halben Hofstelle, die ihm gehörte. Wagen und Vieh mußte angeschafft werden, Pflug und Hausrat. Die Schulden wuchsen und es kamen die ersten Kinder. Da fuhr der Hanselvetter nach Amerika. Wenige Jahre nur vergingen und er hatte genug verdient, um alle Schulden bezahlen und sogar noch die schmale Hofstelle mit einer größeren vertauschen zu können. Mit der Zeit kamen fünf Kinder zur Welt und nun schien der Acker zu klein. Kurzerhand verkaufte der Hanselvetter die Hälfte des Besitzes und ließ die Frau mit vier kleinen Kindern allein. Er selbst fuhr mit dem Jungen übers Meer. Als er nach Hause kam, nach dem Krieg, hatte die Frau mit übermenschlichem Fleiß den Hof versorgt und die Kinder großgezogen. Jetzt konnten sie die schönste Hofstelle im ganzen Dorf kaufen; wo ein Acker zum Verkauf stand, da erwarb ihn der Hanselvetter. Jetzt gehören sie zu den reichsten Bauern im Dorf, die nicht nur das meiste Feld, sondern sogar bares Geld auf der Kasse liegen haben ... Und dabei kann der Hanselvetter nur mit größter Not seinen Namen schreiben. Lesen aber kann er keinen Buchstaben.

Dies ist nicht ein Einzelschicksal: Haus bei Haus in Jákó kann man ähnliches hören. Dorf bei Dorf im Bakonyerwald. Kaum ein Bauer, der nicht in Amerika war, wenige Frauen nur. Nur die, die als Burschen in den Krieg ziehen mußten, waren nicht drüben. Sie wissen dafür von Sibirien, von Omsk, Tomsk und dem Baikalsee zu erzählen. Und wenn die Amerikaner gelegentlich Englisch radebrechen, dann werfen sie russische Brocken dazwischen.

Viele blieben draußen: 222 Familien in Jákó haben 420 Angehörige in Amerika und dabei sind die Amerikafahrer des ersten Jahrzehntes nur zum Teil mitgezählt. Und die Familien, die ganz auswanderten, gar nicht. In

Pápa-Nyögér wohnen 240 Menschen, sie haben jetzt 627 Angehörige drüben. Die draußen blieben, vergaßen die alte Heimat nicht. Unter sich halten sie engen Zusammenhalt, sie wohnen in der gleichen Straße, arbeiten an derselben Stelle, heiraten untereinander. Wenn einer mal eine Amerikanerin geheiratet hat, so heißt es im Dorf: Das tut kein Gutes, das hätte er nicht machen sollen. In Geselligkeits- und Singvereinen schließen sie sich zusammen. Am beliebtesten ist der Verein: „Wiener Herz", in dem aber auch zahlreiche Deutschländer und Deutschösterreicher sind. Fasching, das schönste Fest zu Hause, ist auch in New York das große Heimatfest.

Die Deutschen jedes ungarischen Komitates halten ihren Faschingsball für sich ab. Dann werden Singwettstreite der Dörfer abgehalten und genau wie in Ungarn die Városlöder stolz darauf sind, daß sie besser singen können als die von Jákó, genau so erhebt sich der Wettstreit in New York. Und wenn in Amerika einer stirbt, so läuten im Heimatdorf die Glocken.

Zu Weihnachten ist in den Dörfern die Aufregung immer groß: Werden die Kinder, die Geschwister schreiben? Werden sie etwas schicken? Meistens erfüllt sich die Hoffnung. Ein Paket mit Kleidern, mit Kaffee und den so sehr begehrten Medizinen kommt oder ein paar Dollarscheine liegen im Brief. Die Hilfe der Amerikaner ist oft notwendig, ja unentbehrlich, um überhaupt durchzukommen.

Besonders wichtig ist sie aber für alle gemeinnützigen Werke. Da ist die Orgel alt und morsch, ein Wegkreuz verfällt, es gilt ein Kriegerdenkmal zu errichten: Immer schicken die Amerikaner das Geld. Sie sammeln unter sich, als wohnten sie noch gemeinsam im Heimatdorf und gar oft liest man die Widmung: Gestiftet von ... in Amerika.

Heute ist die Auswanderung stark gedrosselt, höchstens ein oder zwei junge Menschen können jedes Jahr hinüberfahren, die anderen Überzähligen im Dorf müssen versuchen in der Stadt unterzukommen, oder gelegentlich Feld von einem Ungarn zu kaufen.

In der Geschichte einer jeden beliebigen Familie spiegelt sich das Schicksal des ganzen Dorfes wider.

Die beiden Schwestern der Lehnhardt Resimam, die Marie und die Liesi, waren auch in Amerika. Die Marie heiratete in New York einen Burschen aus Jákó und sie kehrten gemeinsam zurück. Die Liesi blieb ledig und dient heute noch in New York. Im letzten Herbst kam sie zurück mit zwei riesigen Schrankkoffern voll Geschenken. Allein der Kirche stiftete sie 500 Pengö zur Anschaffung einer Heiligenstatue. Jetzt läßt sie sich in Jákó ein Häuschen bauen, aber bis das fertig ist, fuhr sie noch einmal nach Amerika zurück. Auch von den drei Geschwistern des Hanselvetters waren zwei in New York, die Schwester verheiratete sich ins Nachbardorf.

Die Resimam und der Hanselvetter haben fünf Kinder. Den Jungen, den Hansel, nahm der Vater schon als Dreizehnjährigen mit hinüber. Er wurde

Koch und Kellner, heiratete eine Amerikanerin, sehr zum Kummer der Mutter, und blieb drüben. Von ihm hören die Eltern nur äußerst selten etwas. Nanni und Resi fuhren gemeinsam fort. Nanni heiratete einen Mann aus Jákó, Resi einen aus dem Nachbardorf. Sie wohnen in derselben Straße in eigenen Häuschen. Nannis Sohn soll Theologie studieren, von Resis Kindern will der eine Arzt, der andere Ingenieur werden. So geht die Intelligenz der deutschen Bauerndörfer statt wie früher im Magyarentum, jetzt in der amerikanischen Intelligenz auf. Denn die Kinder sind begeisterte Amerikaner und sprechen nur so viel Deutsch, wie sie in der Schule lernen. Das vierte Kind der Resimam, Marie, kam wie so viele „verstohlener" nach Amerika. Denn nach dem Krieg waren die Einwanderungsgesetze schon sehr scharf. Über Cuba, Mexiko und Texas gelangt sie schließlich nach New York und verlobte sich dort mit dem Fodi Franzel, der auch heimlicherweise, über Kanada, gekommen war. Durch einen unglücklichen Zufall kam das der Polizei zu Ohren und beide wurden ausgewiesen. Mit dem verdienten Geld konnte sie sich in der Marktstadt Pápa ein kleines Anwesen kaufen. Das jüngste Mädchen, die Kati, konnte nicht mehr hinüber, so ließen die Eltern sie lernen. Nach der Bürgerschule ging sie auf eine Gewerbeschule und wurde Handarbeitslehrerin.

Die Zurückgekehrten aus Amerika fügten sich wieder ein in Brauch und Sitte des Dorfes. Die Seidenfähnchen aus Amerika wanderten in den Schrank und die alte Tracht wurde wieder angelegt. Statt elektrischen Lichtes und Parkett wieder Petroleumlampe und Lehmfußboden, statt der leichten Arbeit in einer bequemen Stadtwohnung wieder Wellen aufheben, Krumpern hacken und Schweine füttern! Den Alten war das selbstverständlich. Die Jüngeren hatten schon ein bedauerndes Achselzucken: „'s ist halt so die Einführung hier." Denen aber, die nach dem Krieg erst zurückkehrten, ist Amerika das unerreichbare Paradies. Ist es ein Wunder, daß Resi Fodi, die voriges Jahr nach Amerika fuhr, schreibt: „Auf de Jake ist einmal im Jahr Kiritag, hier aber ist alleweil Kiritag?" Alleweil Kiritag, das möchte man auch daheim haben und daher fügen sich die jetzt Heimkehrenden nicht mehr widerspruchslos in das Alte, Bestehende, wie das noch vor zehn Jahren der Fall war. Wem gehört das große Haus dort, das mit der Querseite zur Straße steht, wo doch sonst stets der Giebel auf die Gasse schaut? — Das? Das gehört dem Taufer Hans, der ist reich, der ist aus Amerika zurückgekommen! Und wer wohnt dort, wo das schöne eiserne Tor ist? Ach, da wohnt auch so ein Amerikaner! Und wer riß zuerst den gekachelten Sparherd nieder und kaufte sich einen häßlichen eisernen? Ein Amerikaner! Und woher stammen die rührseligen Wiener Lieder, die langsam die alten schönen Balladen und schlichten Volkslieder verdrängen? Aus Amerika! Manch einer hat sich sogar ein Grammophon mitgebracht. auf dessen Platten scheußliche Schlager und Couplets ertönen. Schlechtes brachte die Amerikafahrt mit sich, aber noch viel mehr Gutes: Gutes nicht nur für die, die draußen Unterhalt und Lebensmöglichkeit fanden, den ihnen die alte Heimat

nie hätte geben können, Gutes auch für die Daheimbleibenden, die unter dem aufgeschlosseneren Geist der Amerikafahrer lernten, ihre Felder besser zu bewirtschaften, besseres Vieh zu züchten und so sich selbst bessere Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Und darum klingt es besonders innig und herzlich, wenn bei der Hochzeit der Brautführer sagt: „Eine Gesundheit den Amerikanern, sind sie hier oder nicht, ihre Gesundheit soll getrunken sein."

B. Philippi.

Länder-Berichte

Nordschleswig

Kirchenwahlen — Erfüllung deutscher Schulforderungen — Das Ringen um den Heimatboden — Neue Vorstöße der Partei — Scharfe Gegensätze in der Judenfrage — Zersplitterungserscheinungen in dänischen Parteien

In der Zeit vom 21.—26. November fanden in einigen nordschleswigschen Orten Neuwahlen zur kirchlichen Gemeindevertretung statt. Die Wahl wurde an den meisten Stellen umgangen, weil sich die deutschen und die dänischen Gemeindevertretungen durch eine Friedenswahl dahin einigten, es bei der augenblicklichen Verteilung der Mandate zu belassen. Auch in den Orten, wo gewählt wurde, hat die Wahl im allgemeinen keine großen Veränderungen gebracht. In Apenrade gelang es der deutschen Partei, durch eine vorzügliche Organisation der Wahlarbeit ein Mandat zu erobern. In dem Ort Norderlügum (nördlich von Lügumkloster) konnten die Deutschen sogar zwei Mandate gewinnen. Dagegen gelang es den Dänen in Hoyer, den Deutschen ein Mandat abzunehmen. Die dänische Zuwanderung ist in diesem Ort, der bei der Abstimmung noch eine 80 %ige deutsche Mehrheit hatte, in der letzten Zeit dort so stark gewesen, daß die Deutschen trotz aller Anstrengungen die bisherige Mandatsverteilung nicht halten konnten. Jedoch haben die Deutschen in der kirchlichen Vertretung in Hoyer immer noch die Mehrheit, da sie über vier und die Dänen über drei Vertreter verfügen.

Das Besondere an der Kirchenwahl war, daß sich auch die in Nordschleswig lebenden deutschen Statsbürger an ihr beteiligen durften, die bei den politischen Wahlen kein Stimmrecht besitzen.

In einer der letzten Reichstagssitzungen erklärte der dänische Kultusminister Jörgensen, daß die dänische Regierung bereit sei, einige der von den Deutschen Nordschleswigs seit Jahren erhobenen Schulforderungen zu erfüllen. Danach werden die deutschen Schulen in absehbarer Zeit eigene Schulkommissionen erhalten und werden also mehr als bisher Herr im eigenen Hause sein. Über die Anstellung von Lehrkräften und die Einführung von Lehrbüchern können die Deutschen dann selbst entscheiden, wogegen sie bisher in diesen wichtigen Fragen der dänischen Schulkommissionsmehrheit ausgeliefert waren. Ferner werden die Deutschen für die Beaufsichtigung ihrer Schulen einen eigenen Schulkonsulenten erhalten. Auch eine wichtige finanzielle

Regelung ist vorgesehen: bisher erhielten diejenigen deutschen Privatschulen, in deren Nähe sich eine deutsche Kommunalschule befand, keinen Staatszuschuß. In Zukunft sollen alle deutschen Privatschulen nun den Staatszuschuß erhalten, der im Jahr etwa 50 Kronen für jedes Kind beträgt.

Die deutsche Schule in Mögeltondern konnte am 27. November ein eigenes Haus beziehen, das dank der Opfermütigkeit der Deutschen angekauft und für Schulzwecke umgebaut worden war. Die Schulweihe gestaltete sich zu einem schönen Fest, an dem auch die Vertreter der Patenschaft der Stadt Ratzeburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) teilnahmen.

Die dänische Aktivität in der Bodenfrage hält in unverminderter Stärke an. Da den Dänen für den Ankauf deutschen Bodens unbegrenzte Staats- und private Zuschüsse zur Verfügung stehen, hat auf deutscher Seite das neugeschaffene Amt für Agrarpolitik, das der Leitung von Assessor Rudolf Stehr untersteht, in der letzten Zeit die bäuerlichen Vertrauensleute des Grenzgebiets an verschiedenen Orten zusammengezogen, um dem dänischen Angriff einen verstärkten deutschen Abwehrkampf entgegenzusetzen. Rudolf Stehr führte bei diesen Versammlungen aus, daß die agrarpolitischen Amtswalter Propagandisten einer neuen Gesinnung sein müßten, deren Grundlage das deutsche Erbhofrecht ist. Dieses Erbhofrecht habe in Verbindung mit den übrigen agrarpolitischen Maßnahmen den deutschen Bauernstand gerettet, während alles, was auf dänischer Seite für die Landwirtschaft geschehe, nur Stückwerk sei. Als Beispiel für die dänische Bodenpolitik konnte auf einer dieser Versammlungen angeführt werden, daß in acht Kirchspielen im Kreis Apenrade auf ursprünglich deutschem Boden 117 dänische Häuslerstellen errichtet worden sind, aber auf dänischem Boden keine einzige deutsche.

Die NSDAP. Nordschleswig hat die letzten Wochen des alten Jahres für eine erhöhte Propagandatätigkeit ausgenutzt. Bezeichnend ist, daß die Partei in Gebiete vorgestoßen ist, wo bisher überhaupt noch keine deutsche Arbeit organisiert worden war. So z. B. auf der Nordseeinsel Röm und auf der Halbinsel Kekenis an der Südspitze der Insel Alsen.

Am 4. Dezember waren alle kommunalen deutschen Vertreter in Apenrade zu einer Schulungstagung zusammengezogen, auf der Rektor Koopmann über Schulfragen sprach, während der Führer der deutschen Stadtvertreterfraktion aus Tondern, Chr. Elholm, über die Lage in den Städten und Kreisleiter Jep Schmidt über die Lage in den ländlichen Gemeinden sprach.

Die deutschen Maßnahmen in der Judenfrage haben auch in Nordschleswig die verschiedenen Geister in Bewegung gesetzt. Während sich die deutsche Volksgruppe in leidenschaftlicher Weise an die Seite des deutschen Volkes stellt, will ein großer Teil der dänischen Bevölkerung von einer Rassenfrage nichts wissen und veranstaltet Kundgebungen zugunsten des „verfolgten" Judentums. In Woyens bei Hadersleben sprach der Oberrabbiner Dr. Melchoir aus Kopenhagen vor dänischen Lehrern über die Judenfrage, und in Röddings veranstaltete die dänische Freigemeinde eine Einsammlung für die Juden, in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit schwere Not in viele dänische Heime bringt. Die Tatsache, daß ein führender dänischer Geistlicher der dänischen Volkskirche, der Propst Beyer in Rinkenis, sich in seinem Gemeindeblatt, das auch in deutsche Häuser kommt, über die „Judenverfolgung" in Deutschland äußerte und zur Fürbitte für die Juden aufforderte, führte zu einem

ſcharfen Proteſt der deutſchen Gemeindemitglieder in Rinkenis gegen den Propſten Beyer mit dem gleichzeitigen Erſuchen, künftig die deutſchen Häuſer mit dieſem Gemeindeblatt zu verſchonen.

In den alten däniſchen Parteien machen ſich zur Zeit Abſplitterungsbeſtrebungen mancherlei Art bemerkbar. Aus der konſervativen Partei iſt der frühere Vorſitzende dieſer Partei, der Generalauditor Pürſchel, ausgebrochen, um mit anderen Perſönlichkeiten gemeinſam eine Partei der nationalen Sammlung zu begründen. Gleichzeitig haben jütiſche Bauernführer zur Gründung einer Bauernpartei aufgefordert, die wahrſcheinlich zu einer Schwächung der Venſtre, die ſich bisher hauptſächlich auf die Bauernkreiſe ſtützte, führen wird. Ebenſo gärt es ſehr ſtark in den Jugendgruppen der konſervativen Partei. Alle dieſe Vorgänge ſind ein Zeichen dafür, daß die großen weltanſchaulichen Fragen der Gegenwart auch an dem däniſchen Parteileben nicht ſpurlos vorübergehen. Demgegenüber hat ſich die deutſche Volksgruppe jetzt zu innerer Geſchloſſenheit durchgerungen. Frei und offen bekennt ſie ſich zur nationalſozialiſtiſchen Weltanſchauung und geht mit großer Zuverſicht den kommenden Wahlkämpfen entgegen, die mit einer Folketingswahl am 19. April 1939 ihren Anfang nehmen werden. H. K.

Eupen-Malmedy

Wer heimattreu iſt, wird geſchädigt — Chocolaterie Jacques und Hausbeſitzer Schlembach — Klaſſiſche Militärſprache — Pariſer Berichterſtattung — Die Frontſtreifenrente

In unſerem letzten Bericht (Novemberheft 1938) wurde das Ergebnis der belgiſchen Gemeindewahlen vom 16. Oktober im abgetrennten deutſchen Grenzgebiet behandelt: der Erfolg der Heimattreuen Front, die Enttäuſchung ihrer vereinigten Gegner. Wie wir darlegten, wurden auf gegneriſcher Seite alle Mittel angewendet, um die Heimattreue Front zu ſchwächen. Dazu gehörte nicht zuletzt jener hintergründige materielle Druck, der auf die offenen Anhänger der Heimattreuen Front ausgeübt wird. Dies Verfahren ließ ſich auch nach der Wahl erneut an zwei charakteriſtiſchen Beiſpielen nachweiſen.

Die belgiſche Chocolaterie Jacques, die in Eupen einen Betrieb unterhält, entließ Betriebsmitglieder oder „empfahl" ihnen, ſich anderweitig Arbeit zu verſchaffen: und immer handelte es ſich um ſolche, die ſelbſt oder deren Angehörige Mitglieder der Heimatfront ſind. Die Direktion hatte zuvor erklärt, ſie könne ihre Waren nicht von Menſchen herſtellen laſſen, die antibelgiſch ſeien. Nun ſetzte ſie dieſe Einſtellung in die Praxis um und tat damit kund, daß die politiſche Meinungsfreiheit zwar in Belgien geſetzlich gewährleiſtet iſt, es jedoch Eupen-Malmedyern nicht zukomme, die ihnen zuſtehenden Rechte freimütig wahrzunehmen.

Handelt es ſich hier um ein belgiſch-walloniſches Unternehmen, deſſen Leitung es vielleicht für ihre patriotiſche Pflicht hält, Aſſimilationspolitik zu betreiben, ſo kann der Eupener Stadtverordnete Eduard Schlembach nicht einmal dieſe Entſchuldigung für ſich in Anſpruch nehmen. Er ließ ſich als Vertreter der „Vaterſtädtiſchen Wählervereinigung" aufſtellen und wählen, jener Sammelliſte, die am 16. Oktober als Konkurrent der Heimattreuen Front auftrat. Und obwohl von vornherein klar war, wes Geiſtes Kind dieſe „Wählervereinigung"

war, ihre Agitatoren konnten nicht genug beteuern, ihnen läge allein das Wohl der Heimat am Herzen, sie wollten nur keine Politik in die Gemeindewahlen hereintragen, und das reine Gemeindeinteresse ginge ihnen über alles. Was tat nun Herr Schlembach? Er erhöhte von heute auf morgen als Hausbesitzer zwei Mieterinnen in rigorosester Weise die Wohnungsmiete, weil sie der Heimattreuen Front angehört und heimattreu gewählt hätten. Die eine zog daraufhin aus dem Schlembachhause aus und fand eine andere Wohnung; die zweite aber, schon achtzigjährig und weder in der Lage, einen Wohnungswechsel vornehmen noch die höhere Miete zahlen zu können, wurde von Herrn Schlembach in Gnaden angehört und erhielt, unter der Bedingung des Austritts aus der Heimattreuen Front, die Erlaubnis, die Wohnung zum alten Preis zu behalten.

Beispiele aus dem Alltag, aber gerade in ihrer Art bezeugend, wie man im deutschen Grenzgebiet probelgische Politik macht und dem materiell Abhängigen vor Augen stellt, daß die Zugehörigkeit zur Heimatbewegung, zur berufenen Vertreterin des Volkstums und der Volksrechte Schaden bringt.

Die Reservisten des belgischen Heeres bewahren ihre Uniform zu Hause auf. So kann es, wie bei der jüngsten Mobilmachung, vorkommen, daß man Soldaten begegnet, denen die Ärmel und Hosenbeine viel zu kurz oder eng geworden sind, da sie der Uniform, die sie vor drei oder vier Jahren erhielten, entwuchsen. Mit diesem Tatbestand hing wohl zusammen, daß eine Reihe von Reservisten nunmehr von ihrem Truppenteil eine militärische Anfrage folgenden Inhalts erhielten: „Bitte sofort Ihrer Mäße auf dem hier beigefugtenzettel zu notieren und ihm nach der auf dem Briefumschlag stehende Adresse zuruck zu schicken. Falls sie noch im besitz sein wirden von militaire sachen, welche nicht teil machen von Ihrer Reiscanzug, sollen Sie sie auf dem selben Zettel melden und diese sachen an der gendarmerie abliefern. Sind sie noch in besitz von Ihrer verbandpeckchen?" — Auf dem „hierbeigefugtenzettel" sollten die Empfänger notieren, wie es um ihre „Gruße, Weite der Brust, Weite der Taille, Hohe zwischen Ihrer Beine, Weite der Kopf, Gange der Fuße" in Zentimetern bestellt sei.

Den belgischen Heeresbestimmungen zufolge ist die Muttersprache des Soldaten im Dienstverkehr zu berücksichtigen. Wie es in der Praxis mit dieser Berücksichtigung aussieht, offenbart das vorliegende Dokument. Es übertrifft an Sprachreinheit sogar noch die „deutsche" Werbekarte der belgischen Kolonialloterie, die in diesen Tagen ebenfalls den Eupen-Malmedyern übersandt wurde, und in der es hieß: „Kaufen Sie ein Los der Belgische Kolonial Loterie. Jeder monat Fünfzehn Millionen zu verteilen! Der Preis betragt nur..."

Nicht minder schwer als die Berücksichtigung der deutschen Sprache scheint denen, die auf dem Besitz des abgetrennten deutschen Grenzgebiets in Belgien Wert legen, die Anerkennung der Wirklichkeit zu sein. Nach wie vor werden in der belgisch-französischen Presse die sonderbarsten Lügen über Eupen-Malmedy-St. Vith zum besten gegeben. Die sonderbarste aus jüngster Zeit war ein Bericht im Pariser „Voltigeur Francais", dessen Berichterstatter angeblich das deutsche Grenzgebiet persönlich besuchte und folgende Erlebnisse zu erzählen wußte. Auf der Straßenbahn von Herbesthal nach Eupen habe sich der Wagenführer bei ihm beklagt, alle Chefs der Straßenbahngesellschaft seien Nationalsozialisten, und so müsse auch er gegen seinen Willen mit „Heil Hitler" grüßen. In Eupen habe er keine einzige belgische Zeitung kaufen können; dort sei auch die belgische Fahne vom Rathaus entfernt worden, weil sie immer

wieder von der Bevölkerung beleidigt werde. In den Gaststätten Eupens habe man ihm, als Franzosen, die Bedienung verweigert, weil die Angestellten andernfalls die „Rache der Hitleristen" fürchten müßten.

In dieser Art geht es am laufenden Bande der Erfindungen weiter, wobei als Wahrheit nur das eine festzustellen ist: daß die Eupen-Malmedyer in ihrem neuen Vaterlande doch nicht so zufrieden sein können, wie das die „Unionisten" und Probelgier sonst gern behaupten. Zur Wahrheit gehört ferner, daß, wie sich aus einer Sitzung des belgischen Senats ergab, die sogenannte Frontstreifenrente den Frontkämpfern aus Eupen-Malmedy-St. Vith nicht zuerkannt werden soll, entgegen der Propagandabehauptung, mit der die Unionisten seit Jahr und Tag im deutschen Grenzgebiet Stimmen zu ködern suchen.

Elsaß-Lothringen

Lehren der Septemberkrise — Hoffnungen auf deutsch-französische Zusammenarbeit — Die Wirtschaftssorgen — Das Sprachenproblem

In gewissem Sinne hat die europäische Septemberkrise um ein scheinbar gänzlich abseits liegendes Problem, die sudetendeutsche Frage, für Elsaß-Lothringen den entscheidenden Anstoß zu einer umfassenden Besinnung auf die eigene Lage gegeben. Nun ist es jedem Bewohner des Grenzlandes klar geworden, daß die französische Außenpolitik der Nachkriegszeit mit ihren Pakten und Militärbündnissen für jeden einzelnen höchste Gefahr im Gefolge hat, für das Land die ständige Drohung völligen Untergangs. Mit noch größerer Begeisterung ist hier daher auch der „Friede von München" aufgenommen worden, ebenso auch der Ausblick auf eine deutsch-französische Verständigung. Solange die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen über Elsaß-Lothringen ruht, vermag sich seine Wirtschaft nicht wieder zu erholen. Die Septemberwochen haben diese Erkenntnis überallhin verbreitet. Die Teilmobilmachung in der Grenzzone, die Flucht von Zehntausenden in geschütztere Gebiete, die militärische Requirierung fast aller Fahrzeuge und Pferde, der Ansturm auf die Banken und Sparkassen —, das alles hat die Krise fast zur Katastrophe werden lassen. Mit beschwörender Eindringlichkeit haben deshalb die Landespresse, Berufsverbände und -kammern, die meisten Parteien und Parlamentarier, die Bezirkstage (Generalräte) gefordert, daß Frankreich der elsaß-lothringischen Wirtschaft großzügige Hilfe gewähre und die Voraussetzungen für eine Gesundung schaffe, wozu nicht zuletzt eben eine wahre Verständigung mit dem deutschen Nachbarn gehört. Von diesem Verlangen schließen sich lediglich die marxistischen Blätter aus, die kommunistische mit kaum verhohlenem Ärger über den in München verhinderten Krieg. Daß die Marxisten sich damit allerdings abseits von der überwältigenden Mehrheit der Grenzbevölkerung stellen, bestätigte aber das fast völlige Scheitern des Generalstreikplans der Gewerkschaften. Die heimattreue Presse hat den Streik namentlich mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß er von den Kriegstreibern anbefohlen war, und daß Elsaß-Lothringen für die Erhaltung des Friedens besonders dankbar sei.

Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, die durch die gegenseitige Anerkennung der heutigen Grenze im Westen des Reiches den Verzicht auf weitere territoriale Ansprüche an Frankreich verbrieft,

hat die Hoffnung auf einen wirklichen Ausgleich zwischen den beiden Nationen neu gestärkt und ist deshalb durchweg freudig begrüßt worden. Auch hier hat die Linkspresse, und zwar mit Einschluß der der Regierung nahestehenden radikalsozialistischen Blätter (!), sich bemüht, den Wert anzuzweifeln und zu bekritteln. Auch die wenigen rechtsstehenden französischsprachigen Blätter im Lande haben Zweifel an dem Erfolg ausgesprochen, den sich die ehrlichen Vorkämpfer der Verständigung erhoffen.

Am französischen Nationalfeiertag, dem 14. Juli, hatte bekanntlich der für Elsaß-Lothringen zuständige Staatsminister Chautemps von Straßburg aus großzügige Hilfsmaßnahmen versprochen, u. a. einen Kredit von 50 Millionen Franken aus dem Ertrag der Nationallotterie. Das schon im damaligen Zeitpunkt geringe Ausmaß der zugesagten Wirtschaftshilfe steht in noch größerem Mißverhältnis zum Umfang der zu behebenden Schäden, seitdem die Septemberkrise der Wirtschaft des Grenzlandes neue schwere Schläge zugefügt hat. Der im Frühjahr 1938 geschaffene „Verteidigungsausschuß der elsässischen Wirtschaft" hat sich daher bemüht, in Paris wirksamere Hilfe zu finden. Der 20. Jahrestag der „Befreiung" von 1918, der in den größeren Städten mit großen Feierlichkeiten begangen wurde, bot Chautemps die Gelegenheit zu beruhigenden Erklärungen. Bei der Colmarer Zwanzig-Jahr-Feier am 20. November kündigte er weitere Maßnahmen an, zu denen auch die Rückverlegung der Generaldirektion der Kali-Handelsgesellschaft von Paris nach Mülhausen gehört. Zum Jahresende war der im Sommer versprochene 50-Millionen-Kredit für die Wiederaufrichtung der elsaß-lothringischen Industrie noch nicht in Gang gebracht. Pariser Stellen haben durchgesetzt, daß die Mittel nicht durch eine dafür ausdrücklich vorgesehene elsaß-lothringische einheimische Bank vergeben werden, sondern von Paris aus, lediglich unter beratender Mitwirkung von Vertretern der Handelskammer in Elsaß-Lothringen. Trotz dieser und anderer Enttäuschungen, die im allgemeinen nicht Chautemps angerechnet werden, sondern andern Behörden, dauert in weiten Kreisen die Hoffnung an, daß die elsaß-lothringische Wirtschaft im Zusammenhang mit den gesamtfranzösischen Gesundungsplänen Hilfe finden werde, insbesondere auch über den Weg eines verstärkten deutsch-französischen Warenaustauschs.

Während es auf dem wirtschaftlichen Gebiet im Laufe des Jahres 1938 möglich gewesen ist, maßgebende französische Stellen wenigstens davon zu überzeugen, daß Elsaß-Lothringen in einer Sonderlage gegenüber Innerfrankreich ist, kommen die kulturellen Dinge nicht vom Fleck. Der Wechsel in der obersten Leitung des Unterrichtswesens des Landes hat bisher keinen Kurswechsel gebracht. Die Rede des neuen „Akademierektors" Terracher beim feierlichen Beginn des zwanzigsten Jahrs der 1919 gegründeten Straßburger französischen Universität hat die Schul- und Sprachenfrage völlig unerwähnt gelassen. Die Heimatparteien sind jedoch gewillt, das Problem grundsätzlich aufzurollen. Ein Anzeichen dafür war die einstimmige Annahme eines Wunschantrags im unterelsässischen Generalrat, der völlige Revision der seit 20 Jahren beibehaltenen verfehlten Sprachenpolitik fordert. Die einstimmige Annahme des von dem Zaberner Abgeordneten Dahlet und 18 weiteren Mitgliedern des Generalrats eingebrachten Antrags ist um so mehr zu beachten, als die Begründung an das Beispiel der Tschecho-Slowakei erinnert. Es zeige, wie gefährlich es für die Staaten sei, gerechte Forderungen „nationaler Minderheiten" zu mißachten.

Wie für die Sprachenfrage ist auch in bezug auf das Verlangen nach einer eigenen „Regionalverwaltung" noch nicht erreicht worden, daß die französische Öffentlichkeit sich ernstlich damit beschäftigt oder gar etwa dafür Verständnis aufbringt. Das Verwaltungsproblem ist Ende Dezember in der Pariser Kammer bei der kurzen Debatte vor Annahme des elsaß-lothringischen Sonderhaushalts von dem Straßburger Abgeordneten Mourer angeschnitten worden. Aus der Antwort Chautemps' war zu entnehmen, daß er den bestehenden Zustand — Bestehen einer „Generaldirektion der elsaß-lothringischen Angelegenheiten" in Paris — als ausreichendes Entgegenkommen an Sonderbedürfnisse betrachtet. Für Januar steht eine gründlichere Aussprache auch hierüber bevor: Staatsminister Chautemps will vor dem Elsaß-Lothringen-Ausschuß der französischen Kammer über die verschiedenen Probleme Rede und Antwort stehen. Außerdem steht eine Debatte über die Sprachen- und Schulfragen im unterelsässischen Generalrat bevor, dem einige der entschiedensten Vorkämpfer für die Rechte der deutschen Muttersprache angehören.

Memelland

Ein neuer glänzender Wahlsieg: über 87 v. H. deutsche Stimmen! — Unausbleibliche Schlußfolgerungen. — Englisch-französisches Störungsmanöver. — Das Memeldirektorium gegen litauische Ruhestörer. — Ein Memellitauer als neuer Gouverneur.

Am Anfang des neuen Jahres kann nun auch das Memelland nach einer Zeit schwerster Prüfungen mit neuen Hoffnungen in die Zukunft sehen. Am 1. November wurde der Kriegszustand aufgehoben, mit dem die deutsche Bevölkerung des Gebiets fast zwölf Jahre hindurch auf das Furchtbarste terrorisiert und aller Rechte und Freiheiten beraubt wurde. Am 11. Dezember fand zum erstenmal nach langen Jahren wieder eine freie Wahl statt. Es war die Wahl zum 6. Memelländischen Landtag, bei der das Memeldeutschtum Gelegenheit hatte, seine berechtigten Forderungen auf Freiheit und Gerechtigkeit vor aller Welt anzumelden.

Die Landtagswahl ist so ausgefallen, daß selbst in der ausländischen Presse zugegeben werden muß, daß Memel ein eindeutiges Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt hat, daß es sich — wie der Pariser „Figaro" erklärte — um einen wahrhaften Volksentscheid zugunsten des Reichs handele. Und mit Genugtuung kann man in Memel feststellen, daß in englischen und französischen Zeitungen auch wieder die Stadt Memel bei ihrem richtigen deutschen Namen genannt wird, an Stelle der litauischen Bezeichnung „Klaipeda". In voller Ordnung und Disziplin hat die Bevölkerung sich auf die Wahl vorbereitet, und auch der Wahltag selbst nahm einen würdigen, ja festlichen Verlauf. Wie ein Mann sind die Memelländer zu den Wahlurnen gegangen. Das ganze Memelland stand im Schmuck der grün-weiß-roten Fahnen, Spruchbänder, Girlanden, Pylone, und in den Abendstunden gaben festliche Illuminationen Stadt und Land ein feierliches Gepräge. Weder jahrelange Unterdrückung noch Kriegszustand, Zuchthausstrafen und Todesurteile haben das Memeldeutschtum zu beugen vermocht. Einmütig haben sich die Memeldeutschen zu ihrem angestammten Volkstum bekannt und ihre Entschlossenheit bekundet, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Freiheit des Memellandes erstritten ist.

Infolge des umständlichen Auszählungsverfahrens ist das Wahlergebnis erst mehrere Tage nach der Wahl bekannt geworden. Die Wahlbeteiligung betrug 97 v. H., ein Rekord, wie er im Memelgebiet bisher noch nicht erreicht worden ist. (Bei der Landtagswahl 1935 beteiligten sich 91,30 v. H. der Wahlberechtigten.) Von den insgesamt 2 088 833 abgegebenen gültigen Stimmzetteln (jeder Wähler gab 29 Stimmzettel ab) erhielt die Memeldeutsche Liste Dr. Neumanns 1 820 175 Stimmen, während die vier litauischen Listen nur 268 658 Stimmzettel auf sich vereinigen konnten. Das Memelland hat sich also mit 87,1 v. H. zum Deutschtum bekannt. Trotz der nach vielen Tausenden zählenden großlitauischen und jüdischen Zuwanderung und trotz der höheren Wahlbeteiligung haben die Litauer gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1935 erhebliche Verluste erlitten. In den neuen Landtag werden daher 25 memeldeutsche Abgeordnete und nur 4 Litauer einziehen, gegenüber 24 deutschen und 5 litauischen Mandaten im letzten Landtag. Auch in der Stadt Memel konnte ein glänzendes Ergebnis zugunsten der Memeldeutschen Liste verzeichnet werden. Trotz der sich hier besonders bemerkbar machenden litauischen und jüdischen Zuwanderung entfielen auf die Memeldeutsche Liste 81,5 v. H. der Stimmen. Auf dem Lande gab es nicht wenige Ortschaften, die sich hundertprozentig zum Deutschtum bekannten!

Dieser bewunderungswürdige Wahlausgang kann nicht ohne Folgen für die Zukunft des Memellandes bleiben. Denn diese Abstimmung bedeutet nicht nur ein eindeutiges Bekenntnis zum Deutschtum, sondern zugleich auch den endgültigen Zusammenbruch einer Lüge, die 1919 in Versailles bei der Abtrennung des Gebiets vom Deutschen Reich begann, die beim Einbruch der Litauer im Jahre 1923 in das Memelland fortgesetzt und die seither in den Zeitungen der sogenannten Demokratien immer wieder aufgetischt wurde. Seit zwei Jahrzehnten ist litauischerseits geflissentlich der Schwindel vom „rein litauischen Memelland" verbreitet worden. Dieses Märchen hat nun seine endgültige Widerlegung gefunden und man beginnt jetzt auch in anderen Ländern einzusehen, daß durch die Abtrennung des Memellandes vom Reich ein großes Unrecht begangen worden ist. Es hat sich weiter herausgestellt, daß alle Versuche der Litauer, die Memeldeutschen ihrem Volkstum zu entfremden und sie zu Litauern zu machen, kläglich gescheitert sind. Die litauischen Machthaber in Kowno müssen es jetzt vielmehr erleben, daß die Bevölkerung des Memellandes sich endgültig von ihnen abwendet und sich um so nachdrücklicher zu ihrem Volkstum bekennt. Der Lauf der Gerechtigkeit wird sich auch in Memel nicht aufhalten lassen, um so weniger, als auch die für Versailles Verantwortlichen allen Anlaß hätten, dafür einzutreten, daß das dem Memelland angetane Unrecht schnellstens wieder gutgemacht wird.

Unter diesen Umständen wirkt es geradezu wie ein schlechter Scherz, wenn — wie die Litauische Telegrafenagentur zwei Tage nach der Wahl berichtete — der französische Botschafter und der englische Geschäftsträger in Berlin im Auswärtigen Amt vorgesprochen und erklärt haben, daß die beiden Mächte als Unterzeichner des Memelabkommens nicht uninteressiert am Bestehen des Memelstatuts seien. Im englischen Unterhaus hat Ministerpräsident Chamberlain auf eine Anfrage geantwortet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß nach der Wahl die Mehrheitsparteien im Landtag der litauischen Regierung Forderungen stellen könnten, die mit dem Memelstatut nicht vereinbar wären. Die britische Regierung als Signatarmacht des Memelabkommens könne diese Möglichkeit nicht übersehen. Mit Rücksicht auf den besonderen Einfluß, den

die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit ausüben könnte, sei der britische Geschäftsträger in Berlin beauftragt worden, sich dem französischen Botschafter anzuschließen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Rahmen des Statuts nicht überschritten werde.

Mit Recht bemerkt das „Memeler Dampfboot" dazu, daß in den Jahren, in denen das Memelstatut dauernd von litauischer Seite verletzt worden ist, in der es zu einem Fetzen Papier gemacht wurde, wir im Memelgebiet nicht viel davon gemerkt haben, daß die Signatarmächte sich um die Einhaltung des Memelstatuts gekümmert hätten. „Jetzt, wo man befürchtet, es könnte vielleicht der Rahmen des Statuts von memeldeutscher Seite überschritten werden, und zwar nicht durch Handlungen, sondern lediglich durch Forderungen, da glaubt man bereits, einen Schritt in Berlin unternehmen zu müssen. An der Haltung des Memeldeutschtums wird er nicht im geringsten etwas ändern."

Man wird jedenfalls über diese heuchlerischen, wieder einmal „echt demokratischen" Einwendungen aus London und Paris zur Tagesordnung übergehen können. Niemand nimmt dieses durchsichtige Manöver im Memelland ernst und auch in Kowno denkt kaum jemand daran, diesen „Rettungsversuch" am Memelstatut als eine Ermunterung zur Fortsetzung der bisherigen litauischen Politik aufzufassen. Die litauische Regierung wird vielmehr gut daran tun, mit den Memeldeutschen und mit dem Deutschen Reich umgehend zu einem Übereinkommen zu gelangen, um so mehr, als es in Kowno wieder einmal erheblich kriselt und verschiedene Studentendemonstrationen bereits zur Wiederverhängung des Ausnahmezustandes über Kowno geführt haben. Auch in Memel haben litauische Kundgebungen gegen die Kownoer Regierung und den Staatspräsidenten Smetona stattgefunden. In einer Litauerversammlung in Memel wurde der Rücktritt nicht nur der Regierung, sondern auch des Staatspräsidenten und die Bildung einer nationalen Regierung unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Waldemaras gefordert. Um zu verhindern, daß durch die Tätigkeit litauischer Gruppen, die im Memelland nicht heimisch sind, Unruhe in das Gebiet getragen wird, hat das Memeldirektorium ein Versammlungsverbot erlassen. Weiter ist die erste in Memel erschienene Ausgabe einer Zeitung der Waldemaras-Anhänger von der Landespolizei beschlagnahmt worden. Auch einige Verhaftungen wurden in Memel vorgenommen, doch wurden die Festgenommenen nach ihrer protokollarischen Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das Memeldirektorium hat sich also durchaus loyal verhalten, ebenso wie es auch nur eine selbstverständliche Pflicht erfüllt hat, wenn jetzt der Artikel 20 des Memelstatuts wieder hergestellt worden ist. Artikel 20 bestimmt, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Memelgebiet durch die örtliche Polizei gesichert wird. Das Direktorium hat jetzt eine Dienstanweisung erlassen, wonach Angehörige der litauischen Staatssicherheitspolizei im Memelgebiet als Privatpersonen zu betrachten und gegebenenfalls entsprechend zu behandeln sind. Es war eine krasse Verletzung des Statuts, wenn die litauische Staatssicherheitspolizei, gestützt auf den ebenfalls statutwidrigen Kriegszustand, sich viele Jahre lang amtliche Befugnisse im Memelland anmaßte. Die litauische Regierung konnte sich auch nach der Aufhebung des Kriegszustandes nicht dazu entschließen, die Staatssicherheitspolizei aus dem Gebiet zurückzurufen. So mußte das Memeldirektorium eingreifen und eine längst fällige Maßnahme von sich aus durchführen.

Als erste Auswirkung der Landtagswahl ist die Ernennung des Memel-

litauers Viktor Gailius zum litauischen Gouverneur in Memel anzusehen. Gailius, der sein Amt am 13. Dezember antrat, löst den seit Oktober 1936 im Amt befindlichen Gouverneur Kubilius ab, der insbesondere durch seine Vetopolitik dem Memelland schwersten Schaden zugefügt hat. Der neue Gouverneur war bereits mehrfach Gouvernementsrat in Memel und zeitweise auch Präsident des Direktoriums. Er gehört politisch zu den „gemäßigten Memellitauern" und war bei der Landtagswahl der Spitzenkandidat der vereinigten litauischen Listen. Mit einem Gouverneurswechsel ist es aber keineswegs getan. Wenn auch das erstemal ein Memellitauer auf diesen Posten gestellt wurde, so werden doch erst Taten für die weitere Entwicklung ausschlaggebend sein. Die ganze Wahl hat unter der Forderung gestanden, daß die litauische Regierung endlich von leeren Versprechungen und unverbindlichen Gesten zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen und zu Taten übergehen müsse. Und darauf wartet das Memeldeutschtum jetzt, nachdem es seinen Willen und seine Einstellung unmißverständlich kundgetan hat.

Polen

Hoffnungen der deutschen Volksgruppe auf Anerkennung ihrer politischen Haltung nur teilweise erfüllt — Die Hintergründe um die Übergehung Rudolf Wiesners — Deutsche Wahlerfolge in Lodz — Neue Staatsdekrete bergen Gefahren für das Deutschtum — Das Leid der Deutschen im Olsagebiet — Änderung der deutschen Ortsnamen in Galizien — Ein deutsches Zeitungsjubiläum

Die Erwartungen und berechtigten Hoffnungen der Volksgruppe, daß ihr geschlossener Wahleinsatz bei den Wahlen zu Sejm und Senat anläßlich der Senatorenernennung durch den Staatspräsidenten entsprechende Anerkennung finden würde, haben sich nur zu einem Teil erfüllt. Zunächst muß mit Genugtuung begrüßt werden, daß der Vorsitzende des Rats der Deutschen in Polen, Erwin Hasbach, wieder als Senator berufen worden ist. Senator Hasbach, der aus Bialystok gebürtig ist, steht im 63. Lebensjahr und ist bereits ununterbrochen vom ersten verfassunggebenden polnischen Sejm an gewählter deutscher Abgeordneter und danach gewählter deutscher Senator, bis das neue Wahlgesetz vor wenigen Jahren die Wahl deutscher Vertreter in das Parlament unmöglich machte. Seit jener Zeit hat Hasbach der ersten polnischen Kammer als vom Staatspräsidenten ernannter Senator angehört.

Überraschend und befremdend zugleich ist jedoch die Tatsache, daß der Landesleiter der Jungdeutschen Partei, Ing. Rudolf Wiesner, nicht mehr zum Senator ernannt worden ist, sondern daß als zweiter deutscher Senator der Kaufmann und Landwirt Max Wambeck in Stogasee als Senator berufen wurde. Unklar sind die Gründe, welche die maßgebenden polnischen Stellen dazu bewogen haben, den bisherigen Senator Wiesner zu übergehen und den der Jungdeutschen Partei angehörenden, aber kaum bekannten Wambeck zum Sprecher der Volksgruppe im Senat zu machen. Fest steht jedoch die Tatsache, daß Senator Wiesner stets mannhaft für die deutschen Belange eingetreten ist und sich durch seine mutigen Denkschriften und Reden im Senat den unverhüllten Haß von polnischen Organisationen und eines großen Teiles der polnischen Presse zugezogen hatte. In trauriger Erinnerung sind ja noch die auch

in diesem Heft geschilderten Ausschreitungen nach einer Kundgebung des Westverbandes in Bielitz, in der von den einzelnen Rednern scharfe Maßnahmen gegen Wiesner, u. a. die Ausweisung aus der Grenzzone gefordert wurden.

Von der Volksgruppe aus gesehen, lag kein stichhaltiger Grund vor, den der Gesamtheit so gut wie unbekannten Max Wambeck zu ihrem Sprecher im Senat zu ernennen. Da obendrein die Jungdeutsche Partei sich genötigt sah, Wambeck durch Beschluß des Hauptvorstandes vom 26. November 1938 aus der Partei auszuschließen, ist als einziger deutscher Senator und damit als einziger deutscher Sprecher in den parlamentarischen Körperschaften Erwin Hasbach anzusehen.

Grundsätzlich muß in diesem Zusammenhange gesagt werden, daß es mit den Rechten der Volksgruppe unvereinbar ist, über ihren Kopf hinweg die Ernennung der parlamentarischen Vertreter vorzunehmen. Es ist einzig und allein Sache der Volksgruppe, die Männer zu wählen, die für ihr Lebensrecht im Parlament eintreten. Da nun die geltende Wahlordnung dies unmöglich macht, so ist zweifellos die Forderung berechtigt, daß die Senatorenernennung diesen empfindlichen Mangel wettzumachen hat.

Den Wahlen zum Sejm und Senat folgten die Kommunalwahlen, deren Durchführung jedoch mehrere Monate in Anspruch nimmt. Bisher wurden in einer Reihe polnischer Städte, vor allem in den Westwojwodschaften, dann in Warschau, Lodz und Krakau die Stadtparlamente gewählt. Den Gemeindewahlen wurde vor allem aus dem Grunde größeres Interesse entgegengebracht, weil sie im Gegensatz zu den Sejm- und Senatswahlen den einzelnen Organisationen und Parteien mehr Gelegenheit boten, in Erscheinung zu treten, und zum anderen deshalb, weil die Stadtverordnetenversammlungen mit die Kandidatenlisten für den Sejm aufstellen. Die Oppositionsparteien hatten daher auch die Boykottparole, die sie bei den Wahlen zum Parlament ausgaben, mit einer sehr lebhaften Wahlpropaganda für die von ihnen aufgestellten Listen vertauscht.

Die Haltung des Deutschtums war auch bei den Gemeindewahlen positiv und die Wahlbeteiligung ebenso stark wie bei den Sejmwahlen. Während bei den Sejmwahlen der deutsche Wahleinsatz keiner eigenen Liste zugute kommen konnte — eine Folge der Wahlordnung — und somit nur als ausdrückliche Bekundung des Willens zur Mitarbeit mit dem Staate zu werten ist, galt die deutsche Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen auch der Erringung eigener Mandate. In diesem Zusammenhang kann man zweifellos von einem Erfolg der Deutschen sprechen, denn die bisherigen Gemeindewahlen haben — soweit sich dies heute übersehen läßt — annähernd 20 deutsche Mandate ergeben. Der Erfolg fällt praktisch nicht so ins Gewicht, weil die deutschen Kandidaten den einzelnen Wahlbezirken zugeteilt werden mußten und eine Zersplitterung der deutschen Stimmen dadurch unvermeidlich wurde.

Besonders hervorzuheben ist der deutsche Erfolg in Lodz. Nach den bisherigen Zählungen haben für die deutsche Liste wenigstens 21 000 Deutsche gestimmt. Dieser deutsche Erfolg in Lodz wird erst dann deutlich erkennbar, wenn man sich vor Augen hält, daß auf die deutsche Liste im Jahre 1934 18 000, im Jahre 1936 nur 16 000 Stimmen fielen. Das stolze Ergebnis der Stadtratwahlen in Lodz ist als Sieg der deutschen Disziplin zu werten. Während die Polen, angewidert durch die parteipolitischen Schwankungen, durch die sich seit jeher die Lodzer Wahlen ausgezeichnet haben, eine starke Wahlenthaltung übten, zog das Deutschtum von Lodz trotz Frost und allen Widernissen geschlossen

an die Wahlurne, um seinen unbeugsamen Lebenswillen unter Beweis zu stellen. Mit fünf Vertretern ziehen nun die Deutschen in das Stadtparlament ein.

Besonders erfreulich ist auch die Tatsache, daß die Deutschen gemeinsam zur Wahlurne gingen und zu der von den Deutschtumsorganisationen anläßlich der Sejm- und Senatswahlen beschlossenen Wahlfront hielten.

Die Wahlen zum Sejm und Senat und vor allem die danach einsetzenden Gemeindewahlen haben die gesamte Öffentlichkeit in Polen wieder stärker an die innenpolitischen Probleme herangebracht, nachdem sie unter dem Eindruck der letzten weltpolitischen Geschehnisse in ihrer Blickrichtung sich von ihnen etwas entfernt hatte. Die innenpolitische Diskussion wurde aber besonders heftig, als die Regierung zwei Gesetze erließ, deren einschneidende Maßnahmen für die meisten völlig überraschend kamen: das Presse- und das Staatsschutzgesetz. Von großer politischer Bedeutung ist auch das Gesetz über die Auflösung freimaurerischer Organisationen. Charakteristisch ist die Tatsache, daß diese im Verordnungswege erlassenen Dekrete am Vortage des Zusammentritts des Parlaments erschienen. Die polnisch-konservative Zeitung „Efas" unterstreicht in diesem Zusammenhang, daß das Regierungslager in beiden Kammern eine riesige Mehrheit besitzt und es doch schwer ist, anzunehmen, daß bei einer solchen Mehrheit Projekte der Regierung abgelehnt werden könnten. Es stellt die Frage, was für Gründe bei der Herausgabe dieser Dekrete maßgebend gewesen sein konnten und beantwortet sie damit, daß es die Regierung offensichtlich sehr eilig hat.

Es ist auch vom Standpunkt der Volksgruppe aus nötig, die erschienenen Dekrete etwas näher zu betrachten, denn die Erfahrungen der letzten Jahre schließen durchaus die Möglichkeit nicht aus, daß diese Gesetze gegen die im Staate lebenden Minderheiten, vornehmlich die deutsche, angewandt werden. Von den neuen Bestimmungen des Pressegesetzes ist vor allem hervorzuheben der Zwang zur Veröffentlichung einer der Zeitung amtlich zugestellten Berichtigung, die bis zu 250 Zeilen umfassen kann und an einer für wichtige Verlautbarungen der Zeitung bestimmten Stelle veröffentlicht werden muß. Die Verantwortlichkeit des Schriftleiters ist sehr stark erweitert worden und nicht mehr allein auf ihn beschränkt. In bestimmten Fällen können auch für die Veröffentlichung eines Artikels, dessen Inhalt die Züge eines Vergehens trägt, neben dem Schriftleiter der Verleger bzw. der Verwalter der Druckerei belangt werden. Besonders dehnbar ist die Bestimmung, daß das Gericht ein Verbot der Zeitschrift für die Dauer von 3 Monaten bis 5 Jahren oder für immer verhängen kann, sofern aus mehrfachen Beschlagnahmungen hervorgeht, daß die weitere Herausgabe der Zeitschrift die öffentliche Ordnung bedrohen würde. In Zukunft müssen Druckerei und Druckort, Herausgeber und Erscheinungsort in polnischer Sprache genannt werden.

Das Staatsgesetz richtet sich gegen die Schädigung der Wirtschaft durch öffentliche Streikpropaganda — der Streik als solcher wird nicht verboten —, ferner durch Verhinderung der Lebensmittelzufuhr in die Städte sowie durch Export minderwertiger Waren. Der gesetzliche Schutz der Lebensmittelzufuhr bringt die letzten Bauernunruhen in Galizien in Erinnerung, wobei gerade die Parole „keine Lebensmittel für die Städte" zu einer gefährlichen Waffe in der Hand der revoltierenden Massen wurde. Auf der Linie des Wirtschaftsschutzes liegt ferner auch die Bestimmung, daß das Untergraben des Vertrauens zur polnischen Währung strafbar ist.

Eine andere Tendenz haben die Bestimmungen des Staatsschutzgesetzes, die fremde bzw. feindliche Einflüsse des Auslands auf die polnischen Staatsbürger ausschalten sollen. Vergehen gegen diese Bestimmungen werden ebenso wie Wirtschatsschädigung mit teilweise recht hohen Gefängnisstrafen geahndet. Nach dem polnischen Staatsschutzgesetz ist es also strafbar, wenn ein polnischer Staatsangehöriger im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit in Polen von einer im Interesse einer fremden Regierung handelnden Person für sich oder eine andere Person einen materiellen Vorteil annimmt oder sich einen solchen versprechen läßt. Es ist dabei gar nicht nötig, daß der Nachweis einer „schädlichen Tätigkeit" erbracht wird, wie bei einem anderen Tatbestand des Gesetzes; strafbar ist allein schon die Annahme des „materiellen Vorteiles"! Es geht hier um den von der polnischen Presse schon ziemlich lange propagierten Kampf gegen die sog. „fremden Agenturen", wobei aber durchaus keine Klarheit darüber herrscht, wo und wer diese Agenturen sind. Auch der Empfang bestimmter ausländischer Radiostationen, die der Innenminister näher bezeichnen wird, ist strafbar, wobei im Falle eines gemeinsamen Empfangs der verbotenen Station das Rundfunkgerät beschlagnahmt werden kann.

Es würde zu weit führen, wenn wir die neuen Dekrete vollständig wiedergeben würden. Die kurze Übersicht zeigt jedoch bereits, wie groß die Gefahren für die deutsche Volksgruppe sind, falls das Presse- und das Staatsschutzgesetz in ihren äußerst dehnbaren Bestimmungen, die durchweg rigoros sind, einseitig gehandhabt werden sollten. Es sei in diesem Zusammenhang an das Grenzzonengesetz erinnert, dem bei seinem Erscheinen auch nicht jene Wirkungen für die Volksgruppe zugeschrieben wurden, die es im Endergebnis für unsere Volksgruppe gehabt hat. Auf die deutschen Einwände hin wurde von den maßgebenden Stellen erklärt, das Gesetz richte sich nur gegen staatsfeindliche Elemente und werde die Entwicklungsmöglichkeiten der nationalen Minderheiten in keiner Weise beeinträchtigen. Nach der bisherigen Handhabung muß jedoch das Grenzzonengesetz als das verhängnisvollste Werkzeug der Entdeutschungspolitik angesehen werden. Hoffentlich bedeuten Presse- und Staatsschutzgesetz in ihrer Handhabung nicht eine weitere Verschlechterung der ohnehin schwierigen Lage der Volksgruppe!

*

Mit der Rückgliederung des Teschener Schlesiens, das die Polen Olsagebiet nennen, wurden die dort lebenden Deutschen Glieder der Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen in Polen, um von nun an mit allen Deutschen im polnischen Staat gemeinsam Freud und Leid zu tragen. Aber bis jetzt war es ausschließlich Leid, das über die Olsadeutschen hereinbrach und für hundert Familien bereits so unerträglich wurde, daß sie ihre Heimat für immer verließen. Im letzten Heft berichteten wir schon über die ersten gegen die Deutschen gerichteten Maßnahmen, über deren Bedeutung man sich erst dann klar wird, wenn man sich vor Augen hält, daß die ausschließlich durch die polnische ersetzte deutsche Sprache früher neben dem Tschechischen gültige deutsche Amtssprache war! In den verschiedenen Betrieben, in Trzynietz, Karrin, Freistadt, Oderberg usw. kommen die Massenentlassungen deutscher Arbeiter gar nicht zum Stillstand. In sehr vielen Fällen erfolgen die Entlassungen ohne Grund und Kündigung. Ebenso werden die deutschen Ange-

stellten von den Entlassungsmaßnahmen betroffen, oft nur aus dem Grunde, weil sie ihre Kinder in deutsche Schulen angemeldet hatten. Auf dem Gebiet des Schulwesens sieht es nicht besser aus. Um nur als Beispiel das Schicksal des deutschen Gymnasiums in Oderberg herauszugreifen: beim Einmarsch der polnischen Truppen zählte es gegen 700 Schüler mit 27 Lehrpersonen; nachdem aber der Mehrzahl der Schüler bekannt war, welche Verhältnisse in deutschen Schulen auf polnischem Gebiet herrschen, meldeten sich zur Einschreibung im November vorigen Jahres nur etwa — 250 Schüler. Von den 27 Lehrkräften wurden nur fünf Herren übernommen! Die übernommenen fünf deutschen Lehrkräfte haben die definitive Anstellung verloren und wurden nunmehr als Vertragsbeamte ohne Pensionsansprüche übernommen. Die entlassenen 22 Lehrkräfte wurden aber einfach ohne jede Entschädigung aufs Pflaster gesetzt und werden gezwungen sein, sich anderwärts eine Existenz zu suchen. In Anbetracht dieser Maßnahmen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Absicht besteht, die einzige deutsche Mittelschule des Olsalandes einer baldigen Auflösung zuzuführen.

Auf der anderen Seite werden im Olsagebiet neue Arbeitskräfte eingestellt, dabei aber — nach einer amtlichen Bekanntmachung — nur solche Personen berücksichtigt, die sich mit einem Ausweis des Polenverbandes, des polnischen Schulvereins oder der jungpolnischen Organisationen ausweisen können. Dieses Vorgehen, das den Versicherungen des Wojewoden Grafynski über den Schutz der Minderheiten im Olsaland in keiner Weise entspricht, verdient schärfste Kritik. Bei der Verdrängung des Deutschtums muß man bedenken, daß es sich durchaus nicht um eine bedeutungslose Splittergruppe handelt. Zu den bereits im vorigen Heft genannten Zahlen fügen wir hinzu, daß in dem früheren Tschechisch-Teschen die Sudetendeutsche Partei bei den Parlamentswahlen im Jahre 1935 die höchste Stimmzahl erhielt, und zwar 46,8 Prozent. Auf die Polenliste entfielen lediglich 10,5 Prozent. In Oderberg konnten die Deutschen 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, die Polen und Juden insgesamt 20 Prozent.

Zwanzig Jahre später haben die Deutschen Ostschlesiens dem tschechischen Druck mit Erfolg getrotzt und haben in diesen schweren Zeiten stets mit der polnischen Minderheit in einer Kampflinie gestanden, daher bedeutet die heutige Behandlung der Deutschen nicht nur ein nationales Unrecht, sondern muß auch als schwarzer Undank gewertet werden. Dazu kommen noch allgemeine Schwierigkeiten, die unter polnischer Herrschaft im Olsagebiet entstanden sind und über die das frühere Kampfblatt der Polen im Olsagebiet, der „Dfiennik Polski", bemerkenswerte Einzelheiten veröffentlicht. Die Teuerungswelle habe zu einer Senkung des Lebensstandards geführt, der im Augenblick das trostlose Niveau des Dahinvegetierens erreicht habe. Daran haben bisher die maßgebenden Stellen nichts ändern können. Es wäre daher verständlich, daß der Hüttenarbeiter wie der Bauer denjenigen gram sei, die diesen Erscheinungen nicht Einhalt gebieten können.

Ende November vorigen Jahres haben die Deutschen im Olsagebiet alle ihre Forderungen in einer Denkschrift zusammengefaßt, die mit zwei Schreiben Senator Wiesners dem Ministerpräsidenten Skladkovski übergeben wurden. Zu dieser Denkschrift ist bis jetzt noch keine Stellungnahme erfolgt.

*

Lange genug ist die polnische Presse gegen die deutschen Ortsnamen der alten deutschen Siedlungen in Kleinpolen (Galizien) Sturm gelaufen und hat ihre Abänderung gefordert. Nun ist durch Gesetzesakt die Änderung der deutschen Ortsnamen angeordnet worden. Folgende deutsche Dörfer erhalten nunmehr polnische Ortsnamen: Ernsdorf (Polanka Bobrecka), Mühlbach (Alynovice), Oberstdorf (Wyzne), Steinfels (Glazy), Prinzental (Kniazyn), Josefsberg (Voroinica), Königsau ((Rdwne), Gassendorf (Nlicznochale), Ugartsberg (Wypnezki), Deutschbach (Polanka Horyniecka), Brückental (Belinor) und Einsingen (Dfiewizcierp Maly).

In den meisten Fällen hat man ganz einfach den deutschen Namen dieser Kolonien mehr oder weniger glücklich ins Polnische übersetzt. Historisch gesehen, haben die polnischen Namen keinerlei Berechtigung, da es sich bei all diesen Siedlungen um deutsche Gründungen aus der Kolonisationszeit handelt.

*

Auf ein Jubiläum muß gebührend hingewiesen werden: Die Lodzer „Freie Presse" kann gegenwärtig auf ihr 20jähriges Bestehen als Presseorgan der deutschen Bevölkerung in Mittelpolen zurückblicken. Seit 1918 kämpft die Zeitung für das Deutschtum und seine Rechte und hat in diesem Kampf sich zweifellos verdient gemacht. In Erinnerung ist noch der feige Überfall der Lodzer Juden im Jahre 1933 auf die Druckerei und Schriftleitung der Zeitung, wobei dem Verlage ungeheuer großer Schaden zugefügt wurde. Mutig setzte sich die Lodzer „Freie Presse" auch im Kampf um die Rechte der Deutschen innerhalb der Evangelischen Kirche ein, was zahlreiche Beschlagnahmungen zur Folge hatte. Hoffentlich übersteht die Zeitung auch in Zukunft alle Schwierigkeiten!

Tschecho-Slowakei

Die Lage der deutschen Volksgruppe unter den neuen Verhältnissen — Der Kampf um den Arbeitsplatz — Weltanschauliche Freiheit und wirtschaftliche Not — Die Volksweihnacht — Nach wie vor Schikanen gegen die „jenseitigen" Sudetendeutschen

Mit der Wahl eines neuen Staatsoberhauptes und der Einsetzung einer neuen Regierung ist eine Epoche in der tschechischen Politik eingeleitet worden, die man als die des Wiederaufbaues und der Einordnung in den enger gewordenen Staatsraum bezeichnet. Man kann nicht sagen, daß das neue Kabinett Beran übermäßige Popularität in breiten Bevölkerungskreisen genießen würde. Im Gegenteil, der „kleine Mann" sieht vor sich eine Regierung des besitzenden, rechtsgerichteten Bürgertums und der hohen Bürokratie, die ihm nicht sonderlich behagt. Denn er weiß, daß ihm Opfer zugemutet werden sollen, die er gerne auf jene Gesellschaftsschichten abgewälzt sehen möchte, denen die Minister selbst angehören. Das tschechische Volk ist überdies nach dem Debakel einer zwanzigjährigen Benesch-Politik von einem überspitzten Mißtrauen erfüllt. Man sieht zwar ein, daß es hoffnunglos wäre, die Aufräumungsarbeiten auf dem von Benesch hinterlassenen Trümmerfeld lediglich mit politischen Ehrgeizlingen zu beginnen und gibt zu, daß ein Kabinett gelernter Fachleute seine Vorteile

bietet. Aber die Vorliebe des Tschechen für das Kritisieren bildet immerhin in den breiten Massen psychologische Hemmungen, die nur durch eine unerhört geschickte Staatsführung überwunden werden könnten.

Über die Bevölkerungszusammensetzung des neuen Staatsgebildes liegen nunmehr offizielle Angaben vor. Danach besitzt die neue Tschecho-Slowakei 9,8 Millionen Einwohner, um nahezu 5 Millionen weniger als bisher. Auf die neue Slowakei entfallen hiervon 2 Millionen auf die Karpaten-Ukraine 0,5 Millionen und auf Böhmen-Mähren 7,3 Millionen. Innerhalb der neuen Staatsgrenzen verbleiben an Minderheiten 338 000 Deutsche, 100 000 Magyaren und 4000 Polen. Die Gesamtfläche der tschecho-slowakischen Republik beträgt 99 000 Quadratkilometer, um 52 000 Quadratkilometer weniger als früher. Die zweite Republik ist ein vorwiegender Agrarstaat. 38 Prozent der Bevölkerung sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, 32 Prozent in Industrie und Gewerbe.

Das Hauptproblem besteht nun in der Tatsache, daß Beamte, Gendarmen, Unteroffiziere und Offiziere tschechischer Nationalität für die Verwaltung und Beherrschung eines 15-Millionen-Staates vorhanden sind, während es tatsächlich jetzt nur 7 Millionen Tschechen zu verwalten und zu beherrschen gibt. Man kann also ruhig sagen, daß die Hälfte der Staatsangestellten, Gendarmen und Militärpersonen tschechischer Nationaltät überflüssig geworden ist, weil weder die Slowaken noch die Karpaten-Ukrainer die geringste Neigung zeigen, in ihrem Lande Tschechen zu dulden. Auf der anderen Seite ist im tschechischen Volke in den letzten zwanzig Jahren der Prozentsatz der Handarbeiter, insbesondere der Taglöhner, scharf zurückgegangen. Das Problem des Staates besteht also darin: Wie macht man aus Staatsbeamten Taglöhner? Kompliziert wird diese Frage noch dadurch, daß nicht einmal für Taglöhner entsprechende Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Dies beweist die relativ hohe Zahl der Arbeitslosen, die für Ende November mit rund 100 000 angegeben wird und in der Mehrzahl ungelernte Arbeiter umfaßt. Die ganze Innenpolitik wird daher von dem Problem der Umschulung weiter Kreise der tschechischen Bevölkerung beherrscht sein. Denn es gibt nicht nur einen Staatsbeamtenproblem, sondern auch ein Privatbeamtenproblem, weil ein großer Teil der Industrie, die in den letzten zwanzig Jahren bereitwillig tschechische Beamte und Generaldirektoren aufgenommen hatte, im Sudetenlande bzw. in den an Polen abgetrennten Gebieten sitzt.

Unter diesen Verhältnissen ist die Lage der deutschen Volksgruppe wirtschaftlich noch schwieriger geworden als vorher. Die im tschecho-slowakischen Staatsverbande verbliebene Drittelmillion Deutscher lebt nur zum geringen Teil in den Dörfern der Budweiser, Brünner und Iglauer Sprachinseln und in den karpathendeutschen Inseln von der Landwirtschaft. Im übrigen handelt es sich um mittelständische Intelligenz. Gerade auf diesem Gebiete aber tobt der Kampf um den Arbeitsplatz bis aufs Messer. Die Doktrin, daß für Deutsche in der „zweiten Republik" kein Platz sei, beherrscht die größte Zahl der tschechischen und jüdischen Unternehmungen, von den Großbanken bis zum Schnittwarengeschäft. Dauernde Entlassungen haben daher in den letzten Monaten das Deutschtum im Reststaate wesentlich geschwächt. Auf der andern Seite sind die deutschen Bauern einem verschärften Steuerdruck ausgesetzt. Die ohnehin wahnsinnig hohen Steuern müssen zur Deckung der Abenteuerpolitik Beneschs noch mehr hinaufgeschraubt werden und naturgemäß findet ein Deutscher vor den Augen der Finanzbeamten keine Gnade. Um ihre „tschechische

Gesinnung" unter Beweis zu stellen, haben überdies jüdische Unternehmer in den Sprachinseln Massenentlassungen deutscher Arbeiter vorgenommen. Deutsche Arbeitgeber, die neue Kräfte aufnehmen könnten, gibt es jedoch nicht. Kein Wunder daher, daß eine starke Tendenz zur Auswanderung besteht, der von den tschechischen Behörden mit allen Mitteln nachgeholfen wird. Erinnert sei nur daran, daß man während der Besetzung sämtliche deutsche Staatsangestellte, ja sogar Tabakfabriksarbeiter mit sofortiger Wirkung in die abgetretenen Gebiete „versetzte" und die zurückgebliebenen Familien jetzt unter dem Titel „Wohnungsnot" nachschickt.

Abg. Kundt hat somit als Führer der deutschen Volksgruppe gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden. Er ging zunächst daran, ein neues Organisationsgerüst aufzustellen und die Verteilung der vom Reiche gewährten Winterhilfe an die darbenden Volksgenossen in die Wege zu leiten. Die im Rahmen des tschecho-slowakischen Staates verbliebenen Parlamentarier der SdP. konstituierten sich als Klub der deutschen nationalsozialistischen Parlamentarier- und Abgeordneten unter dem Vorsitz Kundts. In Prag wurde ein Arbeitsamt geschaffen, das bereits im Presse-, Kultur- und Wirtschaftssektor seine Tätigkeit aufgenommen hat. Zweigstellen dieses Arbeitsamtes wurden in den wichtigsten deutschen Siedlungsgebieten errichtet.

*

Das Weihnachtsfest konnten die „jenseitigen Sudetendeutschen" trotz vielfacher bitterer Not und schweren Existenzsorgen indessen im Zeichen des freien und offenen Bekenntnisses zu Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus feiern. Es hat in den Häusern der Deutschen in der Tschecho-Slowakei wohl keinen Weihnachtsbaum gegeben, unter dem sich nicht ein Bild des Führers befunden hätte. Und auch in der armseligsten Stube fehlte nicht der Schmuck der Hakenkreuzfähnchen. Bei den Gemeinschaftsfeiern erklangen zum ersten Male die Lieder der Bewegung und auf den Straßen entboten freudig bewegte Menschen einander zum ersten Male ohne Scheu den deutschen Gruß.

So war es den Deutschen im tschecho-slowakischen Staat an sich schon die größte Weihnachtsfreude, dieses Fest ohne Angst vor Denunziantentum und Polizei feiern zu können. Dabei ist es von deutscher Seite aus peinlich vermieden worden, den Anschein einer Provokation nervöser Tschechen zu erwecken. So würde es niemandem eingefallen sein, in den Straßen Prags laut „Heil Hitler" zu rufen, in einem der urdeutschen Sprachinseldörfer wird jedoch kaum ein Haus ohne deutschen Gruß betreten. Ein selbstverständlicher Sinn für Takt im Verkehr mit dem tschechischen Volk hat sich herausgebildet. Leider ist auf der Gegenseite noch nicht überall eine dementsprechende Entwicklung festzustellen. Im Gegenteil, der Deutsche, der nicht hinreichend tschechisch kann und das Pech hat, an irgendeinen aus dem Sudetenland rückgewanderten Staatsbeamten zu geraten, bekommt es gründlich zu spüren, was es heißt, „jenseitiger" Sudetendeutscher zu sein. Denn es gibt immer noch viele Tschechen, die keineswegs begriffen haben, daß Benesch nicht mehr auf dem Hradschin residiert. Zu diesen vielen gehören in erster Linie die Lehrer.

Groteske Äußerungen des Hasses von Menschen, denen die Erziehung der kommenden tschechischen Generation anvertraut ist, kann man in den deutschen

Siedlungsgebieten der Tschecho-Slowakei fast allwöchentlich beobachten. Konkrete Fälle? Bitte: eine tschechische „Entnationalisierungsschule" in einem deutschen Dorf besuchen eine Reihe deutscher Kinder, deren Eltern aus Gründen des Broterwerbs zu diesem Volksverrat gezwungen wurden. Wie begreift nun der staatliche Lehrer die neue politische Orientierung seines Staates? Er verbietet zunächst seinen Schülern jeden Verkehr mit deutschen Kindern. Und als dieses Verbot bei seinen „Entnationalisierungsschülern" deutscher Volkszugehörigkeit begreiflicherweise nichts fruchtet, verabreicht er diesen Widerspenstigen Prügel! Oder: die kinderreiche Familie eines bei der Mobilisierung einberufenen Taglöhners bekommt einfach nicht die vorgeschriebene staatliche Unterstützung. Um den buchstäblich fast Verhungerten wenigstens eine kleine Hilfe zuteil werden zu lassen, veranstaltet der Gemeindevorsteher, nach fruchtlosen Urgenzen bei der Behörde, eine kleine Sammlung im Ort. Was ist die Folge? Gendarmerie und Strafuntersuchung wegen einer behördlich nicht bewilligten Sammlung. Der Denunziant aber war natürlich der tschechische Lehrer.

Das ist nur eine kleine Auslese aus dem Alltag der „jenseitigen" Sudetendeutschen. Die Kleinlichkeit der Schikane ist ebenso typisch wie das Echo, das man bei Erzählung derartiger Fälle in Prag findet. Hohe Herren sind natürlich peinlich berührt, verweisen auf die leidigen „psychologischen Hemmungen" der Regierungserklärung Berans, aber im übrigen geschieht nichts. Daß im eigenen Interesse des tschechischen Nachwuchses und der notwendigen Überwindung der „Hemmungen" solche Jugendvergifter nicht nur entfernt, sondern exemplarisch bestraft werden müßten, sieht man lediglich theoretisch ein. Was werden diese jungen Tschechen, die jetzt in den Schulen derart erzogen werden, als Erwachsene tun?

Der Deutsche, dem der verbreitete Typus des verbohrten „Nerozumim-Tschechen" das Leben sauer macht, verfällt natürlich leicht dem Vorurteil, daß das Volk, mit dem er zusammenleben soll, aus lauter unhöflichen Rüpeln besteht. Die Tschechen, die ihrem Volke wirklich Ehre machen, sind aber noch nicht so weit, um eine wirkungsvolle Gegenpropaganda gegen den „Nerozumim-Typus" in Szene zu setzen. Um so schwerer empfinden in dieser unfreundlichen Umgebung die Deutschen ihre wirtschaftlichen Sorgen. Hunderte Familien wissen nicht, was mit ihrem Ernährer sein wird, der Anfang Oktober über Nacht von den tschechischen Behörden „in das von einer fremden Macht besetzte Gebiet" versetzt wurde. Der Gewerbetreibende sieht mit Schrecken die Zahl seiner deutschen Kunden infolge dieser „Versetzungen" abnehmen, der Hausbesitzer sucht vergeblich deutsche Mieter als Ersatz für die bereits übersiedelten Staatsangestellten. Der Bauer bangt um seine deutschen Abnehmer in der Stadt, und alle zusammen sehen mit Schaudern eine geradezu irrsinnige Flut neuer Steuern herankommen. Die Rechnung Benesch muß bezahlt werden — aber warum muß zu all dem zwanzigjährigen Leid der Deutsche mitzahlen, womöglich noch mehr, als der vor kurzem so Benesch-begeisterte Tscheche? Der Arbeiter erlebt noch einmal in konzentriertester Form zwanzigjährige sudetendeutsche Not. Weder tschechische noch jüdische Unternehmer wollen ihn beschäftigen. Wäre die Reichshilfe nicht jetzt gekommen, die seit drei Monaten buchstäblich hungernden Menschen hätten sich mangels jeder Unterstützung nicht einmal eine warme Stube am Weihnachtsabend leisten können! Hunderte Angestellte, die seit Oktober schon um ihr Brot zittern, erhielten jetzt vor Weihnachten — zum Termin! — ihre lang erwartete Kündigung. Wovon werden sie im kommenden Jahr leben? Am brutalsten gingen in dieser Richtung die jüdischen Unterneh-

mungen und Banken vor, in dem Bestreben, sich als „loyal" zu erweisen. Was kümmert sie unverschuldetes Elend? Besser „němci ven" als „židé ven".

Statt der Polizei stand an diesem Weihnachtsfest die graue Sorge vor den erleuchteten Fenstern der Deutschen jenseits der neuen Reichsgrenze. Aber das Gefühl der Verbundenheit mit dem großen Muttervolk hält sie aufrecht.

Jugoslawien

Ergebnis der Skupschtina-Wahlen

Die am 11. Dezember in Südslawien stattgefundenen Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus endeten mit einem Sieg der Regierungspartei, auf deren Liste rund 55 v. H. der abgegebenen Stimmen entfielen. Gemäß der Weisung der Volksgruppenführung: „Alle deutschen Stimmen für die Regierung, keine deutsche Stimme für die Opposition", unterstützte die deutsche Wählerschaft die Regierungsliste Dr. Stojadinowitschs. Trotz gewisser Hemmungen infolge der behördlichen Maßnahmen im Frühjahr und Sommer des vorigen Jahres wurde die Weisung der deutschen Volksgruppenführung willig und — im Hinblick auf den außenpolitischen Kurs der Regierung — freudig befolgt. In Slawonien, wo von den Anhängern des Kroatenführers und Listenträgers der Opposition, Dr. Matschek, der schärfste Wahlterror ausgeübt wurde, folgten die Deutschen gleichfalls in vorbildlicher Disziplin den Weisungen ihrer Führung. Andernorts wirkte sich freilich die infolge der Kürze der Zeit mangelhafte Wahlvorbereitung ungünstig aus.

Bekanntlich wurden nur zwei deutsche Wahlkandidaten auf der Regierungsliste zugelassen. Daneben konnten noch etliche stellvertretende Kandidaturen aufgestellt werden. Vom „Wahl- und Werbeausschuß" der deutschen Volksgruppe wurden drei dieser deutschen Kandidatenstellvertreter zur Wahl beantragt und fünf weitere als Vertrauensmänner des genannten Ausschusses zur Wahl empfohlen. Von den beiden Wahlwerbern wurde im deutschen Traditionswahlbezirk Kula Schriftleiter Franz Hamm durch den geschlossenen Einsatz der deutschen Wählerschaft mit großer Mehrheit gewählt. Im anderen Bezirk mit einem deutschen Wahlwerber, Apatin, soll das Wahlergebnis wegen der zugunsten eines anderen Regierungskandidaten begangenen zahlreichen Widerrechtlichkeiten deutscherseits angefochten werden. Ferner setzten sich drei deutsche Kandidatenstellvertreter erfolgreich durch.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die von der vollzogenen Volksgruppeneinigung bis zum Wahltermin zur Verfügung gestandene Zeit außerordentlich kurz bemessen war, kann dieses Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die geeinte Volksgruppe hat ihre erste Feuerprobe erfolgreich bestanden und sich nicht nur für die aufbauende Politik der Regierung Stojadinowitsch und gegen zersetzende Tendenzen ausgesprochen, sondern auch ihren Willen zur volkspolitischen Eigenständigkeit unter einer geeinten Führung bekundet. Sofern noch kleinliche Sonderinteressen ein einheitliches Auftreten aller Deutschen verhindert haben, stellten solche Erscheinungen nur um so deutlicher die Notwendigkeit einer zielstrebigen Fortsetzung des begonnenen Einigungswerkes und einer einheitlichen Ausrichtung der gesamten Volksgruppe auf das von ihr geschaffene volkspolitische Programm unter Beweis.

Rumänien

Hoffnungen der deutschen Volksgruppe — Ein neues Rumänisierungsprogramm? — Nach der Einigung des Deutschtums

Das bedeutungsvollste Ereignis im Monat November für Rumänien und insbesondere auch für die deutsche Volksgruppe war die Zusammenkunft König Karls II. mit Adolf Hitler am 24. November auf dem Obersalzberg. Wir Deutsche Rumäniens begrüßen es freudigen Herzens, daß damit ein engerer Anschluß unseres Vaterlandes an das Mutterland eingeleitet wurde. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wesentlich gestärkt werden, sondern daß auch in nationaler Hinsicht die von der neuen autoritären Regierung König Karls vorgenommene Wendung zu einer gerechteren und vernünftigeren Minderheitenpolitik nun noch besser zur Geltung kommen wird, wo die Staatsoberhäupter miteinander freundschaftliche Berührung gefunden haben.

Noch tauchen freilich immer wieder in der rumänischen Öffentlichkeit Gedanken auf, die zu Befürchtungen Anlaß geben. So macht seit den ersten Dezembertagen ein Tätigkeitsprogramm viel von sich reden, das der Ministerpräsident Cristea dem Ministerrat vorgelegt hat und in dem verschiedene Reformen auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet vorgeschlagen werden. Unter diesen sind zwei, von denen die Volksinteressen der Deutschen unter Umständen peinlich berührt werden können. Die eine bezieht sich auf die schon seit Jahren viel erörterte Frage des rumänischen Elementes in den wirtschaftlichen Betrieben von Angehörigen der nationalen Minderheiten. Demzufolge soll im Laufe der nächsten zehn Jahre durch ein Gesetz die Wirkung erzielt werden, daß schließlich in jedem Betrieb 50 v. H. der Angestellten und Arbeiter dem rumänischen Volkstum angehören. Wenngleich die Herabsetzung der früheren, oft ganz phantastischen Verhältniszahl auf 50 immerhin eine gewisse Milderung der rumänischen Forderungen bedeutet, so ist damit doch der Grundsatz der freien Wahl der Angestellten durchbrochen und es besteht die Gefahr, daß beispielsweise deutsche Betriebe in den deutschen Siedlungsgebieten nicht in der Lage sein werden, alle in Betracht kommenden deutschen Bewerber aufzunehmen. Ob auf der andern Seite rumänische Betriebe in rein rumänischen Gegenden ebenfalls verpflichtet sein werden, Nichtrumänen anzustellen, ist fraglich. Auch gehört in engem Zusammenhang mit dieser Frage die andere der Verwendung von Deutschen als öffentliche Beamte in den deutschen Siedlungsgebieten.

Fast noch bedenklicher ist auch eine andere, von Cristea vorgeschlagene Reform. Dieser zufolge soll das schon bestehende staatliche Vorkaufsrecht auf Bodenflächen über 50 Hektar dergestalt abgeändert werden, daß der Staat sogar bei Bodenverkäufen von mehr als einem Hektar das Vorkaufsrecht haben soll. Das kann unter Umständen dazu führen, daß der deutsche Bauer, der ein paar Hektar Boden von einem Volksgenossen kaufen will, daran gehindert wird; gar nicht zu reden davon, daß er vom rumänischen Bauern Grund kaufen könnte.

Noch nicht bekannt geworden ist, wie sich der Patriarch die angeblich ebenfalls in seinem Plan vorgesehene Rumänisierung der ärztlichen und Apothekerberufe denkt. Einen Vorgeschmack davon aber haben die deutschen Ärzte Rumäniens schon bekommen. Noch im Frühjahr letzten Jahres mußten sämtliche Ärzte, die ihr Diplom im Ausland erworben haben, die Zeug-

nisse über die vorgenommene Nostrifizierung vorlegen, weil man in Bukarest daraufgekommen war, daß ein jüdischer Vermittler für teures Geld gefälschte Bestätigungen der Nostrifizierung verkauft hatte. In den acht Monaten, seit die Einreichung unter unverhältnismäßig hohen Kosten vorgenommen worden ist, ist die Erledigung noch nicht erfolgt, und nun ist davon die Rede, daß alle Nostrifizierungsprüfungen noch einmal abgelegt werden müssen, einfach weil in letzter Zeit neue Vorschriften darüber hinausgegeben worden sind. Also eine ausgesprochene Mißachtung erworbener Rechte, deren Zweck es sein kann, zu bewirken, daß eine Anzahl von Ärzten ihre Berechtigung zur Praxis verlieren. Denn es ist keine Kleinigkeit für Männer, die seit zehn, zwölf oder noch mehr Jahren in der Praxis stehen, sich nun den Eventualitäten einer nicht unbedingt wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Die deutschen Ärzte haben jedoch die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß es zu diesem rechtswidrigen Verfahren schließlich doch nicht kommen wird.

Vor kurzem ist auch ein Gesetz über die Ausbildung der Mittelschullehrer herausgegeben worden. Es enthält ohne Zweifel gute und nützliche Verfügungen. Es wird darin aber dessen nicht gedacht, wie sich Mittelschullehrer ihre Berechtigung erwerben können, die ihre Hochschulstudien teilweise im Ausland, d. i. also etwa Deutsche an deutschen Hochschulen, gemacht haben, selbstverständlich mit nachheriger Prüfung vor einer rumänischen staatlichen Kommission. Mit Bezug hierauf ist die Regierung von deutscher Seite um Aufklärung gebeten worden.

Am 19. Dezember las man nicht ohne Bestürzung in den Blättern, daß ein neues Gesetz über die Einrichtung militärischer Zonen an den Landesgrenzen geschaffen worden sei. In diesen Zonen wird den militärischen Befehlshabern eine unbegrenzte Gewalt über jeglichen Bodenbesitz nach jeder Richtung hin gegeben. Jede Art von Bodenbearbeitung, jeder Bau, jede Einrichtung von Wasser-, Gas-, Kanal- und Elektrizitätsleitungen bedarf militärbehördlicher Genehmigung, desgleichen die Niederlassung in diesen Zonen, ja sogar diejenigen, die schon bisher dort ansässig waren, müssen binnen 30 Tagen um Aufenthaltsbewilligung ansuchen. — Bei diesem Gesetz ist vor allem an die westliche, also die gegen Ungarn gerichtete Grenze gedacht, und es werden von ihm vorzugsweise Ungarn gegebenenfalls betroffen werden. Doch wohnen an der ungarischen Grenze auch Zehntausende von Banater Deutschen, denen ebenfalls das Verfügungsrecht über ihr Eigentum entzogen werden könnte. Man beruhigt sich jedoch allmählich bei dem Gedanken, daß angesichts der Tatsache, daß gegen diese Deutschen kein Verdacht der Irredenta denkbar ist, eine schwerere Behelligung deutscher Bürger jener Gegenden nicht zu befürchten sei.

Auch ein neues Genossenschaftsgesetz ist bedenklich, denn es verlangt die Ernennung von behördlichen Vertretern in den Verwaltungsrat des deutschen Raiffeisenverbandes. Bei einer Beratung hierüber mußte auch festgestellt werden, daß noch keine deutsche Raiffeisengenossenschaft aus dem hierfür geschaffenen staatlichen Fond eine Zuwendung erhalten hat. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß man in deutschen Kreisen jeder geplanten Reform mit einem gewissen Mißtrauen entgegensieht und selbst an sich wertvollen Gedanken, wie z. B. über die Stellung des Arbeiters oder über Arbeiterhochschulen oder auch über Kinderschutz ausgesprochen werden, nicht volle Würdigung zuteil werden lassen kann.

Auf Grund der noch Anfang November vollzogenen Einigung unter den Deutschen Rumäniens wird mit großer Sachlichkeit daran gearbeitet, die Gegensätze auch im einzelnen zu beseitigen und die Zusammenarbeit aller Volksgenossen in die Wege zu leiten. Große Freude haben die Drahtgrüße hervorgerufen, die vom Präsidenten des DAI., Oberbürgermeister Dr. Strölin, sowohl an den Landesobmann Fabritius, als auch an den bisherigen Obmann der gewesenen Deutschen Volkspartei Rumäniens, Dr. Alfred Bonfert, aus Anlaß der Einigung gerichtet waren.

Unsere Toten

Albert Voigts †

Albert Voigts ist gestorben. Wenn es eine Persönlichkeit gab, die mit Deutsch-Südwestafrika verwachsen und verbunden war, so ist es dieser Mann gewesen, der Sonnenschein und Regen genug erlebt hat und sich allen Schwierigkeiten zum Trotz zu behaupten wußte. Voigts war Niedersachse, er entstammte einer alten Bauernfamilie. Das sah ihm jeder auf den ersten Blick an. Massiv, breitschultrig und schwer, mit einem echten Bauerngesicht und klugen Augen, die sich scharf die Menschen ansahen. Dieser Mann wußte genau, was er aussprechen und was er verschweigen wollte, er überlegte seine Pläne langsam und bedächtig, um sie dann zäh und kraftvoll bis ans Ende zu verfolgen. Wenn er sprach, so formte er langsam die Sätze und überlegte genau alles, was er sagte. Von ihm ging ein starker Einfluß aus auf diejenigen, die ihm dienten und die er unbemerkt aber sicher zwang, der von ihm gezeichneten Linie zu folgen. Sein eigentliches Wesen offenbarte sich am besten, wenn man ihn auf seiner Farm besuchte. Inmitten seiner Familie, die fest und innig an ihm hing, inmitten seiner Karakulschafe und Rinder, auf seinem schönen, sauberen und zweckmäßig-freundlich gebauten „Hof" Voigtsgrund, da herrschte und sorgte er wie ein rechter Patriarch für die Seinen und für alle, die mit ihm in Verbindung standen. Morgens, nach dem Frühstück, habe ich stundenlang mit ihm zusammengesessen und er hat mir aus seinem Leben erzählt. Es ist schwer, aber auch schön gewesen.

Als junger Mann ist er nach Südafrika gekommen; er hat damals alle Lockungen abgewiesen, in die Dienste der Mineninduſtrie zu treten, die ihn seiner im tiefsten Sinne schöpferischen Arbeit entfremdet hätte. Er ist dann mit seinen gewaltigen Viehherden nach Südwest gezogen, hat mit dem Ochsenkarren die Landschaft durchzogen, mit den Häuptlingen Freundschaft geschlossen oder ist von ihnen gefangen genommen worden, wie das Glück es beschied. Ruhig und bedächtig hat er sein Geld, viel Geld verdient, bis er endlich mit seinem Bruder Gustav zusammen die Firma Wecke und Voigts begründen und damit seinen Wohlstand sichern konnte. Aber beide Brüder hatten harte Köpfe und konnten sich auf die Dauer nicht recht zusammenfinden. So trennten sich die Wege: Albert Voigts übernahm den Farmbesitz der Firma und widmete sich vorwiegend der Karakulzucht. Hier hat er bahnbrechende Pionierarbeit geleistet, die besten Zuchttiere des Schutzgebietes entstammen seiner Zucht. Als die Kolonie Mandat wurde, stand er im besten Mannesalter. Als durch das verfehlte Londoner Abkommen 1923 die deutsche Zukunft der Kolonie bedroht erschien, stellte er sich mit ruhiger und fester Zügelführung 1925 an die Spitze des Deutschen Bundes, nahm seinen Sitz im Landesrat ein und verfolgte seiner Art gemäß zäh und vorsichtig die Politik, die er für richtig hielt. Es lag ihm daran, die Deutschen im Lande zu sammeln und ihren Zusammenhalt zu stärken, um den deutschen Charakter des Landes zu wahren und die Wirtschaft der Volksgenossen als tragende Grundlage der kulturellen Arbeit zu erhalten. Er glaubte, das Richtige zu tun, wenn er mit den Mandatsbehörden ein leidliches Verhältnis herstellte und möglichst viel im Guten herauszuholen versuchte. Es mag sein, daß er dabei den Verständigungswillen der Buren überschätzt

hat. Als das Kapstädter Abkommen, das unseren Landsleuten das Recht geben sollte, ihre Muttersprache als dritte Amtssprache zu gebrauchen, an dem Widerstand südafrikanischer Nativisten scheiterte, begannen innerhalb des Deutschtums schwere Auseinandersetzungen. Sie verschärften sich, als der nationalsozialistische Umbruch auch in Südwest erfolgte. Voigts wurde nun ausgesprochen der Vertreter der älteren Generation; er bemühte sich — wie ich glaube — ehrlich und offen um einen Ausgleich nach allen Seiten, um seine bisherige Politik fortsetzen zu können. Tiefen Eindruck machte auf ihn ein Empfang beim Führer, es war einer der schönsten Augenblicke seines Alters, wie er mir selbst erzählt hat. Aber er verkannte doch wohl, daß eine neue Zeit neue Anforderungen stellte. Ein ganzer Kerl, der er war, konnte er sich nur schwer damit abfinden, nicht mehr die ausschlaggebende Persönlichkeit zu sein. Aber, wenn er sich auch kräftig gewehrt hat, gegrollt hat er darum seinem deutschen Vaterlande niemals, bis zuletzt lag ihm die Zukunft Südwestafrikas am Herzen.

Wieder kamen schwere Zeiten; die Wirtschaftskrise 1930/32 traf ihn besonders hart. Es hat Wochen gegeben, wo die Vergütung für die von ihm unterhaltenen Postverbindungen fast das einzige Bargeld war, über das er verfügen konnte. Unermüdlich baute er, als die Zeiten wieder besser wurden, von seinem Schwiegersohn Middendorff und seinen Söhnen und Töchtern unterstützt, seine Farmen weiter aus: er legte den riesigen Staudamm bei Voigtsgrund an, der heute eine der Hauptsehenswürdigkeiten des ganzen Schutzgebietes ist, schuf ausgedehnte Rieselfelder und war für jede Anregung und Neuerung dankbar und empfänglich. Einen Stamm tüchtiger Farmschüler und Schülerinnen hat er sich aus der Heimat geholt und ihnen mit Rat und Tat draußen die Wege zum Vorwärtskommen geebnet. Der Lebenszuschnitt in seinem Hause war bis zuletzt patriarchalisch, als Aubas (alter Gebieter) war er weit und breit bekannt und geachtet (Spießer hat ihm in seinem Buch: „Die zweite Generation" ein schönes und wahrheitsgetreues Denkmal gesetzt). Seine letzten Lebensjahre waren verdüstert durch eine schwere Herzkrankheit, gegen die er vergebens ankämpfte.

Das Deutsche Ausland-Institut hat ihm 1926 eine Ehrenurkunde verliehen, er ist ihm immer ein hilfsbereiter Freund gewesen. Sein Andenken wird mit der Geschichte Deutsch-Südwestafrikas verwoben bleiben; auch diejenigen, die anderer Ansicht waren als er, werden ihm zugestehen, daß er ein echter und guter Deutscher gewesen ist.

Wahrhold Drascher.

Karten und Atlanten

1. **Meyers Großer Handatlas** (mit den neuesten Grenzen), 213 Haupt- und Nebenkarten; Namensregister und geographische Einführung; bearb. von Dr. E. Lehmann, hrsg. vom Bibl. Institut, Leipzig 1938. RM. 17.50.

Auswahl vorwiegend politisch-geographischer Übersichtskarten, die begrüßenswerterweise vielfach große Erdräume umfassen, mit ergänzenden Teilkarten der verschiedenen Kontinente und Länder, mit besonderer Betonung Europas und namentlich der Reisegebiete innerhalb des Deutschen Reiches. Vorangeschickt ist eine durch Text erläuterte Folge von allgemeinen Erdkarten, die sowohl physisch- wie anthropogeographische Übersichten bieten; man vermißt dabei eine Berücksichtigung der Deutschtumsfragen. Der Atlas ist für den Gebrauch weiterer Kreise bestimmt.

2. **Handatlas des Zeitungslesers.** Die ganze Welt auf 32 Karten (Hamburg), Hamburger Nachrichten (1938); 32 Kt. 4°. RM. —.95.

Kleiner, nur zur allerersten Orientierung eiliger Zeitungsleser gedachter Handatlas mit vorwiegend farbigen politisch-geographischen Übersichtskärtchen der einzelnen Kontinente und Länder.

3. Der Große Sowjetrussische **Weltatlas** =Bol'soj Sovetskij Atlas Mira, 1. Bd.; 168 Grund- und mehrere Nebenkarten; Format 53×37 cm; Mehrfarbendruck; bearb. von N. W. Winogradow; russische Beschriftung; Moskau (1937); etwa RM. 104.

Erster Teil eines auf 3 Bände berechneten großen und umfassenden Atlaswerkes der Sowjetunion. Der vorliegende Teilband bietet auf 168 Seiten auf technisch sorgfältig

ausgeführten farbigen Blättern zur Hälfte allgemeine Erdübersichten, zur Hälfte Darstellungen des europäischen und asiatischen Rußland, darunter vor allem auch Blätter mit anthropographischen Darstellungen und zahlreichen entsprechenden Nebenkarten, unter denen allerdings viele ganz einseitig kommunistisch ausgerichtet sind.

4. **Rohstoffwirtschaftskarte.** Bearb. von Gg. Adolph; etwa 1 : 25 Mill.; Mehrfarbendruck; Format: 170×120 cm; Erläuterungsheft von G. v. Viebahn; Halle: Buchhandlung des Waisenhauses (1938); RM. 16.50.

Durch farbige Orts- und Flächensignaturen werden die Verbreitungsgebiete der wichtigsten Rohstoffe sowie die Ausfuhrwege einiger für den Welthandel besonders maßgebender Rohstoffe, namentlich Erdöl, Baumwolle und Kautschuk, wiedergegeben. Europa ist auf einer Nebenkarte noch besonders dargestellt. Zwei weitere Nebenkarten zeigen außerdem die wirtschaftliche und politische Gliederung der Erde in großen Zügen. Als Wandkarte für Unterrichts- und Schulungszwecke gedacht.

5. **Europa im Automobil.** Offizieller Führer des A.J.A.C.R. i. Auftr. d. Association internationale des automobile clubs reconnus unter Mitwirkung der angeschlossenen nationalen Automobil-Clubs; Red. F. Klinstein. Jul. Wagner; Ausgabe 1938; Zürich: Verlag Europa im Automobil lt. Mitteilung Reise- u. Verkehrsverlag; 86 Kt.Bl., 408 S.; 1 Kt. Gr. 8°. Lw. RM. 7.50.

Atlas mit 86 farbigen Karten, auf denen das Straßennetz des größten Teiles von Europa, mit Ausnahme der Sowjetunion, dagegen mit Einschluß eines großen Teiles des westlichen Kleinasiens sowie des Nilmündungsgebietes dargestellt ist, mit besonderer farbiger Hervorhebung und verkehrsmäßiger Charakterisierung der Straßen. Beigegeben ein ausführlicher Textteil mit allen für den Autoverkehr wichtigen Daten und zahlreichen Durchfahrtsplänen.

6. **Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa.** Im Auftrage der Preuß. Akademie der Wissenschaften hrsg. von Prof. Dr. N. Krebs; Format 47,5×35 cm; 10 Lieferungen mit etwa 50 großen Kartenblättern; Leipzig: Bibliogr. Institut; Gesamtwerk in 10 Lieferungen RM. 19.50; Einzellieferung RM. 3.—; II. Lieferung; 1938.

Zweite Lieferung des an dieser Stelle bereits kurz angezeigten und grundsätzlich gewürdigten Atlaswerkes (vgl. DiA. Heft 5, S. 282 [1938]), dessen Bedeutung durch die inzwischen erfolgte Wiedergewinnung der Ostmark und Eingliederung des Sudetenlandes noch an Bedeutung gewonnen hat. Die neue Teillieferung zeigt die Verbreitung der natürlichen Vegetation, gibt Beispiele für die Umwandlung feuchten Geländes in Kulturboden, stellt die Entwicklung der Bevölkerungsdichte von 1871 bis 1930, die Entwicklung der großen Territorien seit 1600, sowie die politisch-geographische Gliederung des Deutschen Bundes dar. Jeweils mit sorgfältiger textlicher Erläuterung.

7. a) u. b): **Lange,** Dr. Dr.: **Sprachenkarte von Mitteleuropa von Triest bis Trollhättan.** 1 :2 Mill. (Große Ausgabe) mehrfarbig; Format: 102×83 cm; (Kleine Ausgabe 1:4250000; Format 48×39 cm; neue Auflage; bearbeitet im Einvernehmen d. VDA.; Berlin: Reimer; 1938; a) Große Ausgabe RM. 4.15,
b) Kleine Ausgabe RM. —.90.

Übersichtsbüro- und Schulungskarte bzw. Handkarte für weitere Kreise, in 2. Auflage.

Ausgabe a): Zeigt in Form einer großen Büro-Handkarte eindrucksvoll durch farbiges Flächenkolorit die Verbreitung der verschiedenen Sprachgebiete und gleichzeitig die der Völker und Staaten im Raum von Mitteleuropa, ostwärts bis zum Baltikum bzw. Weißrußland und Rumänien, südwärts bis Oberitalien, jeweils unter besonderer Hervorhebung des deutschen und germanischen Sprachgebietes. Die Umgestaltung im Gebiet der Tschecho-Slowakei ist noch nicht berücksichtigt. Zwei kleine Nebenkarten zeigen die Nachbarvölker des deutschen Volkes und die zahlenmäßige Stärke des Deutschtums in den verschiedenen europäischen Staaten.

Ausgabe b: Kleine Handkarte, in grundsätzlich gleicher Ausführung.

8. **Velhagen & Klasing: Das neue politische Gesicht Mitteleuropas.** 1 : 2 Mill.; Mehrfarbendruck; Format: 85×74 cm; Namensverzeichnis; Leipzig: Velhagen & Klasing; 1938. RM. 1.50.

Erste politisch-geographische Büro-, Hand- und Wandkarte mit der Neugestaltung der Tschecho-Slowakei, mit den neuesten Grenzen, für weitere Kreise. Zeigt durch Flächenkolorit die verschiedenen Staaten Mitteleuropas, unter Einschluß Lettlands, Polens und teilweise auch Rumäniens.

9. **Gea-Karte vom Deutschen Reich mit den Orten von 10000 Einwohnern aufwärts.** 6. neubearbeitete Auflage 1 : 1 Mill.; Format 116×100 cm; Schwarz-Weiß-

Druck; Berlin: Gea-Verlag; 1938. RM. 2.70.

Schwarz-Weiß-Übersicht des Deutschen Reiches (noch ohne das eingegliederte sudetendeutsche Gebiet), mit Angabe der verschiedenen administrativen Grenzen, ferner der wichtigsten Flüsse sowie der Orte mit über 10 000 Einwohnern. Besonders für Eintragungen aller Art willkommen.

10. **Hallwag: Autoführer von Großdeutschland.** Auto-Atlas und Textführer; 8°; 7. Aufl.; Stuttgart: Hallwag; 1938. RM. 4.50.

Atlas mit 8 farbigen Horizontal-Kartenstreifen, die das deutsche Straßennetz mit Einschluß der unmittelbar anschließenden Gebiete, im Südosten bis zum Plattensee, zur Darstellung bringen, unter besonderer farbiger Heraushebung und mit verkehrsmäßiger Charakterisierung des Straßennetzes. Beigegeben ist noch eine Gesamtübersichtskarte (1 : 2 Mill.) sowie ein ausführlicher Text mit orientierenden Angaben über die einzelnen Gebiete. Neue, 7. Auflage.

11. **Deutschland.** 1 : 500 000 DDAC. Wintersportkarte f. Kraftfahrer, mehrfarb. Form. 118×86 cm. München: Der Deutsche Automobilclub E. V.; 1938. RM. 1.—.

Bezeichnet durch Flächenkolorit in zwei Stufen die für Wintersport „geeigneten" Gebiete bzw. die „Hauptwintersportgebiete" im Reich (leider noch mit der alten Abgrenzung) und stellt gleichzeitig das Straßennetz dar, mit dem die betreffenden Gebiete rasch erreicht werden können. Zwei Nebenkarten in gleicher Ausführung zeigen den Harz und Schlesien gesondert. Eine baldige Erweiterung der Karte sowohl im Bereich der Ostmark wie für das Sudetenland ist dringend erwünscht.

12. **Reichsautobahnatlas.** 1:300 000; 2. Lieferung; hrsg. von Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen; mehrf.; 8 Kt.; Dresden: Meinhold-Mittelbach-Karten G.m.b.H.; 1938. Lfg. RM. 3.—.

Ergänzende Lieferung zu dem an dieser Stelle bereits besprochenen, wichtigen Atlas, mit einheitlich ausgeführten Übersichten der inzwischen neu fertiggestellten Reichsautobahnen und ihrer nächsten Umgebung, mit farbiger Verkehrscharakterisierung der einzelnen Straßen.

13. **Straßenzustand von Deutschland.** Atlas; etwa 1 : 800 000; 4°; 25 Seiten; hrsg. vom Generalinspektor f. d. dtsch. Straßenwesen; Berlin: Deutscher Autokartenverlag, P. Oestergaard; 1938. RM. 2.

Neuauflage des an dieser Stelle (vgl. DiA., Heft 2, S. 93 1938), seinerzeit schon grundsätzlich gewürdigten verdienstvollen kleinen praktischen Straßenatlasses, der nunmehr auch die Ostmark (jedoch noch nicht das deutsche Sudetenland) mit umfaßt.

14. **Deine Deutsche Heimat"** (Erläuterung mit Deckblatt — roter Aufdruck — zur Reichskarte 1 : 100 000). Hrsg. von Dr. A. Jung; Potsdam: Verlag L. Voggenreiter; 1937 ff.

Erläuterung m. Deckbl. RM. —.60,
Dasselbe m. Grundbl. RM. —.90.

Deckpausen zu den einzelnen Blättern der Reichskarte 1 : 100 000 mit geographischen, geschichtlichen, volkskundlichen und wirtschaftlichen Erläuterungen. Das Kartenwerk wird bei seinem weiteren Fortschreiten auch die Grenzgebiete mit umfassen; vorläufig greifen nur einzelne Blätter, wie z. B. Meseritz, in die Grenzgebiete über. Für Wanderungen und Studienzwecke sehr willkommen.

15. **Topographische Karten** (Meßtischblätter). 1 : 25 000; sächsischer Anteil; Nr. 36. Kamenz; 37. Kloster St. Marienstern; 51. Radeberg; 62. Waldheim; Mehrfarbendruck; Format: 46,5×44 5 cm; hrsg. vom Reichsamt für Landesaufnahme, Zweigstelle Landesaufnahme Sachsen, Dresden A.; Zirkusstraße 40; 1938. RM. 1.20 pro Blatt.

Neuausgabe einer Reihe topographischer Spezialkarten, teils aus der näheren und weiteren Umgebung von Dresden, teils von der Nordabdachung des Erzgebirges bzw. aus der sächsischen Lausitz, sämtlich in der üblichen sorgfältigen und zuverlässigen Ausführung, mit neueren Berichtigungen, teilweise bis 1933 und vereinzelten Nachträgen bis 1936.

16. **Die Tschecho-Slowakei.** Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/20; hrsg. von Dr. H. Raschhofer; 2. ergänzte Auflage; hrsg. vom Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin; Heft 24 (Text mit 24 Schwarz-Weiß-Kartenskizzen); Berlin: Carl Heymanns-Verlag; 1938. RM. 6.—.

Folge von 24, teilweise historisch- und politisch-geographischen sehr bemerkenswerten Schwarz-Weiß-Skizzen. Ein Teil behandelt Spezialfragen der von der Tschecho-Slowakei seinerzeit in Paris 1919/20 geforderten Grenzberichtigungen (Frage von Glatz!), die anderen Fragen sind noch von

allgemeinerer Bedeutung, so die völkische Struktur der damaligen Tschechoslowakei, insbesondere auch im Osten, ferner die Frage der strateischen Sicherung der Republik.

17. **Gemeindegrenzenkarte der Sudetenländer.** 1 : 200 000; bearb. von E. Winkler i. A. von Universitätsprof. E. Gierach; 7 Blätter; Schwarz-Weiß-Druck; Format: 71×56 cm u. Ortsnamenschlüssel, Heft 1—4; hrsg. von der Publikationsstelle des Reichsinnenministeriums Berlin-Dahlem; 1938. Gemeindegrenzenkarte 7 Blätter RM. 7.—, Ortsnamenschlüssel Heft 1—4 RM. 4.40.

Schwarz-Weiß-Darstellung aller Gemeindegrenzen in den Sudetenländern, einschließlich Mährens. Auf der Karte ist gleichzeitig die Berliner Linie vom 5. 10. 1938 (Internat. Ausschuß) sowie die Netzeinteilung der tschecho-slowakischen bzw. österreichischen amtlichen Spezialkarte 1 : 75 000, angegeben. Mit textlichem Ortsnamenschlüssel. Wichtige Handkarte für wissenschaftliche und praktische Zwecke. Insbesondere auch für Eintragungen aller Art.

18. **Die Siedlungsgebiete der Deutschen in der Tschecho-Slowakei.** 1 : 1 125 000 (mit der am 5. 10. 1938 beschlossenen Besetzungslinie) mehrfarbig; Format: 84 ×40 cm; einführender Text; Leipzig: S. Hirzel; 1938. RM. 1.50.

Zeigt das Gesamtgebiet der früheren Tschecho-Slowakei und — durch Flächenkolorit — den Verlauf der am 5. 10. vom Internat. Ausschuß festgelegten „Berliner Linie". Weiter ist durch Flächenkolorit die Verbreitung der deutschen Siedlungsgebiete in der früheren Tschecho-Slowakei mit dem Prozentanteil der Deutschen in den einzelnen Gebieten dargestellt. Handkarte für die Praxis und für Studienzwecke.

19. **Ravenstein-Karte der westlichen Tschecho-Slowakei** (in 4 Bl.). 1 : 300 000; Form.: 105×72 cm; 4°; Farbendruck; Frankfurt a. M. Ravenstein; 1938. RM. 1.60.

Politisch-geographische Hand- und Bürokarte für die Orientierung weiterer Kreise. Zeigt auf dem leicht ausgeführten Geländehintergrund, mit ebenfalls farbigem Gewässernetz, den Verlauf der Besetzungslinie in den verschiedenen Teilgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens, leider mit verschiedenartigen Signaturen und zum Teil inzwischen überholten Bezeichnungen. Die endgültige Grenzziehung ist noch nicht berücksichtigt.

20. **Eduard Gaebler: Karte der Tschecho-Slowakei und angrenzenden Ländern.** Mehrfarbendruck; 1 : 1 Mill.; Format: 98×48 cm; hrsg. Ed. Gaebler, Leipzig, 1938. RM. 1.10.

Politisch-geographische Handkarte, mit Flächenkolorit für das deutsche Besetzungsgebiet (Berliner Linie) bzw., allerdings nur angenähert, für die ungefähre Verbreitung des polnischen und madjarischen Volkstums bzw. die entsprechenden Besetzungsgebiete. Für die Orientierung weiterer Kreise.

21. **Sudetenland und die neugestaltete Tschecho-Slowakei;** 1 : 1 Mill.; Mehrfarbendruck; Format: 88,5×56 cm; Wien: Freytag & Berndt; 1938. RM. 1.20.

Politisch-geographische Handkarte, mit Grenz- bzw. Flächenkolorit für die verschiedenen Staaten, unter besonderer Hervorhebung der Abtretungsgebiete der Tschecho-Slowakei. Die endgültigen Berichtigungen vom 20. 11. 1938 usw. sind jedoch noch nicht berücksichtigt. Verschiedene kleine Nebenkarten zeigen Ausschnitte einzelner wichtiger Teilgebiete der Rest-Tschecho-Slowakei. Für weitere Kreise.

22. **Reichskarte Sudetenland** in 2 Blättern; Bl. W. u. O.; 1 : 300 000; Mehrfarbendruck; Format: 97,5×111,5 cm (Bl. W.); 65,5×111 cm (Bl. O.); 1. Ausgabe mit Grenzen vom 10. 10.; 2. Ausgabe mit Grenzen vom 20. 11. 1938; Berlin: Reichsamt für Landesaufnahme; 1938.
Bl. W. RM. 4.50,
Bl. O. RM. 3.—.

Wichtige physisch- und politisch-geographische Hand- und Bürokarte.

Ausgabe a) zeigt — ohne Gelände — durch Flächenkolorit die Verbreitung des Waldes, ferner, ebenfalls farbig, das Gewässernetz und die Staatsgrenzen. Angegeben ist außerdem die Grenze des bis 10. 10. 1938 besetzten Gebietes (Berliner Linie) und seiner administrativen Einteilung.

Ausgabe b): bei grundsätzlich gleicher Grundlage ist hier die am 20. 11. endgültig festgelegte neue Reichsgrenze eingetragen, ferner die administrative Einteilung des eingegliederten Sudetenlandes sowie der restlichen Teile von Böhmen, Mähren und der Slowakei.

23. a) **Karte der Sudetenländer nach dem 10. 10. 1938.** 1 : 750 000.
b) **Karte der Sudetenländer nach dem 20. 11. 1938.** 1 : 750 000.
Mehrfarbendruck; Format: 71,5×56 cm; mit Namensverzeichnis; Leipzig: Velhagen & Klasing; 1938.
1. Ausgabe RM. 1.20,
2. Ausgabe RM. 1.50.

Politisch-geographische Handkarte für weitere Kreise.

Ausgabe a): Zeigt — auf dem Hintergrund des leicht angedeuteten Geländes — durch Flächenkolorit das besetzte Gebiet (Berliner Linie). Außerdem ist das Eisenbahnnetz noch besonders farbig hervorgehoben.

Ausgabe b): Bei grundsätzlich gleicher Ausführung ist hier die endgültige Abgrenzung des Reiches angegeben. Beigefügt ist ein willkommenes Namensverzeichnis für die eingegliederten Gebiete mit Angabe der wichtigsten wirtschaftlichen Zweige für die einzelnen Orte.

24. **Silva-Übersichtskarte Gau Sudetenland und Tschecho-Slowakei mit den angrenden Teilen** von Schlesien, Sachsen, Bayern, Polen und Ungarn. 1 : 600 000; Format: 82,5×57,5 cm (neue Reichsgrenze, neue polnische und ungarische Grenze); Berlin: Verlag „Für heimatkundliche Kultur", Willy Holz; 1938. RM. —.90.

Politisch-geographische Handkarte in Neuauflage, für die erste Orientierung weiterer Kreise. Die Gebiete der verschiedenen Staaten sind durch Flächenkolorit unterschieden, unter Berücksichtigung der neuen Grenzen des Reiches, Ungarns usw.

25. **Die Grenzgebiete des Deutschen Reiches und der Tschecho-Slowakei** (Sudetenland, Böhmen und Mähren). 1 : 400 000; Leipzig: Bibliograph. Institut; 1938. RM. 1.50.

Politisch-geographische Handkarte bzw. Atlas-Ergänzungsblatt. Zeigt neben Gelände und Gewässernetz ebenfalls in farbiger Ausführung den Verlauf der alten und neuen Reichsgrenzen innerhalb des Sudetenlandes, ferner gleichzeitig die Grenzen der übrigen in den dargestellten Raum fallenden Staaten.

26. **Iro-Karte „Sudetenland".** 1 : 500 000; Mehrfarbendruck; Format: 77×60,5 cm; München: Iro-Verlag, Carl Kremling; 1938. RM. 1.—.

Politisch-geographische Handkarte für die Einführung weiterer Kreise. Stellt mit Linienkolorit, bei ganz leichter Andeutung des Geländes, den Verlauf der alten und neuen Reichsgrenze dar, ferner die administrative Einteilung des reichsdeutsch gewordenen Sudetengebietes. Außerdem sind, allerdings zum Teil nur roh, die deutschen Sprachinseln in den restlichen Teilen von Böhmen und Mähren eingetragen.

27. **Die neue Grenze der Tschecho-Slowakei nach der deutsch-tschecho-slowakischen Vereinbarung vom 20. 11. 1938;** nach der tschecho-slowakischen Note an die polnische Regierung vom 1. 11. 1938 und nach dem deutsch-italienischen Schiedsspruch vom 2. 11. 1938 über die Grenzen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei; 1 : 1 125 000; Schwarz-Weiß-Druck; Format: 83×40 cm; Leipzig: S. Hirzel; 1938. RM. —.90.

Politisch-geographische Handkarte, in Schwarz-Weiß-Ausführung, auch für Studienzwecke. Zeigt den Verlauf der neuen Grenze für die gesamte Tschecho-Slowakei nach der Festsetzung vom 20. 11. 1938 bzw. nach den sonstigen Abtretungen, ferner die verschiedenen administrativen Grenzen. Besonders angegeben sind ferner die deutschen Volksinseln in der restlichen Tschecho-Slowakei mit Angabe des Prozentanteils der dortigen deutschen Bevölkerung.

28. **Slowaken in den Sudetenländern und ihr verhältnismäßiger Anteil an den Tschecho-Slowaken nach Gerichtsbezirken. Tschechen in den Karpatenländern und ihr verhältnismäßiger Anteil an den Tschecho-Slowaken nach den Verwaltungsbezirken;** etwa 1 : 1,85 Millionen; Schwarz-Weiß-Druck; Format: 30×14 cm; bearbeitet von E. Wolters; Wien; Kartenbeilage zu Aufsatz in „Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung"; Heft 1; 1938.

Zeigt in Schwarz-Weiß-Ausführung die Verbreitung der Slowaken innerhalb Böhmens und Mährens bzw. die Verbreitung der Tschechen in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine, jeweils nach der Volkszählung von 1930. Hierbei sind die alten Grenzen der Tschecho-Slowakei zugrunde gelegt, doch ist die deutsche Sprachgrenze angegeben.

29. **Deutscher bäuerlicher Grundbesitz im Kalischer Land um das Jahr 1933.** Maßstab 1 : 100 000; bearb. von D. Reiher; Mehrfarbendruck; Format: 78×81 cm; Kartenbeilage zu Petermanns Mitteilungen; Heft 3; 1938. Gotha: Perthes.

Willkommene Deutschtumskarte. Zeigt durch farbige Ortssignaturen die Verbreitung des deutschen bäuerlichen Grundbesitzes, nach 6 Größenstufen gegliedert, und zwar für das Gebiet zwischen Prosna und Warthe. Eingetragen sind ferner die Verbreitung des Waldes, das Straßennetz sowie die Siedlungen. — Ähnliche Karten wären für die anderen Deutschtumsgebiete dringend erwünscht.

30. **Nationalitäten in Bulgarien.** Etwa 1 : 700 000; bearb. von Dr. H. P. Kos-

sack; Schwarz-Weiß-Druck; Format: 78×54 cm; Kartenbeilage zu Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde; Heft 1937; Berlin.

Versuch, in Schwarz-Weiß-Darstellung mit Hilfe der Punktmethode die Verbreitung der verschiedenen Nationalitäten innerhalb Bulgariens wiederzugeben. An sich ist die Darstellung willkommen, gibt jedoch infolge des kleinen Maßstabes der Karte und der Schwarz-Weiß-Ausführung keine klare Übersicht.

31. **Eesti** (Übersichtskarte von Estland). 1 : 500 000; mehrfarbig; Format: 91×63 cm; hrsg. SV. ST. Topo-Hüdrograafia Osakonna Väljaanne Tallin-Reval; 1937.

Politisch- bzw. verkehrsgeographische Büro-Übersichtskarte, mit Grenzkolorit für die verschiedenen administrativen Gebiete, ferner mit farbiger Kennzeichnung der Wälder und des Gewässernetzes sowie Angabe der für den Land-, See- und Luftverkehr wichtigen Einzelheiten durch entsprechende, teilweise farbige Ortssignaturen. Mit estnischer und englischer Zeichenerklärung.

32. **E. Diercke: Britische Inseln.** 1 : 900 000; Mehrfarbendruck; Kartenspiegel 86×73 cm je Blatt (unaufgez.); Braunschweig: Westermann; 1938. RM. 31.—

Physisch- und politisch-geographische Schulwandkarte, mit farbigen Höhenschichten bzw. Tiefenstufen des Meeres, sowie Angabe und Größencharakterisierung der wichtigeren Orte, ferner Eintragung der Haupteisenbahnen und Kanäle. Mit Einschluß der festländischen Gegengestade bis zur Linie Nürnberg-Oslo.

33. **Justus Perthes: Atlas Portatil de Espanha e Portugal;** 28 farbige Kartenseiten; 8° (Portg. Ausg.), 3. Aufl.; Gotha: J. Perthes; 1938. Lw. RM. 4.30.

Willkommener kleiner Taschenatlas für Gebrauch von Fach- und weiteren Kreisen, mit 28 durchweg farbig ausgeführten Blättern, mit physisch- bzw. politisch- und wirtschaftsgeographischen Übersichten der verschiedenen portugiesischen und spanischen Teilgebiete bzw. der gesamten Halbinsel. Mit ergänzenden tabellarisch-statistischen Angaben, teilweise bis 1937.

34. **Deutsche Himalaja-Expedition 1934.** Karte der Nanga-Parbat-Gruppe. Hrsg. im Auftrag der Dt. Forschungsgemeinschaft, unterstützt vom ... Vermessung von R. Finsterwalder. Photogrammetr. Aufn. durch R. Finsterwalder u. W. Raechl. 1 : 50 000. — München 1937: Klein & Volbert (lt. Mitteilung: Berlin: Siegismund in Komm.); Form.: 70,5×92 cm; Farbendr. Mit der Karte: Nanga-Parbat-Gruppe 1 : 100 000 zus. RM. 4.—.

Wertvolle Übersicht auf Grund der Vermessungsarbeiten und photogrammetrischen Aufnahmen von Finsterwalder und Raechl, für das Flußgebiet des Astor bis zum Indus, mit Schichtlinien bzw. Fels- und Gletscherzeichnung. Die Karte gibt eine vorzügliche Übersicht der Geländeformen und ihrer Entwicklung, namentlich hinsichtlich der früheren und gegenwärtigen Vergletscherung. — Beigegeben ist noch ein verkleinerter Zusammendruck der mit dem Stereoautograph konstruierten Originalpläne mit geodätischen Eintragungen und topographischen Ergänzungen sowie der Routen, auch für das westlich anschließende Gebiet im Maßstab 1 : 100 000. — Beide Karten — mit ausführlichem Text — geben ein schönes Zeugnis für den reichen Ertrag deutscher Forschungsarbeit im Ausland.

35. **Atlas van Tropisch Nederland;** Uitgegeven door het koninklijk Nederlandsch Aardrijkskundig Genootschap in Samenwerking met den Topografischen Dienst in Nederl.-Indie. Den Haag ('s Gravenhage): Martinus Nijhoff 1938.

Wertvoller Spezialatlas der niederländischen Kolonialgebiete in Indonesien, für den praktischen und wissenschaftlichen Gebrauch. Im ersten Teil zehn physisch- bzw. anthropogeographische Gesamtübersichten Niederländisch-Indiens, dann anschließend 21 Blätter mit zahlreichen Ergänzungskarten und Darstellungen der verschiedenen Teilgebiete. Sämtliche Blätter in zuverlässiger und ansprechender farbiger Ausführung.

„Deutschtum im Ausland"

Wir geben hiermit den Mitgliedern des DAI. und den Beziehern unserer Zeitschrift davon Kenntnis, daß unsere Zeitschrift „Deutschtum im Ausland" ab 1. Januar 1939 in den Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, übergegangen ist.

Auf Grund der Bestimmungen des Präsidenten der Reichspressekammer ist in Zukunft für das Reichsgebiet die Bezahlung des Bezugspreises für die Zeitschrift und des Mitgliedbeitrages für das Deutsche Ausland-Institut zu trennen.

Wir bitten daher unsere Mitglieder im Reich, für den Bezug unserer Zeitschrift „Deutschtum im Ausland" im Jahre 1939 den für die Mitglieder wesentlich ermäßigten Bezugspreis von RM. 10.— zuzüglich Zustellgebühr an den Verlag W. Kohlhammer abzuführen, sobald ihnen von dort aus Rechnung erteilt wird. Der bisher bezahlte Mitgliedsbeitrag ist dagegen gekürzt um RM. 10.— an das DAI. zu überweisen.

Für die Mitglieder des DAI. im Ausland bringt die Neuregelung keinerlei Änderung mit sich.

Die monatliche „Bibliographie des Deutschtums im Ausland" kann von Mitgliedern des DAI. und von den Beziehern unserer Monatsschrift „Deutschtum im Ausland" ebenfalls mit 50 % Ermäßigung, also zum Preis von RM. 4.— für den Jahrgang, bezogen werden.

Schriftenreihe
der Stadt der Auslandsdeutschen
1. Heft:
Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel
Eine sozial-psychologische Studie
Von Dr. Robert Beck
1938 76 Seiten. Brosch. RM. 3.60
W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-S

Marke
Elefant
Auslandsdeutsche trinkt deutschen Marken-Likör
Carl Mampe AG., Berlin
Das Originalhaus für Mampe - Halb u. Halb
Zu beziehen durch alle namhaften Auslands-Importeure

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Verantwortlich für die Anzeigen: Otto Röhm, Stuttgart-S, D.A. IV. Vj. 38: 4798. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 10. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart-S., Urbanstraße 12—16.
Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

Schwäbische Auswanderer im Stuttgarter Bahnhof vor 90 Jahren

In Stuttgarter Privatbesitz fand sich ein Aquarell, dessen Inhalt heute für das Auslandsdeutschtum und für Stuttgart im besonderen seinen eigenen Reiz besitzt. Die Szene spielt in den Jahren um 1850 auf dem alten Stuttgarter Bahnhof, der 1846 vollendet wurde und 1847 dem Neubau Morlocks wich. Zur Abfahrt stehen zwei Züge bereit, deren Wagen durch ihre eigentümlich kurze gedrungene und breite Kastenform auffallen; mächtig qualmt die Lokomotive, die düstere Halle mit dicken Rauchschwaden erfüllend, und drängt hinaus ins Freie, zu dem der Blick durch zwei Torbogen weist. Dichtgedrängt steht das schwäbische Landvolk in seinen farbenfrohen Trachten auf dem Bahnsteig, ein bunter Haufen unternehmungslustiger Bauern mit ihren Familien, die den heimatlichen Hof verlassen haben und bessere Tage drüben überm großen Wasser erhoffen.

In der Mitte eine große, kräftige Gestalt mit blondem Backenbart, das Pfeifchen schmauchend, im kurzen, blauen Leinenhemd und weißer Hose, dazu ein langer, bunter Schal und am Gurt die Feldflasche und eine Geldtasche von achtunggebietender Größe. Weib und Kind geleiten ihn auf dem Weg nach Amerika, auch die Schwiegermutter fehlt nicht. Eifrig ist mit ihm ein alter Schwarzwälder Bauer ins Gespräch verwickelt, der einen langen schwarzen, innen aber rotgefütterten Bratenrock mit vielen silbernen Knöpfen und eine kurze Lederhose trägt. Ein anderer drängt sich dazwischen, Kisten und Taschen und Pakete schleppend, daneben wartet ein jüngeres Paar aus dem Allgäu; bei ihm leuchtet das Grün des Hosenträgers auf dem Rot der Weste zwischen den grauen Gewändern, Farben, die bei der Bäurin ihr Widerspiel finden. Buntgestickte Taschen, Hutschachteln und grüne Regenschirme liegen am Boden umher. Hunde treiben ihr neckisches Spiel. Auch eine stattliche blonde Oberländerin mit ihrer hohen Radhaube hat solch eine beliebte und viel in sich fassende Tuchtasche am Arm, wogegen ein paar Betzinger Mädchen ihr bißchen Hab und Gut in Tüchern und in den Quersack stopften. Andere haben mehr Gepäck mitzunehmen gewagt und sitzen auf Kisten herum, auf denen schon die Anschrift in New York zu lesen ist. Hinten aber drängt sich das Gewühl der Reisenden, über die Schirme und Hüte hinausragen; neben der behäbigen Ruhe der Bauern aufgeregte Herren im Zylinder, dazwischen Schaffner und Soldaten.

Wenn auch des Künstlers Inschrift fehlt, so ist doch dessen Name nicht unbekannt. Nach zuverlässiger Familientradition stammt das Aquarell von Christian Wilhelm von Faber du Faur, der 1780 in Stuttgart geboren und dort als General 1857 gestorben ist. Jeden dienstfreien Augenblick zum Zeichnen ausnützend, hatte er, der Vater des Schlachtenmalers Otto Faber du Faur, während des Feldzuges nach Rußland im Jahre 1812 in zahlreichen Skizzen seine Erlebnisse mit objektiver Treue festgehalten. In seinen alten Tagen mochte es ihn gereizt haben, den Trubel der Auswanderer, der in jener Zeit gar häufig auf dem Bahnhof der schwäbischen Hauptstadt zu beobachten war, einmal abzukonterfeien und hat dabei die Aufgabe mit gewohnter Treue und Erzählerfreude und nicht ohne Humor erfüllt.

Dr. Max Schefold